

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XIII. JAHRGANG 1936

2.

HEFT / FEBRUAR

Aufmarsch im Osten Asiens

Philby: Japans letztes Vorgehen in China

Eck: Russisch-Asien am Scheidewege

Warneck: Sowjetrußlands Rückzug aus der Mandschurei

AfG: Chinesisch-japanische „Zusammenarbeit“

**Fochler-Hauke: Japanische Versuchssiedlungen
in der Mandschurei**

Der Deutsche Raum:

K. Haushofer: Geopolitik als Grundlage jeder Raumordnung

Kerri: Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

Unterständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Prof. Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XIII. JAHRGANG / HEFT 2 / FEBRUAR 1936

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

H. A. R. Philby: Japans letztes Vorgehen in China	69
H. Eck: Russisch-Asien am Scheidewege	76
S. Warneck: Sowjetrußlands Rückzug aus der Mandschurei	86
G. Fochler-Hauke: Die japanischen Versuchssiedlungen in der Nordost-Mandschurei ..	99

BERICHTE

A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt	111
K. Haushofer: Bericht aus dem indopazifischen Raum	115

SPÄNE

Die chinesisch-japanische „Zusammenarbeit“ im Urteil der Sowjets	122
--	-----

DER DEUTSCHE RAUM:

K. Haushofer: Geopolitik als Grundlage jeder Raumordnung	128
H. Kerl: Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung	130
Satzungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung	133

SCHRIFTTUM

Werner Giere: Karl Reinhold Kupffer†	135
J. März: Balkan-Schrifttum	135

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzeln M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—

Österreich und das Ausland (ohne die Schweiz): Vierteljahr RM 4.10, bei Zahlung in fremder Währung

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postscheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H./ LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

H. Eck, Anschrift durch Verlag — Dr. G. Fochler-Hauke (AfG), z. Zt. Harbin (Manchukuo), German consulate general — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Leiter des geopolitischen Seminars an der Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer (AfG), Gen.-Major a. D., o. Professor an der Universität, Präsident der Deutschen Akademie, München O 27, Kolberger Str. 18 — Reichsminister Hans Kerl, Reichsstelle für Raumordnung, Berlin W 8, Preußenhaus — Dr. Josef März (AfG), Berlin-Halensee, Seesener Straße — H. A. R. Philby, London NW 6, Glenross, Belsize Road — Siegfried Warneck, Anschrift durch Verlag

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.

KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

Bewußt wenden wir die Aufmerksamkeit unserer Leser ab von den europäisch-afrikanischen Fragen zu Entwicklungen im Innern Asiens, deren Ausmaß und Aussichten H. M. R. Philby, der Sohn des bekannten arabienforschers einleitend darlegt. In diesem Beitrag spricht natürlich englische Anschauung, aber gerade sie in ihrer urwüchsig geopolitischen Art des Sehens gibt einen einprägsamen Überblick über den langsamen, aber gewaltigen Aufmarsch im Herzen des eurasischen Kontinentes.

Es zeigt die inneren Verhältnisse und die bewußten Verschiebungen im sowjetrussischen Aufmarschgebiet; wir werden diese sehr wichtigen Vorgänge noch in einem der nächsten Hefte unter Verwendung sowjetrussischer Quellen ergänzen.

In seiner Art dokumentarisch und einmalig ist die aus ganz persönlicher Kenntnis erwachsene Schilderung S. Warnecks über den Übergang der chinesischen Bahn in mandchurisch-japanischen Besitz; in ihr wird dieses Stück Weltgeschichte, das den Rückzug der Sowjets aus der Mandschurei, vielleicht vom Pazifik überhaupt bedeutete, noch einmal lebendig.

Über die Art des chinesisch-japanischen Verhältnisses ist man sich in Europa verhältnismäßig wenig klar; es liegt auch sichtlich im Bestreben beider Partner, es nach keiner Seite hin eindeutig werden zu lassen. Somit ist es recht reizvoll, wie es die Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik, Heidelberg, in Auswertung eines russischen Berichtes tat, die argwöhnische und gehässige, aber jedenfalls in ihrer Beobachtung scharfsichtige Meinung der Sowjets zu diesen chinesisch-japanischen Beziehungen zu hören.

Das japanische Vordringen in der Mandschurei wird allgemein unter dem Gesichtspunkt gesehen, daß eine Ansiedlung der Japaner nur in der Stadt, nicht auf dem Lande möglich sei. So ist der an Ort und Stelle erwonnene Einblick in die japanischen Versuche, allen Hindernissen zum Trotz Japaner in Manchukuo anzusiedeln, in vieler Hinsicht wertvoll. Ein junger deutscher Geopolitiker, Dr. G. Fochler-Haake, stellt ihn zur Verfügung.

Die im Januar-Heft angekündigte ständige Beilage: „Der deutsche Raum“ wird mit dem Ausdruck eröffnet, den Karl Haushofer namens der Geopolitik stellt: daß geopolitische Kenntnis und geopolitische Einsicht die Grundlage jeder Raumordnung sein müssen.

Die folgende Rede von Reichsminister Hans Kerrl und die Satzungen der „Reichsarbeitsgemeinschaft zur Raumordnung“ zeigen, wie sehr die bereits im Dezember verfügte Begründung dieses wissenschaftlichen Arbeitskörpers für Fragen der Raumforschung geopolitischer Überlegung entspringt.

Endlich geben wir dem Heft eine schicksalschwere Karte bei: Bevölkerungsichte und Geburtenzahl der Welt, gegliedert nach Rassen. Sie ist von Dr. Friedrich Burgdörfer nach Unterlagen des Statistischen Reichsamtes zusammengestellt. Auf den ersten Blick springt der gewaltige Geburtendruck Asiens, springt die Übervölkerung Europas in die Augen, die bei stärkerer Vervielfachung nach Ländergruppen gerade auch für Deutschland noch eindringlichere Ergebnisse aufzeigen würde. Man beachte dagegen die Siedlungs- und Geburtenverhältnisse Australiens, aber auch die von Amerika.

Die Schriftleitung

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

Crämer: Grundzüge einer Geopolitik Deutschlands.

Schepers: Geopolitische Grundlagen der Raumordnung im Dritten Reich.

Scheibe: Der Reichsarbeitsdienst als Erwecker geopolitischer Bewußtseins.

A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt.

K. Haushofer: Bericht aus dem indopazifischen Raum.

Constantini: Weltpolitik um Malta.

Hennig: Geopolitik und Rassenkunde.

K. Haushofer: Geopolitischer Schrifttumsbericht über den indopazifischen Raum.

Aus dem Inhalt des Heftes 12, Jahrgang 1935

F. W. Borgman: „Die Dynamik des Nordostraums.“ Mit 3 Karten.

Paul Graßmann: „Professor Karl Haushofer in Skandinavien.“ Mit 21 Karten.

Wulf Siwert: „Frankreichs Stellung im Mittelmeer.“ Die Allasländer als französische Machtbasis / Die strategische Aufgabe mit ausführlichen Literaturangaben.

Hans Hummel: „Das Mittelmeer in der englischen Politik.“ Mit 3 Karten und ausführlichen Literaturangaben.

Wulf Siwert: „Italiens Kampf um die Mittelmeerherrschaft.“ Lage und Entwicklung. Mit 3 Karten und Literaturangaben.

H. A. R. PHILBY:**Japans letztes Vorgehen in China**

(übersetzt von Ernst Samhaber)

In den letzten Wochen ist ein neuer Begriff in die fernöstliche Politik eingeführt worden. Chahar, Suiyuan, Hopei, Schantung und Schansi sind die „Fünf nördlichen Provinzen“ geworden. Ob diese zunächst rein begriffliche Einheit die Sanktion einer dauerhafteren politischen Einheit erhalten wird, hängt vom Erfolge oder Mißerfolge des japanischen Versuches ab, ein autonomes Nordchina „mit, ohne oder gegen Nanking“ zu schaffen. Ungleich den drei „Östlichen Provinzen“, deren geographische Einheit zwischen dem Khingangebirge und dem Changpaischan bereits vor einigen Jahrtausenden die politische Einheit vorwegnahm, die dann in Hsinking die Gestalt des heutigen Mandschukuo annahm, sind die „Fünf Nördlichen Provinzen“ weder geschichtlich, noch geographisch, noch wirtschaftlich eine Einheit. Im besten Falle ist dieser Begriff nur ein brauchbares Wort für das, was man gewöhnlich als die Grenze der unmittelbaren Ziele der japanischen Armee ansieht.

Wie wir auch die Karte von China aufteilen mögen, die „Fünf Nördlichen Provinzen“ passen so recht in keine unserer Einteilungen hinein. Wenn wir die Linie des Tsinlingschan nehmen, der die Weizenanbaugebiete Nordchinas von den Reisgebieten trennt, das Lößgebiet also vom Nichtlößgebiet, so überragt das daraus sich ergebende Nordchina die „Fünf Nördlichen Provinzen“ um den größeren Teil von Kansu, ganz Nordschensi und Teile von Honan. Nehmen wir die Nordsüdlinie längs der Großen Terrasse, wo das Hochplateau von Westchina in das Tiefland von Ostchina fällt, so würden Hopei und Schantung in das so umrissene Ostchina fallen. Aber Schansi gehört bestimmt zum westlichen Plateau, während der größere Teil von Chahar und Suiyuan, genau genommen, zu keiner Unterteilung gehören. Auch andere Einteilungen helfen uns nicht. „Nördlich des Gelben Flusses“ wäre wertlos, da der größte Teil von Schantung südlich des Gelben Flusses liegt. Das „Bassin des Gelben Flusses“ ist ebenso ungenau, da der alte Arm des Deltas durch Honan, Anhwei und Kiangsu fließt, während der Abfluß des größten Teiles von Hopei und von ganz Chahar und Suiyuan vom Hoangho unabhängig ist.

Diese Verschiedenheit des Aufbaus, des Klimas und der Hilfskräfte mag die Kräfte einer schwachen Nation lähmen. Für ein so expansives Volk wie die Japaner mögen sich daraus positive Vorteile ergeben. Es bietet sich für die Armee eine größere Auswahl von Zielen, während gleichzeitig die militärische und zivile Durchdringung eine breite wirtschaftliche Basis hat. Es lohnt sich schon zu untersuchen,

1) Um Raum zu sparen, ist auf die nochmalige Beigabe einer Karte von China verzichtet worden. Wir verweisen auf die im vergangenen Jahr (XII. Jahrg., Heft 10, Oktober, Seite 643) veröffentlichte Skizze.

was in den „Fünf Nördlichen Provinzen“ für Japan zu verschlingen ist, und welche weiteren Expansionslinien bleiben, wenn dieses Verschlingen erst einmal beendet ist.

Chahar und Suiyuan sind weder geschichtlich noch geographisch ein Teil des eigentlichen China. Ihre politische Verfassung als chinesische Provinzen ist noch keine sieben Jahre alt. Zusammen mit Jehol im Osten und Ninghsia im Westen bildeten sie bis 1929 den Wüsten- und Oasengürtel der Inneren Mongolei. Seit dem Fall der Mandschus ist die Welt der Mongolen ein unsicherer Faktor geblieben. Die Mongolen bestreiten, jemals Untertanen der Mandschus, und sie erheben den Anspruch, ihre Bundesgenossen bei der Unterwerfung der Chinesen gewesen zu sein. Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches wurde dieses Bundesverhältnis gelöst, die Mongolen von ihren Verpflichtungen gegenüber China und der Mandschurei frei.

Diese Ansprüche stehen auf dem Papier, oder vielmehr bleiben Ansprüche der Mongolen selbst. Die Welt der Mongolen ist nicht nur zahlenmäßig schwach, sie zerfällt soziologisch in Fürsten und Bauern, und geographisch durch die Wüste Gobi in einen nördlichen Teil, die „Äußere Mongolei“, und einen südlichen, die „Innere Mongolei“. Die Äußere Mongolei löste im Bürgerkrieg die Bande, die sie einst an China ketteten, um den Preis der neuen Bande, die sie heute an die Sowjetunion fesseln. Die Innere Mongolei, in der noch die Fürsten herrschen, ist somit soziologisch wie geographisch von dem Volksfreistaat getrennt. Allein konnte sie dem Druck der nach Norden vorstoßenden chinesischen Kolonisation nicht widerstehen. Sie konnte weder der Einteilung ihres Gebietes in die vier Provinzen, Ninghsia, Suiyuan, Chahar und Jehol, Widerstand leisten, noch dem Anwachsen des chinesischen Einflusses. Das aber war der Zweck der Eingliederung von Teilen Schansis und Hopeis in die vier Provinzen, die früher nördlich der Großen Mauer gelegen waren. Aber seit jener Teilung haben die mongolischen Fürsten in wachsendem Maße nach Japan geschaut, das seinerseits sich bemühte, dadurch einen guten Eindruck zu erwecken, daß es den zwei Millionen Mongolen in der Mandschurei eine bevorzugte Behandlung zuteil werden ließ.

Die Einbeziehung der nördlichen Teile von Schansi und Hopei in die neuen Provinzen Chahar und Suiyuan hat die wirtschaftliche Kraft dieser Provinzen sehr gestärkt, wenn diese Maßnahme wahrscheinlich auch durch politische Erwägungen bestimmt worden ist. Das Land nördlich der Großen Mauer ist zu einem beträchtlichen Teil eine Fortsetzung des Hügellandes von Schansi, gleicherweise aber auch eine Fortsetzung der Kohlen- und Eisenerfelder von Schansi. Diese Felder, deren reichste bei Tatung liegen, werden durch die Eisenbahn Peking—Kalgan erschlossen und können intensiv mit mehr Nutzen ausgebeutet werden, als das bisher der Fall gewesen ist. Keine der Provinzen bietet große landwirtschaftliche Möglichkeiten, mit Ausnahme eines fruchtbaren Streifens im Süden. Zum größten Teil sind sie eine ärmliche Steppe oder gar eine halbe Wüste, wenn auch nicht ganz unkultivierbar, wie die fleißigen chinesischen Kolonisten gezeigt haben. Wenigstens die Milch-

wirtschaft kann noch bedeutend anwachsen, — eine Ergänzung auch für Japans Volkswirtschaft.

Trotz aller Verwaltungsmaßnahmen von 1929 haben Chahar und Suiyuan nicht den Charakter entlegener Provinzen verloren. Diese Merkmale würden auch bleiben, wenn sie durch Gewalt oder Freundschaft zu einer Verwaltungseinheit mit Schansi, Hopei und Schantung verschmolzen würden. Der größte Teil ihrer Oberfläche hat Abfluß nach Norden — im Gegensatz zu den Ländern südlich der Großen Mauer — und ihre Ströme versiegen im Sande der Wüste Gobi. Auch die Zerstörung der Großen Mauer würde die Wasserscheide unberührt lassen.

Aber dadurch wird die Bedeutung von Chahar und Suiyuan nicht herabgesetzt. Als zwei der „Fünf Nördlichen Provinzen“ werden sie zur breiten Brücke für den japanischen Einfluß von den Grenzen von Mandschukuo bis zur Grenze von Kansu, die zwischen dem eigentlichen China und irgendwelcher Verbindung mit der Äußeren Mongolei im Norden sich hinzieht. So sind diese Provinzen größer und wichtiger als Jehol, dessen Hochland vor zwei Jahren von chinesischen Truppen gesäubert wurde, um das Tor nach Nordchina von Nordosten her zu sichern. Nach der anderen Richtung wird Chahar sofort ein geeignetes Sprungbrett, wenn der japanische Generalstab an die gewaltige Aufgabe herangehen würde, eine Armee über die Wüste Gobi hinweg zu transportieren, um die Transsibirische Bahn in der Gegend des Baikalsees zu unterbrechen. Der Hauptkarawanenweg von Urga, der Hauptstadt der Äußeren Mongolei, erreicht die Große Mauer bei Kalgan, der Hauptstadt von Chahar. Die Möglichkeiten einer so weitspannenden Flankenbewegung sind überschätzt worden, immerhin bestehen sie in begrenztem Umfange.

Von den übrigen drei Provinzen nimmt Schantung eine besondere Stellung ein. Schantung ist eine gebirgige Halbinsel, die in Richtung auf die Liaotunghalbinsel und Port Arthur ins Meer hinausragt. Vor langer Zeit war sie wahrscheinlich eine Insel, die durch das Gelbe Meer von der chinesischen Hochfläche getrennt war. Ihre Verbindung mit dem Schansihochland ist das Werk des Hoangho, der bei geringeren Wassermengen größere Schlammablagerungen mit sich führt als der Yangtse. Frühe Versuche, den Strom an sein Bett zu fesseln, verhinderten immer wieder, daß sich die Schlammablagerungen über das umgebende Land verteilten. In steigendem Maß wurden sie ins Meer getragen und hüllten die Berge von Schantung auf beiden Seiten in Schlamm, je nachdem der Fluß in seinem Unterlaufe das nordöstliche Bett nach dem Meerbusen von Tschili, oder das östliche Bett nach dem Gelben Meer benutzte.

Der Hoangho ist ein Fluß von vergleichsweise geringem Wert. Seitdem er 1852 wiederum in sein nördliches Bett zurückkehrte, ist die Schantungebene nördlich der Gebirge durch dauernde Fluten verheert worden, die nicht nur die Kulturen vernichten, sondern auch nach dem Zurücktreten des Wassers eine Salzschrift hinterlassen, die den Ertrag des Bodens beträchtlich herabsetzt. Südlich der Berge ist die Ebene frei von Überschwemmungen und auch gegen nordöstliche Winde

geschützt. Baumwolle und Weizen gedeihen gut, und die günstigen Bedingungen für den Maulbeerbaum haben Yenchow zu einem wichtigen Seidenzentrum gemacht. Aber der Reichtum von Schantung liegt buchstäblich in den Bergen. An den nördlichen Abhängen des Taishan gibt es Kohlenlagerstätten von guter Qualität, besonders nahe Poshanhsien. An den südlichen Abhängen werden seit langer Zeit wertvolle Eisenlagerstätten abgebaut. Kohle und Eisen haben eine gute Verkehrsmöglichkeit in der Tsingtau-Tsinan-Eisenbahn, die den besten Hafen dieser Provinz mit der Tientsin-Pukow-Linie verbindet.

Die Unabhängigkeit von Schantung unter japanischer Führung stellt mehr äußerlich als der Sache nach eine Umwandlung bestehender Zustände dar. 1897 faßten die Deutschen festen Fuß in dieser Provinz; sie hielten diese Stellung bis zum Weltkrieg, in dem sie von japanischen Streitkräften vertrieben wurden. Japan erhob den Anspruch, alle Rechte geerbt zu haben, die früher den Deutschen zustanden; es gab diese Ansprüche nur unter der Bedingung auf, daß ihm eine besondere Stellung in der Provinz Schantung zugesichert wurde. Praktisch kamen seit dem Kriege alle Ansätze zur Ausbeutung der Bodenschätze dieser Provinz von Japan.

Wenn der Fall Schantung also außergewöhnlich ist, so wird Hopei vielfach als das Herz von China angesehen. Aber das ist eine Verallgemeinerung aus den Tagen des Kaiserreiches. Die Große Mauer ist nicht mehr der Brennpunkt chinesischen Denkens. Zwei der draußen liegenden Besitzungen sind für immer verloren. Zwei andere sind im Begriff, verlorenzugehen. Gewiß nimmt Peking immer noch eine ziemlich wichtige Stellung im nördlichen Winkel der Großen Ebene ein. Es liegt gerade dort, wo das Tiefland mit seinen Weizen-, Baumwoll-, Reis- und Seidenkulturen an das Hochland stößt, das Pelze, Häute, Wachs und Borsten liefert. Aber wenn sich Peking ganz auf diesen zufälligen Umstand verläßt, so maßt es sich die Rolle von Tientsin an, das bereits ein großer Handelsplatz ist und dazu den Vorteil hat, näher am Meer zu liegen. Nachdem der Mittelpunkt der Verwaltung nach dem Yangtse verlegt worden ist, scheint im Norden kein Platz mehr für zwei so große Städte zu bestehen. Beide könnten bestehen bleiben, wenn Peking wiederum die Hauptstadt eines unabhängigen und selbst autonomen Nordchina würde, mit „draußen“ liegenden Besitzungen nördlich der Großen Mauer. Hopei hat außer dieser Möglichkeit auch eigene wirtschaftliche Bedeutung. Obgleich es einen Teil der Großen Ebene füllt, gehört es nicht zum Hoanghodelta. Es wird durch den Peiho und dessen zahlreiche rechte Nebenflüsse bewässert, die ihm aus dem Hochlande von Schansi zuströmen. Im Vergleich zum Hoangho sind diese Flüsse kurz und neigen nicht zu verheerenden Überschwemmungen. Sie haben eine Landschaft gestaltet, die guten Weizen und ausgezeichnete Baumwolle erzeugt. Japan ist heute noch sehr stark von der Einfuhr von Rohstoffen für seine Textilindustrie aus den Vereinigten Staaten abhängig. Seine Fabrikanten haben sich auf billige Gewebe spezialisiert, für die sie ganz in der Nähe einen weiten Markt finden, und für die

sogenannte „amerikanische“ Baumwolle sich besonders eignet. Die Hopei-Baumwolle gehört zum Typ der amerikanischen Baumwolle. Eine intensive Bearbeitung würde Hopei zum ersten Platz der baumwollerzeugenden Provinzen Chinas erheben und Japans Abhängigkeit von einem Handelswettbewerber und möglichen Feinde vermindern. Die Nordostecke der Provinz ist reich an Kohle, von der bereits jährlich beträchtliche Mengen von Chinwangtao ausgeführt werden.

Die Schansihochfläche ist ein karges Land, das außerhalb der fruchtbaren Täler des Fenho und anderer, kleinerer Ströme kaum für den Ackerbau geeignet ist. Sie führt einen beträchtlichen Teil ihres Lebensmittelbedarfes aus den Nachbarländern ein, und ihre Bewohner sind seit Zeiten mehr Zwischenhändler als Ackerbauer gewesen. Aber seit Einführung der Erzeugung von Kraftstrom ist Schansi seinen Möglichkeiten nach eine der reichsten Provinzen Chinas geworden. Seine Kohlenreserven werden auf 127 Milliarden Tonnen geschätzt, also auf mehr als die Hälfte der gesamten geschätzten Kohlenvorräte Chinas. Die Eisenbahnlinie Taiyuen—Chengting erschließt die wertvollen Pingtingfelder, und weiter südlich der Linie Peking—Wuhan führt eine Stichbahn nach den Eisenlagern von Tschchow. Mit den Zentren der größeren Bevölkerungsdichte noch nicht verbunden sind die Lagerstätten am linken Ufer des Hoangho, wo Oberflächenkohle seit langer Zeit ein lokales Handelsobjekt darstellt. Auch das Fenhobecken trägt zu den Kohlenreserven der Provinz bei.

Die Möglichkeiten der Provinz sind bisher noch nicht in intensiver Weise ausgebeutet worden, obgleich selbst dieses Kratzen an der Oberfläche bereits die beiden Knotenpunkte der Peking-Wuhan-Eisenbahnlinie, Chengting und Chengchow, in führende Handels- und Industriezentren verwandelt hat. Im Fall Schansi mit Hilfe Japans autonom wird, beginnt sicher eine Zeit intensiver Erschließung; denn Japan wird in seinen Riesenschritten zur Weltmacht so lange ein hektisches Aussehen behalten, bis die feste Grundlage einer gesicherten Kohle- und Eisenversorgung erreicht ist. Die Behörden der Südmandschurischen Bahn, die in der „Gründerzeit“ der Mandschurei führend waren, haben bereits ihr Interesse an der Schansikohle gezeigt. Es wird auch gesagt, daß in Schansi Ölschiefer vorhanden ist, der dem Ölschiefer von Fushun ähnlich ist.

Das sind die „Fünf Nördlichen Provinzen“. Aber darin liegt nicht das ganze Problem. Ohne Zweifel ist Japan eine dynamische Macht von expansiver Kraft. Ein Schritt führt zu einem anderen, und die „Fünf Nördlichen Provinzen“ sind nur der dritte Schritt, nach Mandschukuo und Jehol.

Es gibt keinen natürlichen Mittelpunkt, von dem aus man die möglichen Linien einer japanischen Ausdehnung jenseits der Grenzen der „Fünf Nördlichen Provinzen“ betrachten könnte. Aber es gibt einen guten Ersatz, den Menschen geschaffen haben. Jahrhunderte hindurch war Peking die kaiserliche Hauptstadt. Es ist noch heute der Mittelpunkt der Verkehrsverbindungen in Nordchina.

Zwei Hochstraßen führen fast genau nach Süden von Peking aus. Eine folgt der Linie des Großen Kanals, der ursprünglich gebaut wurde, um den Transport der Getreidetribeute zwischen dem Peihobecken und dem Yangtse zu ermöglichen. Der Kanal wird nun durch eine Eisenbahn begleitet, die von Tientsin nach Pukow läuft, von wo sie — über den Yangtse hinüber — auf der Linie Nanking—Schanghai die pazifische Küste erreicht. Als die Autonomiebewegung im Norden an Stärke gewann, verlangten die Japaner einen großen Teil des rollenden Materials dieser Linie. Das war wohl mehr eine Vorsichtsmaßregel, um eine Bewegung der Nanking-armeen nach Norden zu verhindern, als die Ansage eines japanischen Vorrückens über die südlichen Grenzen von Schantung hinaus. Solch ein Vordringen würde die Japaner aus dem Hoanghodelta in das Yangtsedelta führen. Hier sehen aber die Probleme ganz anders aus als im Norden. Das Yangtsedelta ist das Kernland der Autorität von Nanking. Es ist auch der Angelpunkt des westlichen Einflusses in China. Ein Vordringen in Richtung auf Nanking und Schanghai würde eine sehr viel sorgfältigere diplomatische Vorbereitung erfordern, als sie bisher versucht wurde.

Es bleibt noch ein anderer Weg von Peking nach dem Süden. Früher war er eine Kaiserstraße, heute folgt ihm ebenfalls eine Eisenbahnlinie. Er stellt die Verbindung zwischen Peking und dem dichtbevölkerten Seenland der Provinz Hupeh am mittleren Yangtse her. Der Weg führt die Steilhänge entlang, mit denen das chinesische Hochland in das Tiefland hinabfällt. Nachdem der Weg die Landschaften durchquert hat, in denen Baumwolle, Weizen und Reis gut gedeihen, führt er an den Kohlen- und Eisenlagern von Schansi vorbei, steigt den Mulingrücken hinauf und in das Yangtsetal bei Wuhan hinab. Aus denselben Gründen wie bei der Nankinglinie empfiehlt sich für die japanische Armee ein Vorrücken nach Süden, also nach Wuhan hinein, sehr wenig, zum mindesten in der nächsten Zukunft nicht. Es kommt aber noch ein Grund hinzu: Die großen Städte, Wuhan, Hankow, Hanyang und Wuchang, mit ihrer großen Industriebevölkerung, sind die Zentren des chinesischen Radikalismus; sie stehen darin nur hinter Kanton selbst zurück. Die britische Regierung hat es für zweckmäßig gehalten, auf ihre Konzessionsrechte in Hankow zu verzichten. Es ist unwahrscheinlich, daß die Japaner darauf erpicht sind, diese zu übernehmen.

*

Ein Vorrücken nach Süden über die Grenzen des Hoanghodeltas wird daher für die nächste Zukunft nicht in Betracht kommen. Aber was ist mit dem Westen? Südlich von Chengting treibt die Peking-Wuhan-Bahn einen Ableger nach dem Westen. Er steigt den Taihangshan hinauf, der zugleich die Grenze zwischen Hopei und Schansi und die Ostgrenze des Chinesischen Plateaus bildet. Die Zweigbahn selbst verläuft im Hochlande von Schansi. Jenseits der Kohlenfelder von Pingting erreicht sie die Eisenbahnkopfstation bei Taiyuen, der Hauptstadt von Schansi.

Westlich von Taiyuen liegt das Hoanghotal. Obwohl der Fluß für lokalen Ver-

kehr benutzt werden kann, hindern Fälle und Stromschnellen den Durchgangsverkehr. Südwestlich von Taiyuen, an der anderen Seite, ist das Fenhobecken, ein fruchtbares, kohlenhaltiges Tal, das keinerlei ernstliche Hindernisse bietet. Der Fenho erreicht den Hoangho wenig nördlich vor seiner Vereinigung mit dem Weiho.

Bevor wir die Bedeutung dieser Tatsache erörtern, müssen wir eine doppelte Möglichkeit des Zuganges betrachten. Zweihundertfünfzig Meilen südlich von Chengting liegt ein anderer wichtiger Verbindungspunkt. In Chengchow, in der Provinz Honan, wird die Linie Peking—Wuhan im rechten Winkel durch eine andere Linie geschnitten, die von Osten nach Westen verläuft. Sie kommt von Suchow und Kaifeng, einer früheren Hauptstadt von China, und läuft nach Westen zu auf Loyang und Sian, ebenfalls zwei frühere Hauptstädte von China. Sian ist noch nicht erreicht, obwohl schon viele Projekte erwogen wurden, um die Eisenbahnlinie nach dort fertigzustellen. Allein die Tatsache, daß auf dieser Linie von 300 Meilen drei ehemalige Hauptstädte zu finden sind, zeigt ihre Bedeutung. Diese wird durch den Namen der Stadtfestung unterstrichen, die am Hoangho zwischen Loyang und Sian liegt. Der Name lautet Tungkwan, östliches Tor. Tungkwan liegt in der Nähe der Mündung des Weiho in den Hoangho. So kommen die Japaner sowohl in Richtung nach Westen und Süden, durch Taiyuen, wie südlich und westlich durch Chengchow an den Weiho.

Das Tal des Weiho ist die einzige bequeme Verbindungsmöglichkeit zwischen China und Zentralasien. Der Fluß entspringt in den Bergen von Kansu, das zwar der Verwaltung nach ein Teil des eigentlichen China, in Wirklichkeit aber der östlichste Teil des großen tibetanischen Hochlandes ist. Sobald der Weiho das Bergland verläßt, strömt der Fluß in leichten Stufen durch das fruchtbare Lößland von Kansu und Schensi zum Hoangho hinab. Aus dem unteren Weihotal stammen die ersten, wenn auch noch legendären Berichte der ältesten chinesischen Geschichte. Alles läßt darauf schließen, daß die Chinesen China von Zentralasien oder Westasien über das Weihobecken erreicht haben. Noch viele Jahrhunderte später benutzten die Karawanen das Weihotal, um nach Westen zu gelangen. Ihr Weg wurde zur Großen Seidenstraße, und die kaiserliche Macht Chinas wurde schrittweise nach Westen vorgeschoben, um deren Sicherheit zu gewährleisten, bis China die hohen Gebirgszüge erreichte, die das Tarimbecken von Chinesisch-Turkestan einschließen. Nach Norden liegt die Wüste Gobi, nach Süden das tibetanische Hochland, die beide für Massenbewegungen unbrauchbar sind.

So ist das Weihotal nicht nur ein Einfalltor vom Westen nach China. Es ist auch ein Tor, das von China nach dem Westen führt. Die Japaner befinden sich auf zwei Wegen in greifbarer Nähe von diesem Tor. Eine Betrachtung dessen, was auf der anderen Seite liegt, zeigt erst die ganze Bedeutung der „Fünf Nördlichen Provinzen“.

„Auf der anderen Seite“ liegt Chinesisch-Turkestan, eine Provinz, die durch

Entfernung, Wüste und Gebirge vom eigentlichen China isoliert ist. Von Urumtschi, ihrer Hauptstadt, geht der schnellste Weg nach Nanking über die Turksib und die transsibirische Eisenbahn. Der lange, wüstenähnliche Weg nach dem Osten ist unendlich weniger anziehend als die angenehmen und fruchtbaren Täler des Ili und des Irtysh, die nach der Sibirischen Steppe führen. Würde das Schicksal von Chinesisch-Turkestan von einem Kräfteversuch der Behörden von Nanking oder Sowjetsibirien abhängen, könnte über den Ausgang wenig Zweifel bestehen.

Ein vorläufiger Kräftevergleich ist bereits zugunsten der Sowjetunion entschieden. Vor fünf Jahren sind die Güter eines verstorbenen mohammedanischen Notablen in Hami durch die chinesischen Behörden in Urumtschi beschlagnahmt worden. Eine Revolte flammte auf, und die Mohammedaner zogen südwärts und erschlugen auf ihrem Wege alle Chinesen. Weder chinesische Soldaten noch weißrussische Freiwillige konnten die Bewegung unterdrücken, jene nicht, weil ihre Kraft durch Opium gelähmt war, diese nicht, weil rote russische Agenten dauernd in die höheren Offiziersstellen eindringen. In seiner Hilflosigkeit blieb dem Gouverneur nur ein Ausweg. Er wandte sich an die Sowjets um Hilfe.

Mit Sowjethilfe wurde die Revolte schnell gemeistert, nur in einem oder zwei südlichen Distrikten flackert sie noch weiter. Nachdem die Rotrussen ihre Verpflichtung erfüllt haben, ernten sie jetzt ihren Lohn. Wir können verstehen, warum sie sich so leicht aus der Mandschurei zurückzogen, aus einer exponierten Stellung, um sich desto mehr auf ein Vordringen zu konzentrieren, das direkt und geschützt sein kann. Aber Chinesisch-Turkestan ist für die Sowjets, wie die „Fünf Nördlichen Provinzen“ für Japan, nur der erste einer ganzen Zahl von weiteren Schritten. Jenseits von Chinesisch-Turkestan liegt Kansu, und in Kansu das Weiho-tal. Lange Monate hindurch hörten wir Berichte von kommunistischen chinesischen Armeen, die nordwärts auf Schensi und Kansu marschierten. Es ist nicht schwierig zu verstehen, warum die Japaner so sehr bestrebt sind, eine Stellung zu gewinnen, die sie in die Lage versetzen würde, auf einen knappen Befehl hin das östliche Ende des „Östlichen Tores“ zu schließen.

HEINRICH ECK:

Russisch-Asien am Scheidewege

Während die tiefgehenden Veränderungen, welche die russische Revolution in den Geschicken des europäischen Rußlands bewirkt hat, der Öffentlichkeit mehr oder weniger bekannt sind, gestaltet sich der Einblick in die Verhältnisse der mittelasiatischen Republiken Sowjetrußlands viel schwieriger. Es besteht zwar eine ausgedehnte russische Literatur gerade über Russisch-Zentralasien; sie ist aber derartig einseitig und tendenziös gefärbt, daß nur die Gegenüberstellung mit den Berichten der westeuropäischen Forscher, welche Gelegenheit hatten, die Verhältnisse an Ort

und Stelle zu studieren, einen Einblick in die Tiefe der geo- und machtpolitischen Verhältnisse des sowjetrussischen Asiens gestattet¹⁾).

Für die Lösung des Nationalitätenproblems in Russisch-Asien war Lenins Politik grundlegend. Eingezwängt in eine knappe Formel, besagt sie: Die nationale Kultur ist ihrem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national und verfolgt als Endzweck die Erziehung der Volksmassen im Geiste des Internationalismus. In diesem knappen Satz konzentriert sich ein umfangreiches politisches Programm. Die Anerkennung der eigenen kulturellen Entwicklung innerhalb eines Volksganzen war nur als eine Konzession an die Realität gedacht. Denn für den Realpolitiker Lenin war es klar, daß ein brüskes Vorgehen in dieser Frage eine Reaktion bei den rückständigen asiatischen Völkern auslösen würde, welche das ersehnte Ziel, die Internationalisierung des Nahen Ostens, eher in die weite Ferne rücken als fördern würde.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Möglichkeit der Pflege arteigener Kultur nur eine Übergangsstufe auf dem Wege zur Weltverbrüderung. Für den Gründer des kommunistischen Rußlands war die Nationalitätenfrage nur ein Teilproblem seines sozialen Gesamtsystems. Er duldet das nationale Prinzip nur insofern, als es mit den Grundtendenzen des Sozialismus nicht kollidiert. Ganz im Einvernehmen mit diesen Prinzipien erklären unumwunden die sowjetrussischen Juristen den berüchtigten vierten Punkt der Konstitution, wonach jedem Gliedstaat das Recht des Austritts aus der Föderation freisteht, als ein „potentielles Recht“, welches nur den Wert einer Deklaration habe. Diese Einstellung entspricht folgerichtig der Erkenntnis, daß der ganze Komplex der Nationalitätenfrage nur eine historische Übergangsstufe zum Internationalismus ist.

Lenins Jünger und hervorragendster Vertreter seiner Lehre, Stalin, vertieft noch weiter in seinem Werke „Die Grundlagen des Leninismus“, welches ja die Bedeutung einer kommunistischen Bibel erlangte, die Postulate seines Lehrmeisters. Er scheut sich nicht, die Notwendigkeit eines Kampfes sowohl gegen den großrussischen Chauvinismus als auch gegen den lokalen Nationalismus zu verkünden. Ferner wies er auf dem XVI. Kongreß der Kommunistischen Partei darauf hin, daß die nationalen Minderheiten auch dann geneigt sind, mit dem Interventionismus zu liebäugeln, wenn die separatistischen Ideen noch nicht scharf ausgeprägt sind, und kommt schließlich zu der Behauptung, daß die unentwegten Verfechter des Nationalismus zu den konterrevolutionären Elementen zu zählen sind. Für Stalin gilt es als erwiesen, daß die nationalen Verbände in den sowjetischen Republiken Zentralasiens in engem Kontakt mit den antibolschewistischen Organisationen im Auslande arbeiten.

1) Russisch-Asien ist hier im eurasischen Sinne zu verstehen, da einige in dieser Abhandlung erwähnten Völker wie Kaukasier und die Bewohner der Krimhalbinsel räumlich zwar zu Europa, ethnographisch aber zu Asien gehören.

Die Entwicklungsgeschichte der russischen Revolution zeigte Lenin, daß der Träger des sozialistischen Gedankens in erster Linie das Industrieproletariat war, welches infolge des stetigen Kontaktes mit der städtischen Kultur sich viel empfänglicher für seine Ideen zeigte als die übrige Bevölkerungsmasse. Hat die Umwälzung im Innern Rußlands fast 100 Jahre gebraucht, um zum siegreichen Durchbruch zu gelangen, so waren in Russisch-Zentralasien ganz andere Schwierigkeiten zu meistern. Denn dort handelte es sich um Überwindung tausendjähriger Traditionen einer in ihrer Entwicklung stark rückständigen Bevölkerung, deren Geschichte religiösen Fanatismus, patriarchalische Sippengedanken, zunftmäßigen Charakter des Handwerks und feudale Wirtschaftsformen als charakteristische Merkmale des öffentlichen Lebens aufweist. Für die Verwirklichung der Leninschen Theorien bei den im östlichen Randsaum des Reiches angesiedelten Völkern waren zwei Probleme ausschlaggebend: 1. die kulturelle Hebung der Volksmassen, um die Infiltration der kommunistischen Ideen auf schnellstem Wege zu bewerkstelligen, und 2. die Schaffung eines Industrieproletariats als eines Instrumentes zur Errichtung des Welträtesystems. Damit kommen wir zu dem Kernproblem der ganzen sowjetrussischen nationalen Politik in ihrer Anwendung auf die mittelasiatischen Republiken.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß seit der Machtergreifung durch die Bolschewiken die Europäisierung der mittelasiatischen Wirtschaft bedeutende Fortschritte aufweist.

Nach offiziellen Angaben verfügt die zentralasiatische Ackerwirtschaft gegenwärtig über 140 000 Traktoren, während vor 10 Jahren die Bodenbearbeitung mit primitivsten Mitteln betrieben wurde. Die gesamte Aussaatfläche erweiterte sich von 2,4 Mill. ha im Jahre 1924 auf 4,4 Mill. ha im Jahre 1934. In demselben Zeitraum erfuhr die Produktion der Rohbaumwolle eine Erhöhung um das Fünffache, diejenige des Erdöls um das Dreifache und die Bruttoproduktion der Gesamtindustrie konnte sogar versechsfacht werden. Auch auf kulturellem Gebiete macht sich eine progressive Steigerung bemerkbar. Die Einführung des obligatorischen Schulunterrichts erweiterte das Netz der Anfangsschulen im Zeitraum von 4 Jahren (1926—1930) in den nationalen und autonomen Republiken von 17 000 auf 28 000 und erhöhte die Schülerzahl von 1 200 000 auf 2 700 000. Dementsprechend wuchsen auch die Zahl und die Auflageziffern der Zeitungen, wie aus folgender Tabelle ersichtlich:

	Anzahl der Zeitungen		Auflageziffern (in 1000)	
	1928	1933	1928	1933
Transkaukasische Republiken	36	226	300	1100
Usbekistan und Tadschikistan	15	145	130	700
Turkmenien	4	26	29	140

Mag man dieser offiziellen Statistik auch skeptisch gegenüberstehen, so liegt ihr Wert nicht in der absoluten, sondern in der relativen Bedeutung als eines Faktors des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieges. Diese Tatsache findet eine Bekräftigung durch die Berichte derjenigen Forscher, welche, wie z. B. Prof. Stählin, Gelegenheit hatten, die früheren Verhältnisse in Rußland-Asien mit den jetzigen zu vergleichen.

Mit derselben Energie strebt die sowjetistische Regierung der Realisierung des zweiten Teils ihres Programms — der Formierung eines Industrieproletariats in Mittelasien — zu. Als ernstes Hindernis auf diesem Wege galt es, das Nomadentum

zu überwinden. Zu diesem Zwecke wird eine zwangsweise Besiedelung durch Russen durchgeführt, welche die einheimische nomadisierende Bevölkerung allmählich verdrängen.

In den in 23 Rayons eingeteilten kirgisischen Steppen gelang es 1931/32 in 15 Rayons 40 000 ansässige Bauernwirtschaften zu bilden und von den 580 000 oder 70% aller Wirtschaften in Kasakstan sollen ca. 75% in kürzester Zeit sesshaft gemacht werden. Die forcierte Besiedlung im Verein mit dem beschleunigten Industrialisierungstempo bewirkt eine tiefgehende Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Von 10 000 Erwerbstätigen waren im früheren Rußland 343 industriell tätig, in den meisten Randgebieten sank diese Zahl auf 11–75 herab. Dementsprechend zählte man bei dem überwiegend bäuerlichen Charakter der mittelasiatischen Bewohner vor der Revolution einige tausend Arbeiter, dagegen waren 1932 406 000 Menschen in verschiedenen Betrieben Mittelasien beschäftigt. In der tatarischen Republik stieg die Zahl der einheimischen Arbeiter von 20,7% im Jahre 1927/28 auf 41,5% im Jahre 1934. Auch die Frauen werden in diesen Industrialisierungsprozeß einbezogen: die Statistik gibt die Zahl der in den Fabriken der Krimer autonomen Republik arbeitenden Frauen 1931 auf 6345, 1932 auf 9675 und 1933 auf 11 230 an. Die politische Bedeutung der Bildung von proletarischen Kaderarmeen erhellt daraus, daß das Wachstum der Kommunistischen Partei in Russisch-Zentralasien mit dem Anwachsen des Industrieproletariats Schritt hält. Sogar der Bauer verwandelt sich unter dem Druck der Verhältnisse in einen industriellen Arbeiter. Die Mechanisierung der Landwirtschaft, die Errichtung von Maschinen-Traktoren-Stationen, welche sich im Laufe der Zeit zu Dorffabriken mit allen Attributen der industriellen Lebensformen ausbilden, sind Faktoren, welche den Bauer in einen Arbeiter verwandeln. In dieser Tatsache findet die Theorie der Ersetzung von Einzelbauernwirtschaften durch maschinelle Großbetriebe ihren sinnfälligen Ausdruck. Die Umwandlung der Landwirtschaft in eine Abart der Industrie hat vom Standpunkt der Verbreitung kommunistischer Ideen einen tiefen Sinn. Was damit erstrebt wird, ist ein Umschwung in der Mentalität der Bauern, bei welchem die Liebe zur Scholle den konservativen Geist erhält und ihn für die Aufnahme der sozialistischen Lehrgedanken unempfindlich macht. Die Vergesellschaftung und Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes bewirkt die Umbildung des ackerbautreibenden Individuums in einen landwirtschaftlichen Arbeiter, bei welchem der Instinkt des Besitzes verlorengegangen ist. Die Sowjets hoffen, den Triumph ihrer Herrschaft in erster Linie durch das Industrieproletariat zu erlangen. Welche überragende Bedeutung der Bildung des letzteren in dem Sozialisierungsprozeß zukommt, zeigt eine Äußerung Molotows auf dem vorjährigen Rätekongreß in Moskau: „In bezug auf die straffe soziale Organisation und den revolutionären Geist der in den staatlichen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter, welche die Schutzvorposten der Revolution bilden, überragen die Fabriken und die Werke die Kolchosen an Wichtigkeit. Infolgedessen bleibt auch in Zukunft die führende Rolle der Arbeiterklasse vorbehalten.“

In verschiedenen Traktaten über die Nationalitätenfrage äußert Lenin die Ansicht, daß das Verhältnis zu den nationalen Minderheiten nicht nur für die Sowjetunion, sondern darüber hinaus eine weltpolitische Bedeutung haben wird. Wir stehen gegenwärtig am Anfange dieser Entwicklung: Die sowjetrussische Politik hat viel zum Erwachen des nationalen Gefühls in der Türkei, Persien und China beigetragen. Von dem Kraftfeld dieser Politik gehen zwei energiegeladene Strömungen aus, eine zentralisierende und eine dezentralisierende. Die erste äußert sich in dem straffen Anziehen der Zügel seitens des zentralen Verwaltungsapparates. Die Abhängigkeit der politischen und wirtschaftlichen Organisationen von der obersten Parteileitung wird nicht nur durch die Überwachung der lokalen Regierungsorgane oder die Durchsetzung der Verwaltungsbehörden mit gesinnungstreuen Parteimit-

gliedern erzwungen. Die Moskauer Machthaber greifen oft zu dem alterproben politischen Mittel, dem Ausspielen einer Bevölkerungsgruppe gegen die andere. Bemerkenswert in dieser Hinsicht ist, was Prof. Stählin in seiner Abhandlung „Russisch-Turkestan gestern und heute“ über die Umgestaltung von Tadschekistan aus einer autonomen in eine unabhängige Republik anführt. Wie bekannt, sieht das komplizierte föderalistische System der Sowjetunion drei Staatengebilde vor: autonome Gebiete, autonome Republiken und Bundesrepubliken, von denen die letzteren als vollberechtigte Mitglieder der Föderation erscheinen. Es liegt in der Natur der Sache, daß jede föderative Einheit bestrebt ist, um größere politische Aktionsfähigkeit zu erlangen, in den Rang einer Bundesrepublik erhoben zu werden. Diesen Umstand benutzte die Sowjetunion 1929, um die autonome Republik Tadschekistan, welche einen Bestandteil von Usbekistan bildete, in eine unabhängige Republik umzuwandeln. Der Grund dieser Maßnahme lag in der feindlichen Einstellung, welche die Usbeken als führende Schicht im Handel und öffentlichen Leben den Sowjets gegenüber an den Tag legten.

Das Verhältnis der zaristischen Regierung zu ihren mittelasiatischen Besitzungen konnte man nur als eine rücksichtslose Kolonisation und gewaltsame Russifizierung charakterisieren. In den Wechselbeziehungen der Räteunion zu den östlichen Randgebieten muß man zwei verschiedene Momente, und zwar das politische und kulturelle, einander gegenüberstellen. In politischer Hinsicht hat der in der Konstitution feierlich verkündete föderative Gedanke bei der Organisation der Staatsgewalt eine starke Verwässerung erlitten. Von den 15 Volkskommissariaten sind 9 reine Bundesbehörden, in denen die einzelnen Republiken zwar durch ihre Bevollmächtigten vertreten, der obersten Gewalt aber untergeordnet sind. Parallel den restlichen 6 Volkskommissariaten besitzen auch die mittelasiatischen Republiken analoge gliedstaatliche Organe; die Kompetenz der einen wie der anderen erstreckt sich bloß auf die wirtschaftlichen und kulturellen Belange ihres Arbeitsgebietes. In bezug auf ihre innerpolitische Struktur ist die föderative Sowjetrepublik ein Einheitsstaat, in welchem die Dezentralisation einzig auf den scharf umrissenen Sektor des geistigen Lebens gerichtet ist. Daß auch bei dieser beschränkten Dezentralisation der Hauptgedanke der einheitlichen Staatsgewalt nicht aus dem Auge gelassen wird, beweist unter anderem die Geschichte der Latinisierung zahlreicher asiatischer Alphabete.

Bei der Errichtung einzelner Republiken im Jahre 1920 wurden die verschiedenen turkotatarischen Völker trotz ihrer Sprachengemeinschaft und der gleichartigen Lebensgestaltung politisch in einzelne Stämme zergliedert. Als die Frage der Übernahme des latinisierten Alphabets für die mittelasiatischen Völker auftauchte, schuf die Sowjetregierung für die Tataren zehn verschiedene Schriftzeichensysteme. Auf der muselmanischen Konferenz, welche 1928 in Kasan stattfand, wurde gegen diese Zergliederung Protest erhoben und die einheitliche Handhabung der lateinischen Schrift verlangt; dieser Forderung widersetzte sich Stalin als einer konterrevolutionären Anmaßung auf das energischste. Auf diese Weise wird die politische und geistige Isolierung verschiedener Völkerschaften konsequent durchgeführt.

Ein anderes charakteristisches Beispiel für die Nationalitätenpolitik der Rätere-gierung bildet die Behandlung derselben Tataren bei der Machtergreifung durch die jetzige Regierung. Als sich 1918 unter der mohammedanischen Bevölkerung eine Gärung bemerkbar machte, welche später in einen offenen Aufstand aus-artete, wurden aus radikalen Elementen kommunistische Verbände organisiert und getrennte Truppen von Tataren und ihnen verwandten Baschkiren gebildet. Gleich-zeitig geschah die Ausrufung zweier Republiken, nämlich der Republik Baschkirien am 20. 3. 1919 und einer anderen Republik Tatarien im Jahre 1920. Um aber diese Gliedstaaten voneinander geographisch zu trennen, wird zwischen ihnen das Terri-torium des früheren Gouvernements Ufa eingeschoben, so daß die Hälfte der tata-rischen Bevölkerung außerhalb ihres eigentlichen Heimatsortes zu wohnen gezwun-gen ist.

Auf derselben Ebene liegen Maßnahmen, welche das Überwiegen des russischen Elementes in dem höheren Verwaltungsapparat bedingen. Während die tatarische Einwohnerschaft z. B. in den Dorfsowjets mit 53%, in den Kreissowjets mit 37,8% und in der Gebietsverwaltung mit 55% vertreten sind, beträgt ihr Anteil an der lokalen Zentralverwaltung nur 30%. Dabei schwankt die Zahl der Russen in den tatarischen Republiken zwischen 40—42%. Ein ähnliches Verhältnis besteht in den anderen mittelasiatischen Gliedstaaten. Diese Tatsache erhält noch eine besondere Bedeutung dadurch, daß nach Mittelasien aus Moskau Kräfte dirigiert werden, welche eine besondere Aktivität und Treue an die Parteiinteressen zu bekunden Gelegenheit hatten. Abgesehen davon bildet Taschkent, das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum Mittel-asiens, den Hauptpunkt der bolschewistischen Propaganda für den gesamten Orient. Diese Stadt beherbergt eine der Dritten Internationale in Moskau unterstellte Agitatorenschule, die ihre Emissäre bis nach dem Pamir und Indien hinaussendet. Taschkent ist gleichzeitig der Sitz des Hauptbüros der nahöstlichen Kommunistischen Partei, der Direktion der mittelasiatischen Eisenbahnen, der „Prawda Wostoka“, des Parteiorgans für Usbekistan und die Nachbarstaaten sowie einer Universität.

In bezug auf die zentralasiatischen Völker verfolgt Moskau somit eine doppelte Politik: nach außen hin gibt sie vor, eine Beschützerin des Landes gegen die kolo-nialen Eroberungsgelüste der europäischen Mächte zu sein. Was die Zielsetzungen der inneren Politik anbelangt, so sind sie mit aller Deutlichkeit in den von Stalin 1921 und von Sapharow 1922 verfaßten Berichten festgelegt. Ihre Hauptthesen lassen sich in folgendem zusammenfassen: 1. Zerstückelung und Verteilung der feu-dalen Besitzungen und derjenigen der öffentlichen Hand; 2. Auflösung der isla-mischen Kongregationen; 3. Unterdrückung der pantürkischen Bewegung.

Eine unumgängliche Begleiterscheinung der bolschewistischen Herrschaft ist die antireligiöse Propaganda. In der im November 1930 veröffentlichten Broschüre „Das Maschinenzeitalter und die Religion“ bemerkt der protestantische Japaner Hampei Nagao, daß „der stärkste Feind des Marxismus das Christentum wäre“. Das in jedem Menschen verankerte religiöse Gefühl als unbewußtes Moment wider-setzt sich am heftigsten der von außen aufgezwungenen negativen Idee und ist ein natürlicher Schutzwall gegen diese. Daher der grimmige Haß Lenins und der An-hänger seiner Lehre gegen die Religion. Entsprechend dieser Einstellung schreibt

das an alle regionale Exekutivkomitees verschickte, aber nicht veröffentlichte Dekret vom 5. Mai 1932 vor, die antireligiöse Propaganda zu verstärken und jede Äußerung des religiösen Gefühls mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Die Grundlage des Kommunismus, die materialistische Weltanschauung, ersetzt den Glauben durch Wissenschaft, Technik und materiellen Fortschritt der Menschheit. In dem Bewußtsein, daß ein offener Kampf gegen den Islam heftigen Widerstand bei dem asiatischen Menschen hervorrufen würde, bedient sich die Sowjetregierung diskreter Mittel. Es wird die These von der Identität der islamischen und kommunistischen Ideale aufgestellt. Die teils eingeschüchelten, teils durch Drohungen müde gemachten Mullahs verkünden in ihren Predigten, daß Lenin und Mohammed denselben Prinzipien huldigen. Nichtsdestoweniger ruft die Gottlosenbewegung bei den mittelasiatischen Völkern, bei denen der religiöse Fanatismus und die jahrtausendealten Überlieferungen fest in ihrem Wesen verankert sind, eine starke Erbitterung hervor. Diese religiösen Kämpfe zeitigten die in ihrer Art einzig dastehende Tatsache eines Appells muselmanischer Völker an den Heiligen Stuhl. Das in den „Osservatore Romano“ vom 24. Juli 1930 veröffentlichte Dokument stellt eine Bittschrift der islamischen Bevölkerung Zentralasiens an den Papst dar, in welcher er um seine Intervention bei der russischen Regierung wegen der religiösen Verfolgungen in Mittelasien angegangen wird. Einen ähnlichen Protest erhob auf dem islamischen Kongreß, welcher im Dezember 1931 in Jerusalem stattfand, der Vorsitzende des Komitees für die Unabhängigkeit der das Wolga- und Uralgebiet bewohnenden Muselmanen, Iyad Ishaqui, und für die kaukasische Bevölkerung der Präsident des nordkaukasischen nationalen Komitees, Said Shamil. Der Abwehrkampf gegen die Flut antireligiöser Ideen wird noch bekräftigt durch die gerechtfertigte Furcht der islamischen Welt vor der Schwächung der im Orient scharf ausgeprägten Gemeinschaft der Familienverbände sowie vor der Lockerung der orientalischen Sitten, welche den gegenseitigen Verkehr der Geschlechter stark einschränken.

Aus dem oben Angeführten folgt, daß zugleich mit der straffen Anspannung der Staatsgewalt die Räteregierung in Mittelasien eine dezentralisierte Kulturpolitik verfolgt. Wie wirkt sich diese Doppelgestaltung der russischen Nationalitätenpolitik auf die Geschicke der Völker Zentralasiens aus? Konnte die jahrhundertealte kulturelle und religiöse Tradition des Islams dem Druck des neuzeitlichen Geistes widerstehen?

Eine mehr oder weniger zuverlässige Antwort auf diese Fragen geben die Ergebnisse der im Laufe des Jahres 1934 vorgenommenen Parteisäuberung in Mittelasien. Es muß vorweggenommen werden, daß die Zahl der Kommunisten in den verschiedenen mittelasiatischen Republiken zwischen 0,5—4% schwankt. Nach dem Bericht des in Taschkent erscheinenden Parteiorgans „Prawda Wostoka“ vom 11. April 1935 wurden als Resultat der Kontrolle 1798 Mitglieder, d. h. 22,1%, aus der Partei ausgestoßen, 730 Parteiangehörige in die Kategorie der Kandidaten und 419 in die der „Gleichgesinnten“ zurückversetzt. Der Bericht der Kontrollkommission stellt fest, daß der konterrevolutionäre Geist sich sogar in dem amtlichen Zentralapparat festgesetzt hat. In der Tätigkeit der höheren Lehrinstitute wird eine Abstumpfung des Klassenkampfes gerügt. Sogar die Verwaltung der staatlichen Plankommission zählt in ihrer Reihe eine Anzahl Mitglieder mit scharf ausgeprägten antikommunistischen Ideen. Ferner wird in der führenden Zeitschrift „Der Bolschewik“ (1935, Nr. 3) die Aufmerksamkeit der maßgebenden Stellen

darauf gerichtet, das in den Museen von Taschkent, Buchara und Samarkand die Porträts hervorragender kommunistischer Führer vollständig fehlen; dagegen schmücken die Wände Bilder von Persönlichkeiten, welche auf Grund gerichtlicher Entscheidung entweder ausgewiesen oder sogar erschossen wurden. In der Sowjetliteratur finden sich oft Hinweise darauf, daß die turkestanischen Kommunisten eine konterrevolutionäre Tätigkeit ausüben, welche weit über die Grenzen ihres Landes hinauswächst. Diese Kommunisten sind ihren russischen Parteigenossen oft feindlich gesinnt. In einer Versammlung erklärte ein junger turkestanischer Kommunist offen: „Auch für uns, Turkestaner, wird eine Zeit kommen, in der wir die Russen herauswerfen werden“ („Der nahe Osten“, 1935, Nr. 4).

Hans Kohn in seiner Abhandlung „Der Nationalismus in der Sowjetunion“ kommt ebenfalls zum Schlusse, daß die kommunistische Propaganda in den Ländern des Orients keine dauernden Erfolge zu erzielen vermochte. Der Selbsterhaltungstrieb der bürgerlichen Schicht zwang diese zur Preisgabe gewisser Forderungen und zu einer Verständigung mit dem fremden Imperialismus. Und da die Chancen einer Welterhebung so gut wie verschwunden sind, so will Stalin entgegen Lenins These zuerst in der Sowjetunion selbst den sozialistischen Aufbau verwirklichen, damit dieser als Muster für andere Völker diene.

Stößt somit die sowjetrussische Machtentfaltung in Mittelasien auf ernste Hindernisse, so ist die Moskauer Kulturpolitik gegenüber den Orientvölkern bestrebt, diese Mißerfolge wettzumachen. Während die europäische Kolonisation meistens im Rahmen einer militärischen Aktion unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen vor sich geht, läuft die russische kulturelle Arbeit auf das Durchdringen der einheimischen Bevölkerung mit den modernsten Ideen der Wissenschaft und Technik hinaus. Dabei geißelt die sowjetische Propaganda die alten Kolonisationsmethoden mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln.

*

Russisch-Zentralasien umfaßt einen Raum von 1887000 qkm mit einer Bevölkerung von ca. 30 Millionen Menschen und ist so groß wie Deutschland, Frankreich, England und Spanien zusammengenommen. Die industrielle Entwicklung dieses noch unlängst eines der rückständigsten Länder der Welt im Zeitabschnitt von 1927/28 bis 1932/33 zeigt folgende Tabelle:

	1927/28	1932/33
Kohle in Millionen Tonnen	230	1000
Erdöl „ „	39	374
Textilien in Millionen Meter	—	144
Felle in Millionen Stück	0,25	0,55

Diese Entwicklung hat das Gesicht des russischen Mittelasien in den letzten Jahren vollständig verändert. Betrug 1928 die industrielle Produktion im Verhältnis zu der landwirtschaftlichen 33,6%, so erhöhte sich die erstere 1933 auf 59,5%. Als direkte Folge dieser Verwandlung tritt eine Umschichtung in der sozialen Struktur der Bevölkerung ein: es bildet sich ein industrielles Proletariat, welches sich nicht nur auf die eigentliche Industrie erstreckt, sondern infolge der Mechanisierung und Vergemeinschaftung auch die Landwirtschaft umfaßt.

Diese Entwicklung begünstigte außerordentlich den Verstädterungsprozeß sowohl in Mittelasien wie auch im Kaukasus. In Kutais (Transkaukasien) z. B., welches

1909 202 Arbeiter zählte, sind gegenwärtig 30000 Menschen industriell tätig. Das Anwachsen der städtischen Bevölkerung in anderen kaukasischen Städten ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich (in 1000 Einwohner):

Jahre	Baku	Tiflis	Batum	Kutais
1922	337	234	45	47
1933	700	400	72	150

Die Einführung des obligatorischen Schulunterrichtes, die Ausnutzung der Naturschätze, der Ausbau des Eisenbahn- und Luftverkehrsnetzes haben die kulturelle Eroberung des Landes herbeigeführt und den russischen Orient aus seinem langen Schlaf erweckt. Mit dem geistigen Erwachen der asiatischen Völker erwacht jedoch auch der Sinn für Selbständigkeit und religiöse Freiheit. Der Orientale hat gelernt, seine Mußestunden mit Lesen zu verbringen, die Eisenbahn zu benutzen. Vor ihm enthüllt sich eine neue Welt, in welcher die junge unverbrauchte Kraft, der lange im Zaume gehaltene Tätigkeitsdrang und das vererbte ungestüme Temperament zu ihrem Rechte gelangen wollen. Moskau wiegt sich in der Hoffnung, diese Möglichkeiten zur Ausbreitung des Kommunismus in ganz Asien ausnutzen zu können. Würden aber, einmal zum Bewußtsein ihrer Kraft gelangt, die asiatischen Massen den Befehlen des Komintern folgen wollen? Und würden die entfesselten Stürme die Mächte, die sie geboren haben, nicht vernichten? Es liegt ja im Bereiche des Möglichen, daß ein moderner Tamerlan die Fackel des Islam mit einer ungeahnten Kraft aufleuchten lassen und die moskowitischen Verkünder einer neuen Weltordnung mit orientalischer Grausamkeit abschütteln wird.

*

Über die veränderte geopolitische und volkswirtschaftliche Struktur der Bevölkerungsmassen hinaus ist das Spiel der Kräfte im mittelasiatischen Raum durch die russisch-englischen Gegensätze und die pantürkische oder besser panislamische Idee bedingt.

In der vorrevolutionären Epoche waren die gemeinsamen Züge der russischen und englischen Kolonialpolitik die gewaltsame Unterdrückung der mittelasiatischen Völker und die Vernichtung ihrer kulturellen Selbständigkeit. Seitdem hat sich das Blatt gewendet: die ideologische Einstellung der sowjetrussischen Kulturpolitik ist ein entschiedenes Plus für die Russen und eine Gefahr für die englische Machtentfaltung in Mittelasien geworden. Schon Lenin warnte die mittelasiatischen Völker vor dem britischen Imperialismus. Die geistige Einwirkung wird seitens der Russen noch durch wirtschaftliche und kommerzielle Maßnahmen unterstützt. Die Sowjetunion überschwemmt die Märkte in Zentralasien mit ihren Erzeugnissen, wobei die Preisunterbietung in vielen Fällen die englische Konkurrenz ausschließt. Dies gilt ebenfalls für das außerrussische Asien, wie die Türkei, Afghanistan und Persien. Und wo diese Mittel versagen, dort fließt das russische Gold zugleich mit dem englischen Gold des Colonial Department.

In diesem russisch-englischen Machtkampf haben die Russen wichtige Positionen erobert. Die sowjetrussische Fahne flattert schon vor den Engpässen, welche nach Britisch-Indien führen. Charakteristisch ist in diesem Zusammenhange das Verhalten von Kaschgan, eines bedeutenden Knotenpunktes der Handelsstraßen in Chinesisch-Turkestan, den beiden rivalisierenden Mächten gegenüber. Die muselmanische Bevölkerung dieses Handelszentrums, mit welcher die Engländer lebhaft kommerzielle Verbindungen unterhielten, stand unter vollständigem englischem Einfluß. Es bedurfte aber nur eines Appells des sowjetrussischen Turkestans an die Einwohner Kaschgans, um diese zu veranlassen, ihre Beziehungen zu den Engländern abubrechen, welche nur den begüterten Teil der Kaschganer berücksichtigten. Gegenwärtig befindet sich die Stadt in russischen Händen. Die Russen sind viel weniger auf die Sättigung der mittelasiatischen Märkte mit ihren Waren bedacht; ihnen kommt es vielmehr auf den Import von Ideen und Losungen an, welche von der Dritten Internationale den Massen durch verschiedene Kanäle, wie Tagespresse, Radio, Schulen, Konferenzen usw., infiltriert werden. Im Gegensatz zu dem Engländer ist für den Russen der asiatische Mensch nicht ein wirtschaftliches, sondern ein ideologisches Ausbeutungsobjekt. Darin liegt ein gewisser Vorteil für die russische Geltendmachung in Mittelasien. Dazu kommt noch eine subtile Behandlung und jene Charakterzüge, welche der russischen und orientalischen Psyche gemeinsam sind und die Einfühlung in die gegenseitige Mentalität erleichtern, nämlich der Fatalismus und Mystizismus.

■

Ein entscheidender Faktor, welcher die Geschicke nicht nur Mittelasiens, sondern des ganzen Orients bestimmen wird, ist der Panislamismus. Bedenkt man, daß der ungeheure Raum vom Pamir bis zur Wolga und von dem Kaspischen bis zum Baikalsee von turanischen Muselmanen bewohnt ist, so wird klar, daß das religiöse Problem der Schlüssel zum Verständnis der gegenseitigen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Mittelasien ist. Die Herrschaft des Islam in der Welt bewegt das Innere eines jeden Orientalen. Der Weltkrieg und die politisch-wirtschaftliche Schwächung Europas haben eine Renaissance des nationalen und religiösen Bewußtseins bei den Völkern des Orients ausgelöst wie kaum je zuvor. Der religiöse Kampf wird in Mittelasien in den in Europa unbekannten eigentümlichen Formen geführt. Der Orientale ist ein geborener Verschwörer und der Orient ein gesegnetes Land der geheimen Konventikel. Die russisch-englischen Intrigen und die leidenschaftlichen konfessionellen Debatten spielen sich in den verschwiegenen Wänden der tibetanischen Klöster, den persischen Moscheen und geheimen Gesellschaften Turkestans ab. Die Tätigkeit dieser Gesellschaften beschränkt sich nicht nur auf das Innere des Landes; sie haben ihre Zweigstellen in London, Paris und anderen Hauptstädten Europas. Als sich die Repräsentanten der muselmanischen Kommunisten auf dem Kongreß in Taschkent (1919) überzeugten, daß die Bedrohung ihrer

politischen und religiösen Freiheit seitens der Bolschewiken unabwendbar ist, entschlossen sie sich sogar dazu, eine geheime Fraktion im Schoße der Dritten Internationale selbst zu bilden.

In Unkenntnis der eigenen Kraft und in Ermangelung von Zentralisation, Disziplin und Einigkeit schlummern die politischen und religiösen Gefühle des Asiaten in seinem innersten Wesen so lange, bis sie bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in eine verheerende Explosion ausarten. Diese aufgespeicherte Energie wird nicht nur in Asien große Umwälzungen bewirken. Der von den Bolschewiken geschürte Haß im Verein mit dem erwachten Nationalismus kann Katastrophen heraufbeschwören, welche die mongolische Invasion in Schatten stellen würden. Ein bekannter französischer Politiker äußerte sich im Jahre 1932, der Tag sei nicht fern, an dem Russisch-Mittelasien ähnlich wie jetzt Mandschukuo im Brennpunkt der europäischen Politik stehen wird.

*

An der östlichen Peripherie des russischen Reiches ringen um ihre Vormachtstellung drei heterogene Kräfte: der russische Bolschewismus, der britische Imperialismus und der Panislamismus. Der dynamische Charakter der ersten beiden Faktoren und das Beharrungsvermögen des Islamismus schließt den Gleichgewichtszustand dieser Potenzen aus. Die Geburt einer nationalen Intelligenzschicht im Verein mit der Formierung einer im Bewußtsein ihrer Bedeutung starken Arbeitermasse in Mittelasien bedeutet sowohl für die Sowjetregierung wie auch für England eine Gefahr, deren geopolitische und wirtschaftliche Auswirkungen gegenwärtig nicht einmal annähernd abzuschätzen sind.

MARTIN WARNECK:

Sowjetrußlands Rückzug aus der Mandschurei

Eine Woche nach jenem denkwürdigen Märzsonnabend, an dem das deutsche Volk der Welt gegenüber seinen festen Willen und seine Entschlossenheit zum Wiederaufbau seiner Wehrmacht offen bekundete, am Sonnabend, den 23. März 1935, spielte sich gleichzeitig in Tokio und in Harbin der Schlußakt eines für den politischen und wirtschaftlichen Werdegang des Fernen Ostens überaus wichtigen historischen Dramas ab, dessen Anfänge bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreichen. Um 9 Uhr 30 Minuten morgens unterzeichneten die in Tokio versammelten bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion, Japans und des Mandschurischen Kaiserreiches fünf Urkunden (1), die den Verkauf aller sowjetrussischen Rechte an der Ostchinesischen (Nordmandschurischen) Eisenbahn an die mandschurische Regierung enthielten und die praktische Ausführung in allen Einzelheiten bestimmten. Gleichzeitig leistete Mandschukuo die erste teilweise Zahlung in barem Gelde (2).

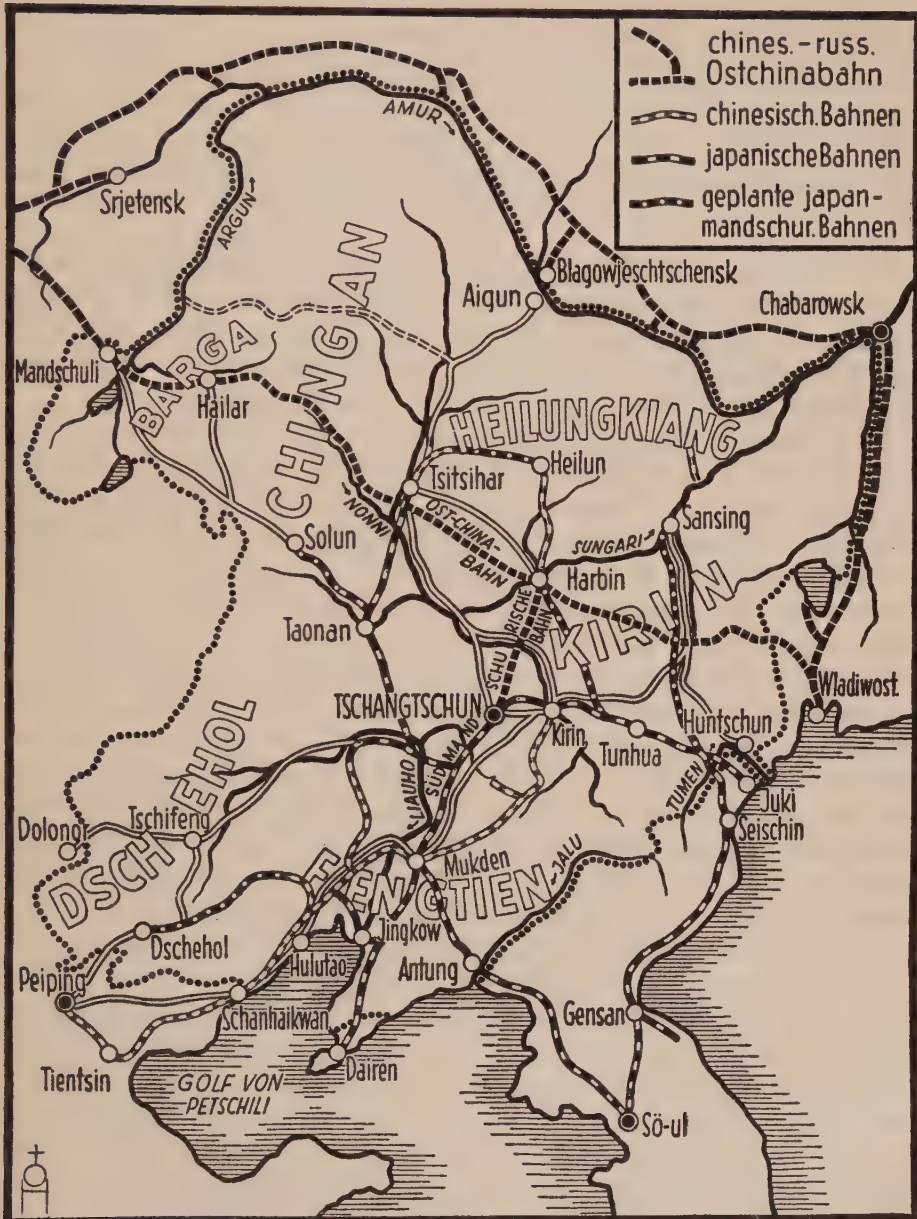
Da die Übergabe der Bahn sofort nach erfolgter Unterzeichnung des Verkaufs-kontrakts stattfinden sollte, verkündete der speziell zu diesem Zwecke nach Harbin gekommene Verkehrsminister von Mandschukuo, Ding Djiäng-Hsiu, kurz nach 11 Uhr vormittags, in Gegenwart der Direktoren der Ostbahn, des Präsidenten der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft, Grafen Hayashi, des Generaldirektors der Hauptverwaltung der Staatsbahnen von Mandschukuo, Usami, und anderer, daß die mandschurische Regierung die Ostchinesische Eisenbahn nunmehr voll und ganz in ihren Besitz übernehme und die Verwaltung derselben auf ähnlicher Grundlage wie der übrigen Staatsbahnen der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft anvertraue. Gleich darauf begann die seit Monaten vorbereitete tatsächliche Übergabe der Bahn und ihres gesamten Eigentums von der alten in die Hände der neuen, überwiegend japanischen Verwaltung. Dieser Prozeß vollzog sich in vollkommener Ordnung und mit geradezu mustergültiger Geschwindigkeit. Binnen einer Zeitspanne von etwas weniger als 6 Stunden wurden alle leitenden Posten in Harbin und auf 82 anderen großen und kleinen Stationen der Ostbahn neuen Beamten überantwortet (3). 37 Jahre russischer wirtschaftlicher, politischer — und Verwaltungstätigkeit in der Nordmandschurei sind somit mit einem Schlage zur überholten Vergangenheit geworden.

Gegen die innerhalb von drei Jahren zu leistende ratenweise Zahlung von 140 Millionen japanischer Yen zum Kurse des Tages der Vertragsunterzeichnung (4) berechnet, ein Drittel davon in barem Gelde, zwei Drittel in Sachlieferungen, plus ca. 30 Millionen Yen Abfindungsgelder an die zu entlassenden sowjetrussischen Bahnbeamten, hat Mandschukuo käuflich „alle die die Ostchinesische Eisenbahn betreffenden Rechte der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (Art. 1) erworben (5). Die seit dem Juni 1933 in Tokio verhandelnden Parteien waren sich über den Inhalt dieser Rechte keineswegs einig. Da es jedoch im gegebenen Falle politisch unklug und in höchstem Grade hinderlich wäre, sich dieser Frage wegen zu entzweien, haben sie sich mit der Bestimmung begnügt, laut welcher „die Ostchinesische Bahn mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens in den vollen Besitz und unter die alleinige Verwaltung der Regierung von Mandschukuo gebracht werden wird“ (Art. 2). Hierzu ergänzt Art. 12, daß „der Begriff ‚Ostchinesische Eisenbahn‘ alle die dazu gehörenden Rechte, Unternehmungen und Besitztümer umfaßt“. An anderer Stelle (6) hatten wir Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß nach der juristisch begründeten russischen Auffassung das Eigentumsrecht an der Ostbahn einzig und allein Rußland bzw. der Sowjetunion als Nachfolgerin der russischen AG. der Ostchinesischen Eisenbahn zustand, während China bzw. Mandschukuo bis zur erfolgten Revision der alten Verträge und Baukontrakte bloß einen Anteil an der Verwaltung und dem Reingewinn hatte. Diese Auffassung wird praktisch durch die unleugbare Tatsache bekräftigt, daß das zum Bau und für den späteren Unterhalt der Bahn erforderliche Kapital bis zum Jahre 1917 aus-

schließlich von der mit den russischen Regierungsinteressen eng verbundenen Russisch-Chinesischen bzw. Russisch-Asiatischen Bank und zum Teil auch direkt vom russischen Schatzamt zur Verfügung gestellt wurde. In späteren Jahren wurden die verschiedenen Neubauten, Meliorationen, Verbesserungen usw. aus den Einnahmen der Bahn selbst gedeckt. Nirgends ein Wort von finanzieller Unterstützung chinesischer- bzw. mandschurischerseits. Der Umstand, daß China bei der Abschließung des Bauvertrags im Jahre 1896 der Russisch-Chinesischen Bank fünf Millionen Tael eingezahlt hat, die es zu einer Anteilnahme an dem Reingewinn der Bank berechtigten, kann wohl kaum die Grundlage zu einem Anspruch auf Eigentumsrechte an der Ostbahn bilden. Die mandschurische Regierung vertrat in den letzten zwei Jahren den gerade entgegengesetzten Standpunkt, demgemäß sie selbst der Eigentümer und die Sowjetunion bloß ein Nutznießer an der Bahn war. Sie konnte ihren Anspruch jedoch weder auf der Konferenz in Tokio noch in Harbin durchsetzen. — Sowjetrußland hatte sich bis zuletzt den maßgebenden Einfluß in allen Angelegenheiten der Bahnverwaltung gesichert (7).

Die Ostchinesische Bahn verfügte trotz mancherlei Einbußen der letzten Jahre über bedeutendes und sehr wertvolles Eigentum. Die Länge der Hauptlinien der Bahn beläuft sich auf 1726,51 km (mit allen Nebengeleisen, Holzzufuhrbahnen usw. sind es 3254,85 km) mit 75 großen und 8 kleinen funktionierenden Bahnhöfen; daneben gibt es noch 104 kleine Stationen, die zur Zeit der Bahnübergabe geschlossen waren. Die Zahl der Brücken beträgt 622, darunter 275 aus Metall mit Steinpfeilern (Gesamtspannweite — 8065,48 m) und 347 Bogenbrücken aus Stein und Eisenbeton (Gesamtspannweite — 5887,50 m), ferner hat die Bahn 4 Tunnel mit einer Gesamtlänge von 3727,93 m. Die der Bahn gehörenden Gebäude und Bauten verschiedener Art nehmen eine Gesamtfläche von 1334021 Quadratmetern ein (8), die Länge der Telegraphenlinien beträgt 2648 km, die des Telephonnetzes 14420 Drahtkilometer usw. Am 1. Januar 1935 besaß die Bahn 421 Lokomotiven, 531 Personen- und 5937 Güterwagen. Außerdem gehörten ihr mehrere Eisenbahnwerkstätten, darunter die Zentralwerkstätten in Harbin, 15 Elektrizitätswerke verschiedener Leistungsfähigkeit, 10 Krankenhäuser und 13 Ambulatorien, ferner bedeutender Grundbesitz in der bisherigen Eisenbahnzone, die Kohlengruben in Dschalainor, Waldrechte in den Provinzen Hsingan, Heilungkiang und Pinking (9), eine große Druckerei in Harbin, eine Wollwäscherei in Hailar, zahlreiche Schulen, eine reichausgestattete Bibliothek in Harbin, meteorologische Stationen usw. Zum 1. Januar 1935 beschäftigte die Bahn, ohne die Beamten der Schulabteilung, der Eisenbahnpolizei und der Schiffsabteilung, insgesamt 14277 Angestellte (10).

Den nominellen Wert der Bahn gab die sowjetrussische Verwaltung mit 405490797,48 Goldrubeln an, davon bildeten 365649541,17 Goldrubel die eigentlichen, 1898—1905 verausgabten, Baukosten, der Rest, 39841250,31 Goldrubel bestand aus den 1906—1934 für Verbesserungen des Betriebs, Neuanschaffungen, Neubauten usw. ausgegebenen Beträgen. Außerdem hatte die kaiserlich-russische Regierung die Ostbahn in den Jahren 1903—1914 noch mit insgesamt 178579617,95 Goldrubeln zur Deckung der jährlichen Defizite unterstützt. Hieraus ergibt sich ein nomineller Gesamtanspruch russischerseits von rund 544 Mill. Goldrubeln, wobei Zinsen nicht mitinbegriffen sind. Die Gegenseite hat die Verschuldung der Bahn an die frühere russische Regierung nicht nur völlig außer acht gelassen, sondern, mit Hinweis auf die bedeutend niedrigeren Baukosten der von den Japanern neuerdings gebauten mandschurischen Staatsbahnen, die Höhe der von den Sowjetrussen angegebenen Baukosten als übertrieben bestritten. Die Südmandschurische Bahn gibt die Baukosten der Ostchinesischen mit nur 172600000 Yen an. Die japanische Argumentation ist in diesem Falle jedoch nicht recht stichhaltig, da die Ostbahn unter wesentlich anderen, unvergleichlich schwierigeren



Die ostchinesische Bahn im Verkehrsnetz der Mandschurei zur Zeit des Verkaufes (1933)
Aus v. Niedermayer, Die Mandschurei. Zeitschrift f. Geopolitik 1933, Heft 12, Seite 707 ff.

und mit viel größerem Kostenaufwand verbundenen Verhältnissen gebaut worden ist als die neuen Bahnen. Die Mandschurei vor 40 Jahren war ein dünn besiedeltes, sehr wenig erforschtes und wirtschaftlich völlig rückständiges Land ohne brauchbare Verkehrsstraßen, in dem die Russen mehrere Jahre hindurch mühselige, aufopfernde und sehr kostspielige Pionierarbeit leisten mußten, ehe sie den Bau der Ostbahn zustande brachten und dadurch das Land den Einwirkungen moderner Wirtschaft und Kultur zugänglich machten. Ohne viel zu übertreiben kann man behaupten, daß gerade diese, den Japanern so teuer erscheinende Vorarbeit es gewesen ist, die den viel billigeren Bau der neuen Bahnen in späteren Zeiten ermöglichte. Andererseits muß allerdings zugegeben werden, daß der reelle Wert und die Bedeutung der Bahn unter den stark veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der letzten Jahre erheblich gesunken ist, und daß die Bahn verkehrstechnisch in vielem veraltet und rückständig ist.

Als rein kommerzielles Abkommen betrachtet bietet der Tokioer Kaufvertrag der Sowjetunion eine dermaßen geringe Vergütung für ihre unter normalen Umständen weit höher zu bewertenden Rechte an der Ostchinesischen Bahn, daß es nur unter Heranziehung der politischen und sonstigen Begleitumstände möglich wird, die Nachgiebigkeit Moskaus zu begreifen und richtig einzuschätzen.

Die Ostchinesische Bahn ist bekanntlich in den Jahren 1898—1903 gebaut worden, also gerade zu der Zeit, als die Expansionspolitik des kaiserlichen Rußlands im Fernen Osten ihren Höhepunkt erreichte. Die politische Bedeutung der Bahn lag in ihrer Rolle als einziges zuverlässiges Verbindungsglied zwischen den Stützpunkten der russischen Macht am Stillen Ozean (Port Arthur, Wladiwostok) und der Metropole. Erst in zweiter Linie sollten die wirtschaftlichen Aufgaben der Bahn zur Geltung kommen, die vor allem in der Erschließung des mandschurischen Marktes für die Erzeugnisse der russischen Industrie gesehen wurden. Die Niederlage im Kriege mit Japan bereitete dem russischen Ausdehnungsdrang ein frühzeitiges Ende. Korea und die Südmandschurei wurden endgültig aufgegeben und demzufolge auch der Abschnitt der Ostbahn südlich von Changchun an Japan abgetreten (1905). Von dieser Zeit bis zum Weltkriege beschränkte sich Rußland in der Mandschurei ausschließlich auf die Defensive: man war bestrebt, das zu erhalten, was nach der Niederlage noch übriggeblieben war. In dieser Hinsicht stimmten die Interessen der bisherigen Gegner vollkommen überein, denn auch Japan wollte damals seinen mandschurischen Besitz festigen und vor fremden Eingriffen (11) sichern. Zu dieser Zeit trat die wirtschaftliche Bedeutung der Ostbahn mehr in den Vordergrund. Die Besiedlung der Nordmandschurei ging auf dem Wege über die Ostbahn, die ersten Anfänge des in der Gegenwart so wichtigen Bohnenexports (damals nur auf dem Wege über Wladiwostok) liegen ebenfalls in jener Periode. Vermittels der Ostbahn beherrschte Rußland die nominell chinesische Nordmandschurei beinahe vollkommen, politisch und auch wirtschaftlich. In den bekannten „21 Forderungen“ des Jahres 1915 respektierte Japan die russische Vormachtstellung im Norden der Mandschurei, indem es für sich nur in der Südmandschurei und in der Östlichen Inneren Mongolei besondere Vorrechte beanspruchte. Erst in den russisch-japanischen Verhandlungen von 1916, die in dem

Abschluß des letzten nicht mehr ausgeführten Vertrages des Zarenreiches mit Japan gipfelte, wird der Drang Japans in den Bereich der russischen Interessensphäre zum erstenmal seit 1905 wieder deutlich bemerkbar. Um sich das freundliche Verhalten des Inselreiches zu sichern, willigte Rußland in die Abtretung des südlichen Teiles der Bahnlinie Harbin—Changchun (von Changchun bis Laoschakou am oberen Sungari — ca. 106 km) an Japan ein. Als das alte Russenreich im Jahre darauf vom Wirbel der Revolution ergriffen wurde und dem Untergang nahe schien, war die Übernahme des russischen Erbes in der Mandschurei eins der nur notdürftig verschleierte Ziele der japanischen Politik. Die am 26. Januar dieses Jahres vom State Department in Washington veröffentlichten Dokumente aus dem Jahre 1919 sprechen von einem japanischen Plan, die Bahn unter die alleinige Kontrolle Tokios zu bringen. Die allgemeine politische Lage schien einen derartigen Schritt zu begünstigen. Karachan verzichtete im Namen Sowjetrußlands auf die Rechte des alten Rußland in der Mandschurei. China war ohnmächtig. Die Eifersucht der Mächte wollte jedoch einen neuen Machtzuwachs Japans nicht zulassen, und da letzteres damals noch nicht stark genug war, um dem Willen aller zu trotzen, so kam es auf der Abrüstungskonferenz in Washington zur Unterzeichnung des die Ostbahn betreffenden Protokolls von 1922, welches China zum Treuhänder des russischen Nachlasses in der Mandschurei bestimmte, bis zu dem Zeitpunkt, wo eine „rechtmäßig anerkannte Regierung Rußlands“ bereit sein werde, in ihre Rechte in der Mandschurei zu treten. Praktisch bedeutete das, daß der durch die erzwungene Vereinbarung Chinas mit der Russisch-Asiatischen Bank vom 2. Oktober 1930 an der Ostbahn geschaffene *modus vivendi* (gemeinsame Verwaltung der Bahn, die als rein kommerzielles Unternehmen betrachtet wird, Verzicht auf die politischen Rechte der Bahngesellschaft usw.) auf unbestimmte Dauer bestehen bleiben sollte. Inzwischen hatte sich die Regierung in Moskau eines Besseren besonnen und bemühte sich ernstlich und mit gutem Erfolg, die Stellung Sowjetrußlands im Fernen Osten zu stabilisieren. 1924 einigte man sich mit China, im Januar 1925 mit Japan. Die Sowjetunion verzichtete zwar auf die politischen Sonderrechte des Zarenreiches in China (12), wurde aber als der rechtmäßige Erbe Rußlands an der Ostchinesischen Bahn anerkannt und übernahm diese am 3. Oktober 1924, unter Beibehaltung eines dem Verwaltungssystem von 1920 ähnlichen Systems (13).

Es folgten Jahre des höchsten wirtschaftlichen Aufschwungs der Ostbahn. Noch hatte sie ihre Monopolstellung als einzige Verkehrsader von Bedeutung in der Nordmandschurei inne. Der Getreide- und Bohnenexport wuchs von Jahr zu Jahr. Durch eine straff durchgeführte protektionistische Tarifpolitik leitete die Bahnverwaltung unter sowjetrussischer Führung den Strom der Ausfuhr Güter in seiner größeren Hälfte über die Ussuribahn nach dem Hafen von Wladiwostok, die beide dadurch erheblich profitierten. Die Einfuhr russischer Erzeugnisse wurde ebenfalls begünstigt und zahlreiche sowjetrussische Handelsorganisationen eröffneten Filialen in

der Eisenbahnzone. Gleichzeitig machte sich der russische kulturelle Einfluß auf weitere Kreise der chinesischen Bevölkerung erstmalig wirklich bemerkbar (14). De facto breitete sich unter diesen Umständen auch der politische Einfluß der Sowjetunion in der Nordmandschurei aus.

Zur selben Zeit waren jedoch auch starke Gegenströmungen bemerkbar. Die lokalen chinesischen Behörden, erst von Mukden, seit Ende 1928 von Nanking aus inspiriert, gaben sich alle mögliche Mühe, die Sonderrechte der Russen in der Eisenbahnzone zu beschränken. 1926 fielen die durch keine Verträge geschützten russischen Stadtverwaltungen von Harbin, Hailar usw. dieser Bewegung zum Opfer. Später wurde das Recht der Ostbahn, eigene Schulen zu unterhalten, angegriffen und stark gefährdet. Ständige Reibereien bestanden wegen dem Recht der Sowjetrussen, Gewerkschaften in der Mandschurei zu bilden, wegen der Tätigkeit der Eisenbahnklubs usw. Trotz der hohen Zuschüsse und Unterstützungen, welche die Bahn den meisten lokalen Behörden alljährlich gewährte, war die sowjetrussische Verwaltung nicht imstande, chinesische Über- und Eingriffe zu vermeiden. Im Juli 1929 kam es zum offenen Bruch. Die Sowjetfunktionäre mußten ihre Tätigkeit an der Bahn zeitweilig aufgeben, kehrten jedoch, nachdem der sowjetrussische Oberbefehlshaber im Fernen Osten mit stillschweigendem Einvernehmen Japans den chinesischen Truppen bei Manchuli und am Hankasee schwere Niederlagen beigebracht und zeitweilig einen Teil der Weststrecke bis Hailar militärisch besetzt hatte, Ende Dezember wieder in die Mandschurei zurück.

Die Ostchinesische Bahn sollte sich jedoch nie wieder ganz von den Erschütterungen des Jahres 1929 erholen. Die Weltwirtschaftskrise mit dem die landwirtschaftlichen Erzeugnisse besonders schwer treffenden Preissturz, der Bau neuer Eisenbahnen in der bisher gänzlich von der Ostbahn abhängigen Nordmandschurei (15) und besonders der Mandschureikonflikt von 1931 führten zu diesem Ergebnis.

Im Jahre 1931 schien die Stellung der Sowjetunion in der Nordmandschurei immerhin noch eine ziemlich starke zu sein. Es ist anzunehmen, daß die Ereignisse vom September jenes Jahres nicht ganz ohne vorherige Verständigung der Moskauer Regierung stattgefunden haben. Die im ersten Eifer von den japanischen Truppen besetzte Station der Ostbahn Kwangchengtze (Changchun) wurde auf russischen Protest hin wieder geräumt. Beim Feldzug auf Tsitsikar im November wurde ebenfalls jegliche Beeinträchtigung der sowjetrussischen Vorrechte in der Eisenbahnzone sorgfältig vermieden. Etwas gespannter wurde die Lage, als die japanisch-mandschurischen Truppen Anfang 1932 zur militärischen Besetzung der Sonderzone der Ostbahn selbst schritten. Äußerlich wenigstens blieb jedoch das gute Einvernehmen bis Anfang 1933 bestehen. Zur Zeit der schweren Kämpfe um die Beherrschung der Nordmandschurei verhielt sich die sowjetrussische Verwaltung den Japanern gegenüber wohlwollend neutral. Um die Jahreswende rückten japanische

Truppen unter sowjetrussischer Zustimmung bis an die russische Grenze bei Manchuli, Pograditschnaja und Sachaliang.

Bereits Ende 1932, als Japan den Abschluß eines Nichtangriffpakts mit der Sowjetunion ablehnte, konnten aufmerksame Beobachter jedoch Anzeichen eines Umschlags der politischen Witterung in der Mandschurei feststellen. Nicht ohne Ursache weigerte sich die Sowjetunion, den neuen mandschurischen Staat anzuerkennen, und es war gewiß nicht zufällig, daß den in der Nordmandschurei besiegten „aufständischen“ chinesischen Truppenführern mit ihrem Anhang nach Übergang auf sowjetrussischen Boden Schutz, Obdach und sicheres Geleit in die Heimat gegeben wurden, von wo aus sie den Kampf gegen Mandschukuo fortführen konnten. In diesem Zusammenhang steht auch die um dieselbe Zeit erfolgte Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Nanking. Offenbar war man in Moskau endlich zur Einsicht gelangt, daß unbedingte Nachgiebigkeit auf die Dauer keine Lösung des mandschurischen Problems mit sich bringen kann, da es ja klar auf der Hand lag, wo Japan hin wollte. Daß die sowjetrussisch orientierte und im Sinne Moskaus verwaltete Ostbahn ein Hindernis auf dem Wege zur Erreichung des japanischen Zieles darstellte, unterlag keinem Zweifel. Solange der bisherige Zustand an der chinesischen Ostbahn bestehen blieb, war an die Verwirklichung der japanischen Pläne nicht zu denken, folglich mußte dieser Zustand um jeden Preis grundsätzlich geändert werden. Hier lag der wunde Punkt der russisch-japanischen Beziehungen in der Mandschurei, dessen Beseitigung zwei Jahre hindurch, 1933 bis 1935, der Gegenstand eines hartnäckigen „friedlichen“ Ringens beider Mächte war.

Die prinzipielle Einstellung beider Staaten zu dem in Frage stehenden Problem war von Anfang an durchaus verschieden. Während Japan der erwünschten Lösung der Mandschureifrage allergrößte Bedeutung beimessen mußte, handelte es sich doch um die Sicherstellung der Zukunft des japanischen Volkes, konnte die innerpolitisch mit der Durchführung des zweiten Fünfjahrplanes und auf dem Gebiete der äußeren Politik mit vielerlei Aufgaben in Europa und Mittelasien schwer belastete Sowjetregierung der Wahrung ihrer für das Wohlergehen des Gesamtstaates nicht mehr so bedeutend erscheinenden Interessen in der Mandschurei nur geteilte Aufmerksamkeit schenken. Dementsprechend war die aktive Äußerung des japanischen Willens zur endgültigen Verdrängung Sowjetrußlands aus der Mandschurei eine viel stärkere als die russischerseits geleistete Gegenwehr.

Als wirtschaftliches Unternehmen war die Ostbahn seit Ende 1932 einem stets zunehmenden Druck von seiten der einheitlich verwalteten Staatsbahnen von Mandschukuo, der japanisch-mandschurischen Transportgesellschaften und der Regierung von Hsinking selbst ausgesetzt. Von der großen Überschwemmung des Jahres 1932 schwer heimgesucht, hatte die Bahn auch noch durch die andauernden Kämpfe und Raubüberfälle schwere Verluste zu tragen. Sie befand sich in einer dermaßen unsicheren Lage, daß die sowjetrussische Bahnleitung einen Teil des

rollenden Materials (16), insbesondere wertvolle Maschinen, außerdem wissenschaftliche Apparate mehr oder weniger heimlich über die Grenzstation in die Sowjetunion „schmuggelte“. Daraufhin schloß die mandschurische Regierung im April bzw. Mai 1933 den Durchgangsverkehr über die Grenzen, „um weiteren Mißbräuchen der Sowjets vorzubeugen“; sie erklärte gleichzeitig, daß der Durchgangsverkehr erst nach Annahme aller mandschurischen Forderungen, die u. a. die vollständige Gleichberechtigung beider Parteien in der Leitung der Bahnverwaltung vorsahen, wiederhergestellt werde. Von diesem Zeitpunkt ab begann der offene „Krieg“ innerhalb der gemeinsamen obersten Bahnbehörden, deren Tätigkeit dadurch viele Monate hindurch völlig gelähmt wurde. Durch die mandschurischen Maßnahmen und die allgemeine Unsicherheit der Strecke Harbin—Pogranitschnaja wurde die von der Sowjetverwaltung als besonders einträglich geförderte Güterausfuhr in der Richtung über Wladiwostok auf ein Mindestmaß herabgedrückt (17). Außerdem machte sich bei den mandschurisch-japanischen Interessenten ein stark ausgesprochenes Bestreben bemerkbar, die Bahn als Transportunternehmen nach Möglichkeit überhaupt zu meiden.

Diesem Zwecke kam das neuausgebaute Netz der Staatsbahnen von Mandschukuo trefflich zugute. Die Gesamtmenge der von der Ostbahn beförderten Güter sank infolgedessen von rund 5,6 Mitt. t 1929 auf 2,98 Mill. t 1932, 2,29 Mill. t 1933 und 2,08 Mill. t 1934. In ähnlicher Weise schrumpften auch die Einnahmen der Bahn zusammen. Während die Höchstziffer 1929 rund 69,4 Mill. Goldrubel betrug, und 1930 immerhin noch 49,9 Mill. Goldrubel eingenommen wurden, waren es 1933 nur noch 36,6 Mill. und 1934 bloß 33,5 Mill. Goldrubel. Hierbei ist noch zu bemerken, daß der innere Wert des Eisenbahngoldrubels 1929 ein erheblich höherer als 1934 war. Daß die Ostbahn unter derartigen Umständen, und trotz der verschiedenartigen Eingriffe der mandschurischen Vertreter in die Angelegenheiten der Bahnverwaltung (wie z. B. die Verhaftung verantwortlicher sowjetrussischer Bahnbeamter, Mißachtung und Nichtausführung der Vorschriften des Generaldirektors durch mandschurische Beamte usw.) bis zuletzt mehr oder weniger ein gewinnbringendes Unternehmen geblieben ist, verdankt sie den Sparsamkeitsregeln des Generaldirektors Rudy, die eine Reihe von Jahren hindurch mit eiserner Folgerichtigkeit durchgesetzt wurden. Rudy erreichte es, daß die Bahn noch 1934 rund 9 Mill. Goldrubel Reingewinn abwerfen konnte (18). Diese weitgehende Sparsamkeit hatte allerdings auch ihre Kehrseite. In den Jahren 1932—1934 wurden nämlich ganz unverhältnismäßig geringe Beträge für Neuerungen und Reparaturen zur Verfügung gestellt, was eine zu starke und auf die Dauer mit verschiedenen Gefahren verbundene Abnutzung des Eisenbahneigentums mit sich brachte. Nicht umsonst behaupten jetzt die neuen Bahnbesitzer, 100 Mill. Yen für Wiederherstellungsarbeiten zu benötigen.

Die Rolle der Ostbahn als Förderin der sowjetrussischen Einfuhr in die Nordmandschurei war mit dem starken Rückgang der letzteren 1933—1934 auch nicht mehr von großem Belang.

Als strategische Verbindungslinie ist die Bahn seit dem Einmarsch der Japaner für die Sowjetunion völlig entwertet. Infolgedessen geben sich die Sowjets die größte Mühe, die Leistungsfähigkeit der Amurbahn weitmöglichst zu steigern. Da letztere jedoch im Kriegsfall ebenfalls feindlichen Angriffen leicht ausgesetzt ist, wurde 1934 im Rahmen des zweiten Fünfjahrplanes der Bau einer neuen, ganz Ostsibirien in westöstlicher Richtung durchquerenden viel nördlicher gelegenen Magistrale von erstklassiger militärischer und wirtschaftlicher Bedeutung in Angriff genommen. In Zukunft wird wohl gerade dieser Bahn die

einst der Ostbahn zuge dachte Rolle des Hauptverbindungsgliedes zwischen Rußland und der Küste des Großen Ozeans zufallen (19).

Die politische Bedeutung der Ostchinesischen Bahn lag für die Sowjetunion in dem Vermögen, vermittle der Bahn nicht nur alle politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Vorgänge in der Mandschurei unauffällig und sehr genau zu beobachten, sondern dieselben, auch bis zu einem gewissen Grade, in sowjetrussischem Sinne zu beeinflussen. Daß die in dieser Hinsicht bestehenden Möglichkeiten unter dem neuen mandschurischen Regime in ständigem Schwinden begriffen waren, benötigt keiner besonderen Beweise.

Mit der Gründung und Festigung des neuen mandschurischen Staates bildete die Ostchinesische Bahn in ihrem bisherigen Zustand einen politischen Anachronismus, dessen Weiterbestehen den Frieden im Fernen Osten einer ständigen Bedrohung aussetzte. Wollte die Sowjetunion die Ostbahn wieder zu ihrer früheren Bedeutung bringen, so könnte das nur auf dem Wege einer ernsten kriegerischen Auseinandersetzung mit Japan geschehen. Dies hieße jedoch sehr vieles, den gesamten fernöstlichen Besitz Sowjetrußlands, ja vielleicht sogar die Zukunft des bestehenden Regierungssystems selbst, aufs Spiel setzen. Die Ostbahn als solche war kein lohnendes Objekt mehr für einen derartigen Krieg und andere ernstliche Kriegsgründe lagen nicht vor. So kam es Anfang Mai 1933 zu dem sowjetrussischen Vorschlag, die Bahn der mandschurischen Regierung zu verkaufen. Damit dieser Schritt nicht als ein Geständnis eigener Schwäche aufgefaßt würde und wohl auch um einer weiteren Gefährdung sowjetrussischer Interessen im Fernen Osten vorzubeugen, wurden dabei die ausgiebigen Rüstungen und Befestigungsarbeiten im Küstengebiet und an der mandschurischen Grenze nicht nur nicht eingestellt, sondern mit doppeitem Eifer fortgesetzt.

Das Moskauer Anerbieten kam den ebenfalls einen praktischen Ausweg suchenden Regierungen in Tokio und Hsingking sehr gelegen, denn auch sie wollten im Grunde genommen aus der Ostbahnfrage keinen casus belli machen, konnten sie aber auf längere Dauer nicht ungelöst lassen. Von der Erörterung der strittigen Frage, ob man in Moskau schon 1933 Ernst mit dem Verkauf der Ostbahn machte oder bloß Zeit zu gewinnen bestrebt war, wollen wir hier absehen. Wichtig ist, daß die Verhandlungen in Tokio tatsächlich zum Verkauf geführt haben. Schon die ersten Sitzungen der Tokioer Konferenz zeigten, daß der Wunsch der Sowjetregierung, die Ostbahn zu einem „reellen“, auf Grundlage des ursprünglichen Wertes der Bahn errechneten Preise zu verkaufen, unerfüllbar war. Mandschukuo war weder gewillt noch überhaupt imstande, einen annähernd so großen Betrag zu bezahlen (20). Im September 1933 kamen die Parteien infolgedessen noch einmal hart aneinander. Mandschukuo verhaftete hochgestellte sowjetrussische Bahnbeamte in der Mandschurei. Die Sowjetregierung veröffentlichte daraufhin im Oktober die geheimen Berichte des japanischen Botschafters in Hsingking und Oberbefehlshabers der Kwantung-Armee Hishkari an seine Regierung über die angeblich geplante gewaltsame Machtergreifung an der Ostbahn. Molotow und Woroschilow hielten in Moskau kriegerische Reden. Die japanischen Militärkreise waren aufs höchste er-

regt. Der Sturm legte sich jedoch allmählich wieder. Die Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten brachte keine wesentliche Änderung der Sachlage im Fernen Osten mit sich. Mandschukuo machte weitere Fortschritte und arbeitete an Plänen, die auf lange Dauer berechnet waren. Im Frühjahr 1934 erneuerte die sowjetrussisch-mandschurische Konferenz ihre Tätigkeit unter Beihilfe der japanischen Regierung auf weit „billigerer“, den japanisch-mandschurischen Vorschlägen entsprechender Basis. Im September einigte man sich bereits über den Verkaufspreis, stritt sich aber noch geraume Zeit über die verschiedenen Einzelheiten des Abkommens, besonders über die Zusammensetzung der für die Schlichtung eventueller, die Sachlieferungen Mandschukuos betreffender Streitfragen vorgesehenen Arbitragekommission, in der die Sowjetunion Vertreter dritter, unbeteiligter Mächte sehen wollte, über die Art der von Japan zu leistenden Garantie usw. Ende Januar 1935 waren auch diese Schwierigkeiten überwunden, und am 11. März konnten die Tokioer Delegierten den vereinbarten endgültigen Text des Abkommens ihren Regierungen zur Genehmigung übermitteln.

Das Tokioer Abkommen ist in jeder Hinsicht, sei es wirtschaftlich, staats- oder kulturpolitisch, als ein bedeutender und im Interesse des Aufrechterhaltens des Friedens im Fernen Osten zu begrüßender friedlicher Erfolg Japans und Mandschukuos zu bewerten. Es stellt einen bedeutsamen Fortschritt auf dem Wege zum Neuaufbau der mandschurischen Wirtschaft, die nun endgültig von unerwünschten fremden Einwirkungen innerhalb des Landes selbst befreit worden ist, und zur endgültigen Regelung und Bestimmung des Charakters des mandschurisch-japanischen Bündnisverhältnisses dar (21). In diesem Zusammenhang kann es mit Recht der im Dezember 1934 durchgeführten Reform der japanischen Verwaltungsorgane der Mandschurei und der inneren Umwandlung der mandschurischen Verwaltung selbst, die beide von großer Bedeutung für die Zukunft Mandschukuos sind, verglichen werden. Erst jetzt ist die Mandschurei tatsächlich zur alleinigen Einflußsphäre Japans geworden. Die die Sachlieferungen Mandschukuos betreffenden Klauseln des Verkaufskontrakts bieten ferner der japanischen Industrie (eventuell auch der mandschurischen) gewisse Vorteile, indem sie ihr sowjetrussische Aufträge in der Gesamthöhe von 93,3 Millionen Yen, die innerhalb einer Frist von drei Jahren zu erfüllen sind, sichern. Des weiteren muß die nach dem 23. März in den sowjetrussisch-japanischen Beziehungen sichtlich eingetretene Entspannung hervorgehoben werden. Sie ermöglicht erst die seit dem Mai besonders auffällig gesteigerte politische Aktivität Japans in Nordchina. Beiläufig bemerkt, ist jedoch zu großer Optimismus bei der Beurteilung der zukünftigen Gestaltung des sowjetrussisch-japanischen beiderseitigen Verhältnisses offenbar kaum am Platze. Es sind immer noch genügend Reibungsflächen und ungelöste „Fragen“ nachgeblieben, die, einzeln betrachtet, nicht sehr wichtig, unter Umständen in ihrer Gesamtheit einen neuen Streit herbeiführen könnten.

Kulturpolitisch bedeutet der Verkauf der Ostbahn eine entschiedene und folgenschwere Schwächung des russischen kulturellen Einflusses in der Nordmandschurei zugunsten der japanischen. Zwar werden vertragsgemäß nur etwa 20% der rund 90 000 Köpfe (22) zählenden russischen Bevölkerung der Nordmandschurei das Land sofort (d. h. vor dem 23. August) verlassen, es handelt sich jedoch hierbei gerade um die wohlhabenderen und folglich auch lokalen Einwirkungen weniger zugänglichen Elemente. Mit der Abreise der sowjetrussischen Bahnbeamten werden die Russen fast vollständig aus den kleineren längs der Ostbahn gelegenen Ortschaften verschwinden. Die Menge der zurückbleibenden russischen Emigranten konzentriert sich, mit Ausnahme von 6000 bis 7000 Siedlern in der nördlichen Barga, in den städtischen Zentren, wie Harbin, Hailar usw.; wirtschaftlich schon an und für sich nicht stark. ist sie durch die Übergabe der Bahn noch haltloser geworden und hat sich bedingungslos dem Willen der neuen Machthaber zu fügen. Eine gewisse Anzahl Weißrussen hat neuerdings Anstellungen an der früheren Ostbahn, in der Polizei und anderen Behörden gefunden, doch kommen für sie nur untergeordnete Stellen in Frage.

Die Sowjetunion hat ihre Sonderrechte in der Mandschurei aufgegeben und sämtliche Stellungen daselbst geräumt. Hieraus ergibt sich die geopolitisch interessante Tatsache, daß die Mandschurei von nun ab aufhört, der Brennpunkt verschiedener, sich gegenseitig kreuzender, internationaler Interessen zu sein. Aus der eigentlichen völkerpolitischen Kampfzone ist sie zur Etappe des japanischen Vormarsches auf dem asiatischen Festlande geworden. Dies soll jedoch nicht bedeuten, daß das Kampfgebiet etwa kleiner geworden ist, im Gegenteil, die Felder höchster politischer Spannung haben sich nur verschoben und dabei sogar räumlich merklich geweitert. Außer Nordchina und der westlichen Inneren Mongolei wird jetzt allmählich auch die Äußere Mongolei und der gesamte fernöstliche Besitz Sowjetrußlands wieder in den unmittelbaren Bereich des titanischen Ringens um die Beherrschung Ostasiens hineingezogen werden. — Im Moment allerdings ist die unmittelbare Kriegsgefahr im Fernen Osten beseitigt. Hierin liegt der greifbare Wert und die Bedeutung der geschilderten neuesten Hergänge in der Mandschurei für Deutschland und die Westmächte überhaupt, denn ein fernöstlicher Krieg könnte sich gar zu leicht zu einem alles verheerenden Weltbrande entfachen.

Anmerkungen

Zu Seite 86: (1) Diese Urkunden sind: das Grundabkommen zwischen der Sowjetunion und Mandschukuo, das ergänzende Protokoll hierzu, das russisch-japanisch-mandschurische Protokoll betr. die praktische Ausführung der in Waren zu leistenden Zahlungen der mandschurischen Regierung, sowjetrussisch-japanischer Notenaustausch über die von der japanischen Regierung übernommene Garantie der rechtzeitigen Erfüllung aller im Grundabkommen verzeichneten Verpflichtungen Mandschukuos der Sowjetunion gegenüber, und, endlich, der diesbezügliche Notenaustausch zwischen Japan und Mandschukuo.

(2) 23,3 Millionen Papieryen, gleich dem sechsten Teil des Kaufpreises.

Zu Seite 87: (3) Ein bedeutender Teil der Sowjetbeamten hat jedoch während der ganzen, im Verträge vorgesehenen dreimonatigen Übergangszeit, die am 22. Juni abgelaufen ist, weitergearbeitet.

(4) Abweichungen bis zu 8% sind zulässig.

(5) Siehe unseren Aufsatz „Das Problem der Ostchinesischen Bahn“, Ztschr. f. Geopolitik, X. Jahrgang, Heft 12, Dezember 1933, S. 718 ff.

(6) Nach einer besonderen, von der Sowjetdelegation vorgelegten Aufstellung übernimmt Mandschukuo alle finanziellen Rechte und Verpflichtungen der Ostchinesischen Bahn. Die Bestimmung der Verträge von 1924, laut welcher die Sowjetunion für alle vor dem 9. März

1917 entstandenen Geldansprüche an die Bahn haftet, bleibt bestehen (Art. IV).

Zu Seite 88: (7) Zwar war der Präsident der Bahn ein Vertreter Mandschukuos und die Zahl der von den Partnern ernannten Aufsichtsratsmitglieder der Bahn für beide Seiten dieselbe (je 5), aber den für die praktische Leitung des Bahnunternehmens weitaus wichtigsten und mit weitgehendsten Vollmachten ausgestatteten Posten des Generaldirektors, konnte nur ein Vertreter Sowjetrußlands bekleiden. Von den 19 Abteilungen der eigentlichen Bahnverwaltung in Harbin hatten 11, darunter die wichtigsten, sowjetrussische Vorstände, zwei standen unter gemischter russisch-mandschurischer Leitung, und nur die übrigen sechs hatten mandschurische Leiter.

(8) Davon dienten 753 226 qm unmittelbar den Zwecken der Bahn, 269 434 qm waren von verschiedenen Regierungsstellen besetzt, den Rest bildeten Schulen, Klubgebäude usw. Nach japanischen Quellen betrug das Gesamtareal aller Gebäude der Ostbahn nur 1 199 762 qm.

(9) Eine der seit dem 1. Dezember 1934 neugebildeten mandschurischen Provinzen: umfaßt den mittleren Teil der früheren Provinz Kirin und etliche längs der Hu-Hai-Bahn gelegene Distrikte der bisherigen Provinz Heilungkiang.

(10) Die die Ostchinesische Bahn betreffenden zahlenmäßigen Angaben dieses Aufsatzes entstammen, wenn nicht anders vermerkt, dem vom früheren Wirtschaftlichen Forschungsbüro der Bahn herausgegebenen „Statistischen Jahrbuch“ für das Jahr 1935, einer der letzten Ausgaben der sowjetrussischen Bahnverwaltung.

Zu Seite 90: (11) Wie z. B. dem Plan des amerikanischen Staatssekretärs Knox, die mandschurischen Bahnen zu neutralisieren.

Zu Seite 91: (12) Extraterritorialität, die Niederlassungen in Tientsin und Hankow, der russische Teil der Boxerentschädigung.

(13) Die Russisch-Asiatische Bank mußte unter Protest weichen und brach infolgedessen im September 1926 zusammen.

Zu Seite 92: (14) Man braucht beispielsweise nur das Polytechnische Institut in Harbin zu erwähnen, in dem Hunderte von chinesischen Jünglingen mit der russischen Schule in nahe Berührung traten.

(15) Der „Durchbruch“ des japanisch beeinflussten konkurrierenden Eisenbahnsystems

in das Gebiet der bisherigen russischen Einflußzone, nördlich von der Ostbahn, war bereits 1928 erfolgt, als die Tsitsikar-Taonan-Bahn die Ostbahn unweit von Tsitsikar kreuzte.

Zu Seite 94: (16) Vergleicht man die Zahlen des Bestandes an rollendem Material per 1. Januar 1933 mit denen per 1. Januar 1935, so ergibt sich eine Differenz von 90 Lokomotiven, 77 Personenwagen und 3212 Güterwagen. Hiervon dürften allerdings ca. 20 bis 25% Entgleisungen und anderen Unfällen zum Opfer gefallen sein. Der Rest befindet sich in Sowjetrußland, in dessen alleinigen Besitz er am 23. März übergegangen ist (Art. VI des Tokioer Grundabkommens).

(17) Sie sank von 1 391 686 t (rund 59% der Gesamtausfuhr der Ostbahn) 1931 bis auf 1 58 895 t (25,3%) 1934. Die Gesamtausfuhr von 1934 bildete jedoch nur rund 26,48% der Gesamtausfuhr von 1931.

(18) Die unmittelbar mit dem Bahnbetrieb verbundenen Unkosten sanken von rund 40,24 Mill. Goldrubel 1928 auf 21,57 Mill. Goldrubel 1932 und auf rund 16,39 Mill. Goldrubel 1934. Die den mandschurischen Regierungsstellen gewährleisteten Zuschüsse weisen folgende Zahlen auf: 1928 — rund 4,07 Mill. Goldrubel, 1929 — 5,03 Mill., 1932 — 2,65 Mill. und 1934 — 2,03 Mill. Goldrubel. Entsprechend vermindert waren auch die sonstigen Ausgaben der Bahnverwaltung.

Zu Seite 95: (19) Laut der „Manchuria Daily News“ vom 13. April 1935 soll diese, Baikale-Amur-Bahn (verkürzt: BAM) benannte Linie etwa 1800 km lang sein. Sie beginnt bei der Station Taischet der Transsibirischen Bahn stark westlich von Irkutsk, erreicht die Angara bei Bratsk (Bratskij Ostrog), verläuft von dort in nordöstlicher Richtung bis an den Oberlauf der Lena und weiter, nördlich vom Baikalsee, bis zum Zentrum der Goldgewinnungsindustrie, Bodaibo am Witim. Von diesem Ort wendet sie sich weiter nach Osten und Südosten über das Quellgebiet des Aldan und Tschinda (Chinda) nach Ustuniman, dem Mittelpunkt des neu zu bildenden Industriegebietes am Burejastrom (der sog. Burejastroj). Östlich von Ustuniman kreuzt sie den Unterlauf des Amur bei der neuen Stadt Komsomolsk zwischen Chabarowsk und Nikolajewsk und findet ihren Ausgang am Japanischen Meer in der jetzt Sowjethafen (Sowjet-

skaja Gawan) benannten und früher als Kaiserlicher Hafen (Imperatorskaja Gawan) bekannten Bucht. Drei Querbahnen sollen diese Linie mit der Amurbahn direkt nördlich von der Mandschurei verbinden. Eine vierte Zweiglinie soll bis Nikolajewsk am Amur gebaut werden. Weite bisher nur schwer zugängliche Gebiete werden durch den Bau dieser im Kriegsfall einzig sicheren Eisenbahnen erschlossen werden.

Zu Seite 95: (20) Der zu Beginn der Verhandlungen von Sowjetvertretern geforderte Preis betrug 250 Millionen Goldrubel, gleich 625 Millionen japanischer Yen (1).

Zu Seite 96: (21) Dieses Verhältnis ist in den letzten Monaten ein engeres und innigeres geworden denn je bevor. Naturgemäß hat Mandschukuo das zum Kauf der Ostbahn benötigte Geld auf dem Wege einer Anleihe aus Japan bezogen. Dadurch ist ein weiteres Band zur Festigung der japanischen wirtschaftlichen Vorherrschaft im Lande gelegt worden.

Zu Seite 97: (22) Hiervon fallen ca. 30 000 auf die Sowjetrussen und ca. 60 000 sind Emigranten. Die im Dezember 1934 in Harbin vorgenommene Volkszählung zeigte, daß die Stadt damals rund 54 000 Russen als Wohnort diente.

GUSTAV FOCHLER-HAUKE:

Die japanischen Versuchssiedlungen in der Nordostmandschurei

Derzeit Chiamussi, im August 1935

Die Übervölkerung des japanischen Kernlandes zwingt die japanische Regierungs- und Bevölkerungspolitik dazu, dauernd neue Wege zu suchen, um der jedes Jahr sich fast um eine Million steigenden Menschenzahl Arbeit und Brot zu verschaffen. Ein fortgesetzter Ausbau der Industrie und der Warenausfuhr allein kann keine endgültige Abhilfe bringen, wenn es auch die starke und energische japanische Politik verstanden hat, durch die Gründung des Mandschureistaates ein großes Wirkungsfeld für zahlreiche Kräfte und einen sicheren Absatzmarkt für industrielle Erzeugnisse zu schaffen. Die Aufnahmekraft des mandschurischen Marktes ist allerdings infolge der großen Armut der bäuerlichen Bevölkerung — und diese stellt mindestens vier Fünftel der Gesamtbewohner — beschränkt, und auch die weitere wirtschaftliche und politische Ausdehnung des japanischen Einflußbereiches auf Nordchina, die heute bereits eine vollendete Tatsache ist, kann nicht volle Abhilfe schaffen, obgleich dadurch Japan wirtschaftlich und politisch einen gewaltigen festländischen Lebensraum, der noch weiterhin westlich, südlich und nördlich ausgedehnt werden dürfte, an das Inselreich geschmiedet hat.

Man erkennt in Japan nur zu gut, daß eine gesunde Bevölkerungspolitik nicht allein ihr Heil in immer größerer Industrialisierung und Erweiterung politischer Herrschaft suchen darf, sondern daß es notwendig ist, einen Mindestteil des Bevölkerungsüberschusses der Scholle, der unmittelbaren Verbundenheit mit dem Boden zu erhalten, wenn nicht das gesamte nationale Leben einer schweren Gefahr ausgesetzt werden soll. Die Innenkolonisation im Mutterlande selbst kann infolge der geringen Fläche Bodens, die allenfalls noch durch neue Wirtschaftsmethoden nutzbar gemacht werden könnte, nur ganz wenig Erleichterung schaffen. Die im pazifischen Bereiche liegenden Ländereien, die klimatisch und wirtschaftspolitisch

für eine japanische Kolonisation großen Stiles in Betracht kämen, sind im Besitze anderer Staaten und für japanische Einwanderung gesperrt, zum Teil außerdem auch selbst dicht bevölkert. Auch Teile von Korea kämen für eine japanische Ansiedlung größeren Maßstabes in Betracht, wenn nicht auch hier eine dichte Bevölkerung herrschen würde. Nun versucht man vielfach, koreanische Bauern zur Auswanderung nach der Mandschurei zu bewegen, um an ihrer Stelle in Korea Japaner anzusiedeln; ja man möchte darüber hinaus die in der milderen Südmandschurei schon zahlreich ansässigen Koreaner möglichst nach dem Norden verpflanzen, um Raum für japanische Kolonisierung zu gewinnen. Trotz alledem aber kann die Südmandschurei für eine großzügige japanische Kolonisation nicht in Betracht kommen, da sie längst überaus dicht von Chinesen und daneben in geringerem Maße von Koreanern — im Südosten — besiedelt ist, eine Verdrängung dieser Siedler in großer Zahl weder gewaltsam noch friedlich zu erreichen sein wird und auch zu schweren wirtschaftlichen und politischen Schäden führen müßte. Die Landpreise sind auch hier so hoch, daß die Bodenkäufe für japanische Siedler ungeheure Summen verschlingen würden.

Trotz all dieser Schwierigkeiten haben die maßgebenden japanischen Kreise, so vor allem die Stellen des Kolonialamtes, den Plan der Unterbringung einer größeren Anzahl japanischer Bauern in der Mandschurei nicht aufgegeben und verfolgen ihn weiter mit großer Energie.

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß nur noch in der Nordmandschurei theoretisch Möglichkeiten einer weitgehenden japanischen Ansiedlungspolitik gegeben sind; doch erheben sich auch hier große Schwierigkeiten. Einmal sind die fruchtbarsten Gebiete des Nordens, wie zum Beispiel das Schwarzerdeland zwischen Harbin und dem westlichen kleinen Chingan, in den letzten drei Jahrzehnten stürmisch vom chinesischen Bevölkerungsüberschuß der Südmandschurei und Schantung in Besitz genommen worden; bis vor wenigen Jahren strömten jährlich Zehn- und Hunderttausende von armen chinesischen Bauern hier nach dem Norden und brachen neuen Boden um. Jetzt ist zwar von der mandschurischen Regierung diese Zuwanderung unterbunden worden, aber eben erst, als die besten der in Betracht kommenden Siedlungsflächen schon von Chinesen eingenommen waren. Unter den noch immer vorhandenen, neu unter den Pflug zu nehmenden Flächen muß nun für den Anfang einer japanischen Kolonisation sorgfältigste Wahl getroffen werden. Dabei stellen sich nun als weitere Schwierigkeiten das überaus kontinentale Klima und die große Räuberplage im Norden entgegen, von denen allerdings letztere im Laufe der Jahre bezwungen werden dürfte. Jedoch haben gerade die japanischen Ansiedlungen schwer durch die Banditen zu leiden, da viele der letzteren aus fanatischen ehemaligen chinesischen Soldaten bestehen, die mit dem Räuberhandwerk nun noch eine Art Nationalhaß gegen alles Japanische vereinigen.

Ungeachtet aller dieser Umstände wurde nun vor drei Jahren mit der Anlage

von zwei Versuchssiedlungen in der Nordostmandschurei begonnen, nachdem einer der besten Praktiker des ländlichen Siedlungswesens und der Innenkolonisation Japans, Yoshio Yamazaki, der auch vieljährige Erfahrungen in der Mandschurei für sich buchen kann, das für den Beginn geeignetste Siedlungsland ausgewählt hatte. Durch die Empfehlungen, die ich von meinem verehrten Lehrer, Herrn Univ.-Prof. Dr. K. Haushofer, an eine der maßgebenden Persönlichkeiten im Generalstab der japanischen Armee in der Mandschurei, General H. Yano, der mir alle Erleichterungen freundlichst gewährte, sowie an die japanische Botschaft in Hsinking erhalten hatte, war es mir möglich, als erster Ausländer die Erlaubnis zum Besuch dieser Siedlungen zu erhalten.

Vom Amur kommend, begab ich mich nun anfangs August nach Chiamussi am unteren Sungari, von wo aus die japanischen Dörfer am leichtesten zu erreichen sind; zufällig traf ich dort mit meinem Begleiter vom Nordmandschurischen Museum Herrn Yamazaki, der sich als ebenso weitblickend und energisch wie lebenswürdig erwies und uns gleich einlud, mit dem Lastwagen des Siedlungsamtes nach Yasaki mitzufahren. Yasaki (im Altjapanischen soviel wie „Heil“ bedeutend) und Tschifuli heißen nämlich die beiden Versuchssiedlungen in der Nordostmandschurei.

Um die Verbindung zu ihnen zu erleichtern und einen besseren Absatz der Erzeugnisse zu ermöglichen, wurde vom japanischen Kolonialamt nach den beiden etwa 52 bzw. 60 Kilometer südöstlich von Chiamussi liegenden Siedlungen eine Straße gebaut, die, allerdings nicht nach anhaltenden längeren Regengüssen, mit dem Auto befahrbar ist. Zum Schutz gegen etwaige Räuberüberfälle begleiten jedes Auto jeweils mandschurische oder japanische Soldaten. Nach mehrstündiger Fahrt durch das Bergland im Süden des unteren Sungari erreichten wir Yasaki, in dem ich nun einige Tage lang die Gastfreundschaft der japanischen Kolonisten genießen durfte.

Schon nach kurzer Umschau in Yasaki ist man davon überzeugt, daß Herr Yamazaki einen der unter den waltenden Umständen geeignetsten Plätze für die Versuchssiedlungen ausgesucht hat, wobei nicht nur auf die Fruchtbarkeit des Bodens, sondern auch auf Anmut der Landschaft Rücksicht genommen wurde, die nun einmal für das Sichwohlfinden der an die Schönheit ihrer japanischen Heimat gewöhnten Bauern notwendig ist. Yasaki liegt in einer Meereshöhe von im Mittel 200 Meter unter $46^{\circ} 20'$ n. Br. und $130^{\circ} 20'$ östlicher Länge in einer Art Becken von etwa 10 : 12 Kilometer Durchmesser, das rings von 100 bis über 500 Meter hohen, in größerer Entfernung dicht bewaldeten, hauptsächlich aus Graniten und Gneis bestehenden Bergen umrahmt ist und von kleinen sich hier vereinigenden Flüssen



durchzogen wird. Die breiten, versumpften Talsohlen und das für Berieselung ausreichende Wasser ermöglichen Reisbau, und der zwar nicht tiefgründige, aber humusreiche Boden der sanftgeformten Rücken, die das Becken durchziehen, gewährleistet gute Weizen- und Sojabohnenernten. Die Güte des Bodens wird schon dadurch bezeugt, daß in der Umgebung Chinesen schon seit Jahrzehnten ohne jede Düngung — menschliche Fäkalien kommen im Gegensatz zu China für die extensive Bewirtschaftung in der Nordmandschurei nicht bzw. nur für Gemüsegärten in Betracht — Ackerbau betreiben, ohne daß sich auch nur geringe Erschöpfung der Nährkraft gezeigt hätte. Die umliegenden Wälder liefern Holz in Fülle für Bau- und Brenn Zwecke, und der prächtige Gebirgsrahmen mit seinen bald langgestreckten Rücken und bald rundlichen Zuckerhutbergen oder zerrissenen Graten bietet nicht nur eine seelische Bereicherung, sondern auch wenigstens einigermaßen Schutz gegen die eisigen Stürme des Winters und beginnenden Frühlings. Wie die seit zwei Jahren vorgenommenen meteorologischen Beobachtungen des Landwirtschaftslehrers Hirata und seiner Frau — die gleichzeitig den Volksschulunterricht erteilt — zeigen, liegen die Mitteltemperaturen von November bis einschließlich April unter 0°C , und während in den Sommermonaten das Quecksilber bis weit über 30° ansteigt, sinkt es im Winter ebensoviel unter den Gefrierpunkt. Wir haben es also mit einem ausgesprochenen Kontinentalklima zu tun, dessen eisige Winter mit die ärgsten Feinde der japanischen Ansiedler sind. Fast vier Fünftel des Niederschlages von 500 bis 600 mm fallen in den Monaten Juni bis September. Die späten Frühjahrs- und frühen Herbstfröste erweisen sich als dem Anbau schädlich, doch haben Versuche japanischer Wissenschaftler bereits schnell wachsendes und reifes Saatgut zur Verfügung gestellt.

Das Gebiet um Yasaki und Tschifuli war vor der japanischen Ansiedlung zum Teil schon von Chinesen besiedelt gewesen, die aber größtenteils im letzten Jahrzehnt infolge der immer ärger werdenden Räuberplage geflohen sind; zerfallene und von den Räubern verbrannte Hütten zeugen noch heute von diesen Siedlern. Derzeit können in einem Umkreis von 10 Kilometer Chinesen (offiziell werden alle in der Mandschurei ansässigen Chinesen nur „Mandschuren“ genannt, was aus politisch-psychologischen Gründen geschieht, aber leicht zur Verwechslung mit den fast ausgestorbenen bzw. verchinesten Mandschus führen kann!) keine größeren Landstücke erwerben, aber dennoch haben sich einige Hundert, seit es wieder etwas sicherer geworden ist, in Yasaki (früher Mendsjagan) niedergelassen, wo sie sich nun als Händler und Arbeiter bei den japanischen Bauern durchbringen.

Die Auswahl der Siedler wurde in Japan mit großer Sorgfältigkeit von Bürgermeistern und Regimentskommandanten vorgenommen, wobei vor allem Freiwillige in Betracht kamen. Es handelt sich durchwegs um Bauernsöhne aus dem Norden Hondos — das noch nördlichere Hakkaido ist zu dünn besiedelt, um Kolonisten abgeben zu können —, die eine gute militärische Ausbildung genossen haben.

Denn nicht nur der Räuber wegen, sondern wohl auch aus strategischen Gründen will man versuchen, in der Mandschurei japanische Ackerbau treibende Militärkolonien anzulegen, ähnlich den Militärkolonien der Han- und Ming-Kaiser im Südwesten und Westen Chinas. Und zwar wurden hauptsächlich gesunde, kräftige, geistig bewegliche, unverheiratete junge Männer im Alter zwischen 22 und 30 Jahren ausgewählt; die Frauen oder verheirateten Siedler mußten vorerst in Japan zurückbleiben.

Für jeden Kolonisten wurde von vornherein für die Zukunft eine durchschnittlich fünfköpfige Familie errechnet. Die Ansiedlungskosten für jede Familie, d. h. also vorläufig für jeden Kolonisten, belaufen sich, ausschließlich der Reisespesen, auf rund 1200 Goldyen, die bei der Nichtbewährung nicht zurückgezahlt werden müssen. Jede Familie erhält zum Preise von 10 Yen pro ha — an die Mandschurische Regierung zahlbar — vorläufig 5 ha zugewiesen; doch soll nach und nach, sobald erwachsene Kinder und damit genügend billige Arbeitskräfte vorhanden sind, jede Familie 30 ha bebauen. Die Kosten für die Urbarmachung belaufen sich für den Hektar auf 20 Yen. Das Kolonialamt hat drei Traktoren zur Verfügung gestellt, von denen allerdings einer bereits von Räubern unbrauchbar gemacht wurde.

Neben den 5 ha Ackerland erhält jede Familie noch ebensoviel an Wiesen und Weiden, da man in Zukunft der Viehzucht eine besondere Bedeutung zuspricht; mit der allmählichen Vergrößerung des Ackerlandes werden auch die zugeteilten Weideflächen entsprechend dem Viehstande größer. Augenblicklich besitzen sämtliche Kolonisten zusammen nur rund 100 Kühe, doch hofft man in mehreren Jahren so weit zu sein, daß auf jede Familie etwa 10 Kühe entfallen und dementsprechend im Jahr 2 Stück Großvieh verkauft werden können; der Erlös würde gerade ausreichen, alle Barauslagen einer Familie während eines Jahres zu decken. Für die Zucht wurden schöne Holsteiner und Simmentaler Rinder eingekauft. Da die ganze Ansiedlung auf Selbstversorgung aufgebaut ist, hält man auch Schweine — schwarze, chinesische Rassen —, Pferde als Zugtiere und zum Reiten für den freiwilligen Selbstschutz, sowie Schafe, Hühner, Gänse und Enten. Man will mongolische und Merinoschafe kreuzen, da man sich von dieser Zucht die beste Wolle verspricht und sie auch am widerstandsfähigsten sein soll. Die Vermehrung des Viehstandes durch Zukauf geht nur ganz langsam vor sich, da z. B. eine Holsteiner Kuh 200 und eine Simmentaler 150 Yen kosten. Das Vieh wird in großen Ställen für je einen Weiler untergebracht, weil sich dies als billiger und praktischer erwiesen hat. Die Stallarbeiten werden gemeinsam geleistet. Auch die Aussaat und Ernte sowie das Umbrechen neuen Landes geschehen in Zusammenarbeit aller Familien eines Weilers, während alle übrigen Arbeiten den Einzelfamilien überlassen sind.

Die vorläufige Anbaufläche von 5 ha pro Familie wird wie folgt bebaut: 1,15 ha mit Gerste — Ertrag 15 Koku¹⁾, 1,10 ha mit Weizen — 10 Koku, $\frac{1}{5}$ ha mit Hirse — 2,5 Koku, $\frac{1}{5}$ ha mit Gartenbohnen — 2 Koku, 1 ha mit Sojabohnen — 8 Koku, $\frac{1}{3}$ ha mit Mais — 3,6 Koku, $\frac{1}{10}$ ha mit Erbsen — 1 Koku, je $\frac{1}{5}$ ha mit Kartoffeln und Kraut und 0,7 ha mit Reis — Ertrag 10 Koku.

Für den Sumpfreisbau, der hier im Norden ganz besonderer Erfahrung bedarf, hat man zur Anleitung Koreaner, denn diese sind als Reisbauer in nördlichen Gebieten zweifellos übertriften; als besonders geeignet haben sich Reissorten aus Hokkaido und aus den koreanischen Kolonien der Ostmandschurei erwiesen. Der Reis wird im letzten Maidrittel gesät und reift etwa Mitte September. Anfang August stand besonders der Hokkaidoreis, der gerade blühte, mit einer Höhe von 75 cm sehr schön; zur Zeit der Reisblüte können Weizen und Gerste schon geerntet werden. Außerdem pflanzt man viel Gemüse — Kraut, Gurken, Tomaten, Karotten, Zwiebeln, Saikon für Pickels, Kohlrabi —, Zuckerrüben mit 15% Zuckergehalt, Melonen, Kürbisse, Gespinstpflanzen wie Hanf, und die japanische Klette zur Ölgewinnung; jeder Weiler hat seine Bienenstöcke, und auch Seidenraupen werden gezüchtet, die eine recht

1) 1 Koku = 180,39 l.

gute Seide liefern. Aus Kartoffeln gewinnt man Spiritus. In Zukunft hofft man auch Obst ziehen zu können. Mohn wird nur so viel gebaut, als zur Bereitung von Morphinum für medizinische Zwecke benötigt wird. Sojatunke und Sojakäse (Schoju und Misso), mit die wichtigsten Nahrungsmittel werden genossenschaftlich erzeugt. Auch Tabak beginnt man selbst zu ziehen, und für Frühgemüse hat man sogar Glashäuser angelegt.

Künstliche Düngemittel werden je nach Kaufkraft verwendet und sollen in Zukunft neben Kuhstalldung, sobald größere Flächen in Bewirtschaftung genommen sein werden, stärkere Beachtung finden. Der Landwirtschaftslehrer unterrichtet abwechselnd in jedem Weiler und ist jederzeit mit Rat und Tat hilfsbereit zur Stelle; sobald es die Mittel gestatten, wird auch eine kleine landwirtschaftliche Versuchsstation eingerichtet werden.

Im Winter wird in den umliegenden Wäldern Holz gefällt und Holzkohle be-
reitet, und die Farmer gehen auch auf die Jagd, denn es gibt Hirsche, Rehe, Hasen, Bären, Wölfe, Füchse, Rebhühner und Wildgänse. Als außerordentlicher Mangel wird das Fehlen von Fischen empfunden, und man weiß noch nicht, wie weit es möglich sein wird, diesem Mangel durch Teichfischzucht abzuhelpen. Auch die Trinkwasserverhältnisse sind nicht sehr günstig; das aus 8—35 Meter tiefen Ziehbrunnen gewonnene Wasser ist zwar auch im Hochsommer sehr kalt, aber trüb und wenig schmackhaft.

Da pro Kopf in einem Jahr nur etwa 1 Koku¹⁾ Reis und 400 Kin¹⁾ Weizenmehl verbraucht werden, ergibt sich aus den Felderträgen schon ein beachtlicher Überschuß mengenmäßig, der dem Werte nach allerdings infolge der niedrigen Getreidepreise gering ist; wie schon erwähnt, hofft man deshalb das nötige Bargeld durch Verkauf von Schlacht- und in geringerem Maße Zuchtvieh zu gewinnen. Derzeit belaufen sich die jährlichen Barausgaben einer zweiköpfigen Familie — wobei aber die vielen Sachspenden der japanischen Regierung und japanischer Siedlungsförderer nicht in Rechnung gesetzt sind — auf etwa 60 Yen. Davon entfallen 5 Yen auf Petroleum für die Beleuchtung, 15 Yen auf Salz, 3 Yen auf Medizin — also verhältnismäßig viel! — und 36 Yen auf Verschiedenes.

Alle Bauern sind von vornherein genossenschaftlich zusammengeschlossen; durch Spenden war es möglich, einen genossenschaftlichen Grundfonds zu schaffen, der in Yasaki zum Beispiel 4000 Yen beträgt. Die Bauern sind nun nicht verpflichtet, Beiträge zu zahlen, sondern sie liefern alle ihre Erzeugnisse an die Genossenschaft ab, die für Absatz sorgt und vom Marktpreis 4% zurückbehält. Die derart erworbenen genossenschaftlichen Gelder dienen zur Bestreitung der Verwaltungsunkosten und zur Verbesserung gemeinwirtschaftlicher Anlagen und Betriebe. An solchen sind derzeit schon mehrere vorhanden; so ein mit Benzinmotoren betriebenes Sägewerk, eine mit neuen Maschinen ausgerüstete Getreidemühle, je eine Gerberei, Zuckersiederei, Sojaölpresse und Reisschälleinrichtung. Alle Einkäufe der Bauern geschehen im Laden der Genossenschaft und erfolgen zu Nettopreisen. Die einzelnen jungen Männer sind je nach Eignung in einem Handwerk geschult; derart ist ein Farmer nebenbei Schuhmacher, Schmied, Schneider, Gerber, Schlosser, Schreiner und dergleichen. Diese handwerkliche Schulung wurde aber nur zum Teil schon in Japan vorgenommen und erfolgte im allgemeinen erst durch Selbstlernen in der Siedlung. Dabei ist es erstaunlich, welch gute Leistungen, besonders in Schreiner-

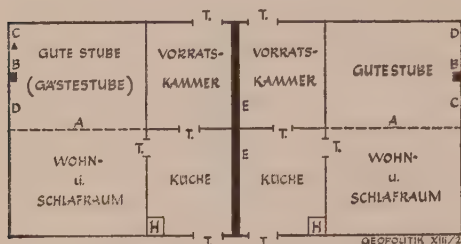
1) 1 Kin = 0,6 kg; 1 Koku = 180,39 l.

arbeiten, erzielt werden. Die Abgabe aller handwerklich hergestellten Erzeugnisse erfolgt an die Mitsiedler zum Selbstkostenpreis.

Nach dreijähriger Steuerfreiheit zahlen nun die Farmer an die mandschurische Regierung jährlich für den Hektar 1,70 Yen sowie von der Ernte einen bestimmten Hundertsatz, der beispielsweise für Sojabohnen 1 beträgt. Dafür zahlt der Kreis Huatschüan, zu dem die Siedlung Yasaki gehört, jährlich für die Volksschule einen Zuschuß von 1000 Yen, während vorläufig die japanische Regierung die Restkosten trägt. Später, nach vollendetem Ausbau der Siedlungen, wird jedoch die mandschurische Regierung die Schule und Lehrkräfte zur Genüge unterhalten. Die Verwaltungskosten der Siedlungen werden derzeit noch von Japan aus bestritten, sollen jedoch in Zukunft, wenn die wirtschaftliche Entwicklung genügend weit fortgeschritten sein wird, örtlich aufgebracht werden. Der Ortsvorsteher — in Yasaki ist es bislang Herr Yamazaki selbst — muß derzeit sein Amt infolge der vielen auftauchenden Schwierigkeiten noch hauptberuflich betreuen, soll aber später ebenfalls ein Bauer und nur nebenberuflich amtlich tätig sein. Herr Yamazaki ist zweifellos ebenso sehr Praktiker wie Idealist, denn er will, sobald es möglich ist, selbst den Pflug zur Hand nehmen und ein Grundstück bewirtschaften. Ihm ist ein Hauptteil am Erfolg der Ansiedlung zuzuschreiben, denn mit seinen großen landwirtschaftlichen Erfahrungen verbindet er außerdem eine zwingende Art lebenswürdiger Menschenbehandlung, die ihm ohne Ausnahme das Vertrauen aller Bauern sichert. Er kennt nicht nur alle hier notwendigen Wirtschaftsmethoden, sondern auch alle Pflanzen der Umgebung und versteht es, sie mit dem Pinsel naturgetreu auf das Papier zu zaubern. Alle kleinen Rechtsstreitigkeiten entscheidet er, während ansonsten vorläufig das japanische Konsulat in Chiamussi die Rechtsbetreuung der Kolonisten ausübt. In einigen Jahren sollen jedoch auch in der Rechtsprechung die mandschurischen Behörden maßgebend werden.

Eine der wichtigsten Angelegenheiten in jeder Kolonie ist der Hausbau. Hier scheint es fast, als ob man da noch nicht den besten Weg gefunden habe. Anfangs wohnten die japanischen Siedler in den schnell ausgebesserten, verlassenen Lehmhütten der einstigen chinesischen Kolonisten und in Nothütten. Auch jetzt ist noch ein Teil der Siedler in solchen alten chinesischen Bauernhütten untergebracht, wenn auch mit Ablauf dieses Jahres alle in neuerbauten Kolonistenhäusern wohnen dürfen. Diese Neubauten sollen noch keine endgültigen sein, sondern nur den Bedürfnissen der ersten 10—15 Jahre genügen. Eigenartig ist nun, daß die japanischen Siedler, die doch aus einem Lande mit, zumindest jetzt noch in ländlichen Kreisen, vorwiegender Holzarchitektur kommen, es hier nicht verstehen, wohnliche, feste Holzhäuser herzustellen, obgleich doch die Umgebung walddreich ist. Auf Fragen, warum keine Holzhäuser gebaut würden, erklärt man, daß diese nicht warm genug seien und auch wohl zuviel Arbeit verlangten. Die Japaner sind eben die leichten Holzhäuser ihrer Heimat gewöhnt und würden natürlich in solchen hier im harten

Klima sehr zu leiden haben. Feste Blockholzbauten, wie zum Beispiel in den Siedlungen nordamerikanisch-kanadischer Kolonisten, kennt man nicht. Und doch wäre es so leicht, mit Blockholz und Sägemehlfüllung — die genossenschaftliche Säge würde Werkstoff billig und genügend liefern können — gesunde und widerstandsfähige Wohnhäuser und Ställe herzustellen. Man hat sich nun den Baustoff der chinesischen Kolonisten, das heißt also Lehm mit Kleinstroh gemischt, zu eigen gemacht und errichtet mit diesen verhältnismäßig nasse, dumpfe, immer wieder von klaffenden Rissen durchsetzte Lehmhäuser und deckt sie, wie die chinesischen Kolonisten es tun, mit Stroh und getrocknetem Gras. Die chinesischen Farmer, die ursprünglich alle aus dem waldlosen Nordchina stammen, haben nicht nur in die mandschurische Ebene, sondern auch in die waldreichen Gebiete ihre heimatliche, der dortigen Natur entsprechende Bauweise — Lehm und Stroh — übertragen, da sie eben im Holzbau keinerlei überlieferte Erfahrung besitzen. Das Widersinnige ist nun, daß die aus dem Lande der Holzarchitektur kommenden japanischen Sied-



Grundriß
eines Zwei-Familien-Siedlungshauses

- A = Auseinanderschiebbare Zwischenwand
- B = Balken aus besonders gutem Holz
- C = Religiöser Schrein
- D = Für Bilder
- E = Zwischenmauer
- H = Herd
- T = Tür

ler von den Chinesen diese in der waldreichen Berggegend sozusagen naturwidrige Bauweise mit allen ihren Nachteilen übernehmen. Da aber wiederum die Japaner im Lehm- und Strohbau, wie er hier üblich ist, wenig Erfahrung besitzen, zimmern sie nur das Balkengerüst für Haus und Dach und mieten chinesische Kulis für die Errichtung der Lehmmauern und zum Teil auch für die Strohbedachung.

Die Kosten eines solchen Zweifamilienhauses belaufen sich auf rund 500 Yen, sind also in Anbetracht des billigen und schlechten Baustoffes ziemlich hoch. Nicht weniger als etwa 280 Yen entfallen davon auf den Werkstoff und den Arbeitslohn für die chinesischen Arbeiter, von denen jeder für den Tag 0,70 Yen erhält. Der Hausbau wird von den männlichen Bewohnern eines Weilers gemeinsam durchgeführt. Nach Errichtung des Dachstuhles wird eine kleine Feier abgehalten, bei der einige Schälchen Reiswein getrunken werden. Man baut sowohl Ein- als auch Zweifamilienhäuser, wie man sie als besonders zweckentsprechend gefunden hat.

Obiger Grundriß gibt eine Vorstellung von einem solchen Zweifamilienhaus, das ebenerdig ist, getrennte Eingänge und einen ausnutzbaren Dachraum hat. In der Küche wird teilweise noch auf offenem Feuer gekocht, doch beginnt man jetzt mit dem Herdbau. Der Rauch wird unter dem Schlafraum, unter dessen erhöhtem Boden sich ein Hohlraum befindet, ähnlich wie beim chinesischen Kang durchgeführt, so daß zugleich mit dem Herdfeuer die Heizung der Stube verbunden ist. Die Fenster sind doppelt, aber zum Teil noch mit Papier verklebt. Die Einrichtung ist denkbar einfach gehalten. Auf dem mit Strohmatte bedeckten Boden steht ein niedriges Tischchen, das zum Speisen und Schreiben dient, rings um dasselbe liegen

mehrere Sitzkissen, und in einer Ecke sind tagsüber die Schlafdecken zusammengeschichtet. Man schläft auf den auf dem bloßen Strohmatteboden ausgebreiteten Decken. Der oben eingezeichnete Balkon in der guten Stube fehlt nirgends, und auf seine Auswahl verwendet man besonders große Mühe. An seinem Fuß steht gewöhnlich eine Vase mit Blumen; rechts von ihm stellt man einen kleinen Hausschrein auf, während links die Wand ein Bild schmückt. In einer Ecke des Wohnraumes hängen Patronengurt und Gewehr, die unerläßlichen „Gebrauchsgegenstände“ dieser Siedler in dem so unsicheren Gebiet.

Das Essen ist ebenso einfach wie einförmig. Reis, Weizen- und Gerstenbreie und verhältnismäßig wenig gekochte, dafür viele rohe Gemüse und Salate. Fleisch wird nur ganz selten zubereitet, und Fische sind nicht vorhanden; nur manchmal gelangen von Chiamussi aus dem Sungari einige, durch den Transport nicht billige und wenig gute Fische nach den Siedlungen. Trotz der lebenswürdigen Gastfreundschaft, die das Beste vom Vorhandenen bot, wurde man nicht recht satt, da es für einen Europäer nicht ratsam ist, hier in der Mandschurei ungewohnt rohe Gemüse und Salate zu essen. Und es ist durchaus nicht sicher, ob das viele Essen von Rohem den japanischen Siedlern gut bekommt; das Wasser ist zum Teil nun einmal schlecht, und der Körper verlangt vielleicht in diesen Gegenden mit starken Temperaturgegensätzen kräftigere und hygienisch absolut einwandfreie Kost. Dafür scheinen die hier unter den Siedlern wütenden Verdauungsstörungen zu sprechen.

Von der Saat bis nach der Erntezeit wird viermal täglich gegessen, wobei man die erste Mahlzeit schon um 3—4 Uhr morgens einnimmt; infolge der großen mittäglichen Hitze arbeiten nämlich die Bauern von 4 Uhr morgens bis gegen 10 Uhr und von 4 Uhr nachmittags bis zum Dunkelwerden, wenn nicht zwingende Gründe ein Durcharbeiten verlangen. Überraschend ist es, daß auch die Mahlzeiten gemeinsam zubereitet und eingenommen werden. Das geschieht einerseits aus Billigkeits- und Arbeitsteilungsgründen, andererseits aber auch, um das Gemeinschaftsleben zu stärken. Jeder Weiler besitzt einen großen Speiseraum, der bis jetzt meist noch recht dürrig ist, aber durch Sauberkeit und Blumenschmuck erfreut. Alle Lebensmittel liefert die Genossenschaft, an die ja die ganze Ernte zum Verkauf abgegeben wird; für den Monat und Kopf werden dafür vom Erlös der abgelieferten Erzeugnisse 5 Yen abgezogen, d. h. so viel, wie nach Berechnungen die verbrauchten Lebensmittel netto Erzeugung kosten. Tee und Kleinigkeiten nimmt jedoch jede Familie nach Belieben für sich ein.

In der Siedlung Yasaki ist auch ein Arzt, Dr. Kitauchi, vorhanden, der von der japanischen Regierung für acht Jahre verpflichtet ist und von ihr bezahlt wird. Er hat auch die Bauern des zweiten japanischen Dorfes, Tschifuli (ein chinesischer Name), zu betreuen. Das von ihm eingerichtete Krankenhaus ist noch denkbar einfach, und es stehen ihm keine Hilfskräfte zur Verfügung; trotzdem nimmt er auch schwerere Operationen vor. In zwei Jahren soll auf Kosten der japanischen Regierung ein Krankenhaus mit 40 Betten gebaut werden, das etwa auf 30000 Yen zu stehen kommen dürfte. Auch zwei Krankenschwestern sollen dann angestellt werden. Zu den hartnäckigsten und gefährlichsten Bedrohern der Siedler gehören Tuberkulose und Frauenkrankheiten; erstere führt Dr. Kitauchi auf die nach seiner Meinung für das nordmandschurische Klima zu wenig fetthaltige und kräftige Ernährung sowie auf die großen, schwächenden Einflüsse der Witterungsgegensätze zurück. Die Frauenkrankheiten sind zum Teil aus Japan eingeschleppt, werden aber

hier durch vielfache Erkältungen bössartiger, da sich die Siedlerinnen noch nicht daran gewöhnt haben, sich hier besser gegen Kälte zu schützen als im milderen Heimatland.

Sobald die Viehhaltung größer sein wird und mehr Fleisch, Milch und Butter zur Verfügung stehen werden, hofft der Arzt auf einen Rückgang dieser Krankheiten. Überaus verbreitet sind auch Zahnschmerzen, was darauf zurückzuführen sein soll, daß die Siedler, in ihrer Heimat an Kuchen gewöhnt, hier davon vorläufig ungenügend herstellen und viel Zucker kauen. Die sonst überall so verheerend wirkende und schmerzhaft mandschurische Augenkrankheit ist hier infolge der größeren Reinlichkeit nicht so stark vertreten.

Überraschen wird jeden, der an europäische Kolonisation etwa in Amerika denkt, daß in jedem kleinen Weiler eine kleine Bücherei vorhanden ist, in der neben einer Auswahl guter japanischer Schriften auch Werke (in japanischer Übersetzung) von Goethe, Hugo, Tolstoi und Dostojewski auf dem Bücherbrett stehen und tatsächlich auch gelesen werden! Kleine Tanzplätze und Musikinstrumente dienen zur Erbauung und Erheiterung.

Abzuwarten wird sein, ob es sich als richtig erweist, daß man unverheiratete Burschen oder höchstens noch kinderlose, ganz jungvermählte Paare bzw. junge Eheleute mit 5—10jährigen Kindern als Siedler ausgesucht hat. Gewiß bringen diese unabhängigen, von jugendlicher Begeisterung für die Siedlungsidee erfüllten Jungmänner eine gewaltige, ungehemmte Arbeitskraft mit, aber das Fehlen der sorgenden Hand einer Hausfrau machte sich doch bei der Anlage der Siedlungen unangenehm bemerkbar. Stärker aber fällt ins Gewicht, daß nun, da nach den ersten Jahren der endgültige Erfolg sichergestellt erscheint und die Männer sich zu verheiraten beginnen, mit der wachsenden Arbeit wachsender Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, der sich erst nach 10—15 Jahren, wenn die Kinder halbwegs erwachsen sein werden, ausgleichen wird. Bis dahin werden chinesische Arbeiter, die natürlich die Erzeugung verteuern, nicht ganz zu entbehren sein. Einerseits hat man bei der Auswahl von Jungmännern und jungen Ehepaaren daran gedacht, daß sich die Kinder bei Geburt in den Siedlungen am ehesten akklimatisieren werden, aber dem steht gegenüber, daß die niedergekommenen Frauen und die Neugeborenen hier sofort dem harten Klima und erhöhter Krankheits- und Sterblichkeitsgefahr ausgesetzt sind und daß eine solche Familie in ihrer Arbeitsleistung nicht unwesentlich gehemmt wird. Viele Frauen erwarten in wenigen Monaten ein Kind oder haben soeben geboren, und doch steht schon bald der bitterkalte Winter vor der Tür, der allerdings weniger Arbeitskraft benötigt.

Das Dorf Yasaki besteht aus 12 Weilern, die etwa je 2—3 Kilometer voneinander entfernt und einige um einen etwas höheren Rücken angeordnet sind, so daß sie etwa eine Kreisfläche mit einem Durchmesser von rund 6—8 Kilometer einnehmen. Auf dem höchsten Punkt dieses Rückens, der mit kleinen Baumgruppen und bunt-

blühender sekundärer Steppe bedeckt ist, befindet sich ein hübscher Holzschrein, vor dem alle Feierlichkeiten angesichts der verstreuten Weiler und Felder und des umgürtenden Bergkranzes vorgenommen werden. Auch die Eheschließungen finden hier statt. Teils waren die jungen Paare bereits in der Heimat verlobt, und die Bräute sind nun nachgekommen, teils aber scheinen letztere erst nachträglich in Japan für die Siedler ausgesucht worden zu sein; es war hier schwer, Angaben zu erfahren. Vor dem Schrein stehen auch die kleinen Gedenktafelchen für die Verstorbenen und für die Opfer von Banditenkugeln.

Die Banditen, die in den Tälern und Wäldern der umliegenden Bergzüge hausen und ihren Lebensunterhalt durch Überfälle auf die japanischen und die vielen hundert chinesischen Siedlungen bestreiten, konnten aus ihren Schlupfwinkeln auch durch die zahlreichen Streifzüge von Kompanien japanischer Soldaten aus Chiamussi nicht vertrieben werden, wenn es auch in den Siedlungen selbst ungleich sicherer geworden ist als in den ersten Jahren der Niederlassung, wo oft viele Hunderte von Räubern die japanischen Dörfer umzingelten, manchen Siedler mit ihren Kugeln niederstreckten, Häuser ausraubten und in Brand steckten und erst nach Einsatz japanischen Militärs aus Chiamussi vertrieben werden konnten. Verwaltungsgebäude, Mühle und Sägewerk und viele Häuser sind mit Drahtverhauen umgeben, mächtige Hunde sorgen für den Wachedienst, und ein gut organisierter Selbstschutz dient der allgemeinen Sicherheit. Oft, wenn nahende Räuber gemeldet sind, stehen auf den Feldern neben den Säenden, Pflügenden oder Weizenschneidenden die Gewehrpyramiden, um Sichel oder Pflug sofort mit der Waffe vertauschen zu können. Regelrechtes japanisches Militär ist nur zu besonders bedrohlichen Zeiten in den Siedlungen untergebracht. Trotz des gut ausgebauten Selbstschutzes geschahen bis in die letzten Tage immer wieder Überfälle. Kleine Holzmahnmale stehen schlicht und ernst da und dort auf den Hügeln und Feldern und tragen den Namen des Gemordeten. Jeder Vorübergehende Siedler und Gast entblößt sein Haupt und gedenkt kurz des Toten, der um eine große Aufgabe für das ganze Volk gestorben ist. Ganz frisch und weiß ist noch der Holzpfehl, in dessen Nähe im vergangenen Mai die bislang letzte Mörderkugel ihr Opfer traf. Diese dauernde Unruhe und nahe Gefahr haben nicht wenig den Fortgang des Siedlungswerkes gehemmt. Vermehrt werden die Schwierigkeiten dadurch, daß die chinesischen Arbeiter, auf die man vorläufig noch in mehrfacher Hinsicht angewiesen ist, nicht selten mit den Banditen Verbindung haben und die Überfälle organisieren helfen.

Augenblicklich haben die 12 Weiler des Dorfes Yasaki je 10—15 Häuser; diese Weiler sind nach den Kreisen benannt, aus denen die Siedler stammen, wie zum Beispiel Nagano, Niigata, Fukushima, Akita u. a. In jedem Weiler wurden nur Siedler aus einem Kreise angesiedelt, um von vornherein das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Insgesamt sind derzeit in Yasaki rund 320 „Familien“ vorhanden, die nur etwa 500 Köpfe zählen, also zum Teil vorläufig überhaupt nur aus unverheirateten

Burschen bestehen. Das Dorf Tschifuli hat nur 5 Weiler, und die Anzahl der japanischen Siedler ist entsprechend kleiner als in Yasaki. Neben den japanischen Bauern wohnen in diesen beiden Versuchssiedlungen noch einige Dutzend koreanische Farmer und mehrere hundert chinesische Händler und Arbeiter, für die genaue Zahlen nicht zu erlangen sind.

Im Laufe der nächsten Jahre hofft man auf ungefähr 30 000 Hektar Wirtschaftsfläche insgesamt rund 1000 Familien anzusiedeln, so daß also mit der Zeit die Kopfzahl der japanischen Bauern in diesen Versuchssiedlungen auf etwa 5000 ansteigen würde. Doch wird über die Engherzigkeit des japanischen Finanzministeriums geklagt, das allzuwenig bereitwillig Mittel für die Kolonisation zur Verfügung stelle. Freiwillige Spenden aus Schulsammlungen in Japan und von privaten Kreisen, bald aus Kleidern und Wäsche und bald aus kleinen Geldsummen bestehend, stützen und stärken von Zeit zu Zeit die Siedler in ihrem harten Dasein. Viele japanische Wissenschaftler kommen, um Untersuchungen über etwaige Verbesserungen vorzunehmen, neue Getreidesorten einzuführen und dergleichen. So weilte gerade Prof. Kitagawa von der Universität Fukuoka in Yasaki, der sich als eingeweihter Führer mir jederzeit zur Verfügung stellte.

Von den 500 jungen Männern, die vor drei Jahren nach Yasaki als Siedler kamen, sind 12 von Banditen getötet worden, 152 haben sich als nicht willensstark genug erwiesen und sich wieder nach Japan begeben. Das ist nicht weniger als ein Drittel! Befragt man die Hiergebliebenen, wie es ihnen gefalle, so sagen sie, daß wohl der Winter hart und die Arbeit schwer sei, daß sie sich aber als Vorkämpfer einer großen Notwendigkeit des japanischen Volkes betrachteten und auch gegen gute Bezahlung und schöne Felder in ihrer Heimat die neugewonnene Erde hier nicht preisgeben würden.

Bürgermeister Yamazaki und alle seine Bauern und Mitkämpfer sind guter Zuversicht. Große Erleichterung und Hilfe verspricht man sich durch den von der mandschurischen Regierung für die Zukunft in Aussicht gestellten Bau einer Eisenbahn von Chiamussi nach Yasaki-Tschifuli, durch die eine schnelle Versendung der Erzeugnisse, vor allem ein Versand von frischer Milch und Butter, möglich sein würden. Das zahlreiche japanische Militär und die vielen japanischen Beamten in Chiamussi bieten einen sicheren Absatzmarkt; die chinesische Bevölkerung kommt aus verschiedenen Gründen, u. a. auch wegen der vorläufig noch höheren Erzeugungskosten der japanischen Bauern und infolge der Abneigung gegen Milch- und Buttergefluß, für den Absatz nicht in Betracht.

Überblickt man vorsichtig alle Gegebenheiten und Möglichkeiten, so ergibt sich zwar, daß aller Voraussicht nach diese Ansiedlung kleiner Gruppen japanischer Bauern in der Nordmandschurei als gelungen zu betrachten ist und daß eine begrenzte Anzahl weiterer Siedlungen durchaus Erfolg verspricht. Aber die Kosten sind im Verhältnis so riesengroß, und der Fortgang der Siedlung dürfte auch bei

Auswertung aller Erfahrungen so langsam vor sich gehen, daß eine japanische Kolonisation großen Maßstabes in der Nordmandschurei als ausgeschlossen erscheinen muß. Der chinesische Kolonist wird hier unzweifelhaft den ganz überwiegenden Anteil der erschlossenen und noch zu erschließenden Fläche besiedeln; er kam zu Millionen arm und ohne Rückhalt an Behörden aus Schantung oder der Südmandschurei, brach ohne Traktoren die Steppe um oder rodete den Wald, baute ohne fremde Arbeitskraft sein Lehmhaus, hatte keinen militärischen Schutz gegen Banditen und anfangs keine Straße zu den Märkten. Und auch heute haben die chinesischen Dörfer kein Krankenhaus, keinen geschulten Arzt, keine Maschinen. Hand und Rücken, Zugwind und Pferd sind ihre Arbeitskräfte. In den chinesischen Dörfern der Mandschurei fehlen die sauberen Strohmatten und das Bücherbrett, Theorien und Versuchsstationen, und doch dehnen sich die Felder immer weiter aus, werden die von den Räubern zerstörten Hütten mit neuem Lehm rasch wieder aufgebaut und wimmeln von Kindern. Krankheiten und die bitterkalten Winterstürme mögen wüten, aber sie können diese bedürfnislosen kontinentalen Menschen in dem reichen, aber harten festländischen Lebensraum nicht an der Gewinnung neuen Siedlungsbodens und an ständiger Vermehrung hindern.

Hohe Achtung vor den tapferen, aufopferungsbereiten japanischen Kolonisten muß jeden erfüllen, der auf ihren Feldern weilte; aber man möchte dem japanischen Volke nur wünschen, daß es seinen Bevölkerungsüberschuß in wesensgemäßerem Landstriche als der Mandschurei ansiedeln könnte.

ALBRECHT HAUSHOFER :

Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Zwischen den militärischen Vorgängen im abessinischen Hochland und der Behandlung des Konfliktes durch England besteht ein enger Zusammenhang: in Zeiten, wo es den Anschein hat, als seien die Abessinier im Verein mit ihrem Klima und ihren Bergen stark genug, den italienischen Angriff abzuwehren, hält sich die britische Gegenwirkung zurück; winken den Italienern größere militärische Erfolge, dann erscheint in britischen Zeitungen die Ölsperre wieder. In den ersten Wochen nach der Jahreswende schien sich die ganze Vorsicht und Undurchsichtigkeit des Foreign Office in seinem neuen Herren zu verkörpern; zu gleicher Zeit begegneten die italienischen Truppen in den Berglandschaften am Takazze einem harten Widerstand, der sogar zeitweise zum abessinischen Vorstoß gegen Aksum und Makalle wurde. Die Bewegungen der italienischen Somaligruppe unter General Graziani waren undurchsichtig. In der letzten Woche des Januar kam es im Süden, unmittelbar an der Keniagrenze, zu einem Flachlandvorstoß der Italiener, der mit großer Geschwindigkeit über mehrere hundert Kilometer vorgetragen wurde. Die Vorhutten Grazianis stehen nun am Rande der Provinz Sidamo — dort, wo im Südosten

Abessinien die ersten ernsthaften Geländeschwierigkeiten beginnen. Der Entfernung nach hat Graziani den halben Weg nach Addis Abeba zurückgelegt; es fragt sich, ob die Verbindungen nach rückwärts gesichert werden können und ob die nächste große Geländeschwelle überwunden werden kann. Immerhin ist bemerkenswert, daß der Vorstoß der italienischen Somaligruppe im Süden erfolgt; die ursprünglichen Pläne gingen nördlich gegen Harrar. Darin mag mehr als ein militärischer Zufall stecken. Man darf nicht vergessen, daß in den Plänen Vansittarts und des Quai d'Orsay, die zum Sturz der nominell verantwortlichen Minister Hoare und Laval führten, gerade die jetzt von Graziani durchquerten Gebiete an Italien fallen sollten; daß der Süden von Sidamo und die angrenzenden Kaffaländer zu jenem besonderen italienischen Reservat gehören sollten. Es gibt eine wohlbegründete Auffassung, die wissen will, daß Mussolini bereit war, den Hoare-Laval-Plan anzunehmen, und daß die Rede in Pontinia erst gehalten wurde, als das Scheitern des Planes von England her bereits feststand. Die Tatsache, daß die Wege des italienischen Generalstabs dem Schatten des Hoare-Laval-Planes folgen, kann dahin gedeutet werden, daß eine solche Auffassung richtig ist.

Inzwischen sind freilich die englisch-französischen Militärbesprechungen weitergegangen. Wenn im Herbst ein Zweifel darüber bestand, ob der britischen Flotte für den Ernstfall die französischen Häfen zur Verfügung stehen würden, so ist dieser Zweifel behoben. Es fragt sich, welche Gegenleistungen von England gegeben wurden. Wir gestehen, daß wir die Versicherungen, jene Besprechungen in Paris hätten sich nur mit der Mittelmeerfrage und mit nichts anderem befaßt, zwar angenommen haben, daß uns aber der wahre Glaube daran fehlt. Inoffizielle Besprechungen der Generalstäbe, der Admiralitäten und vor allem der Stäbe der Luftflotten haben ihre eigenen Gesetze. Die Befürchtung, daß nicht nur der Geist, sondern auch der Buchstabe der Locarno-Verträge schon heute verletzt sei, läßt sich nicht als Gespensterseherei zurückweisen. Die Ratifizierung des russisch-französischen Vertrages steht bevor; die Entwicklung der Tschechoslowakei zum russischen Flugzeugmutterschiff in Europa macht unheimliche Fortschritte. Es wäre ein gefährlicher Irrweg der britischen Außenpolitik, wenn sie aus der Sorge um afrikanische und asiatische Entwicklungen (japanische Neuguinea-Reden und Krah-Pläne) in den Fehler der alten europäischen Einkreisungstaktik verfielen.

Wir versagen uns, über ein an möglichen Gefahren allzu reiches Thema mehr zu sagen, und wenden uns den lokalen Erschütterungen zu, die der Mittelmeerkonflikt mit sich bringt. Von der starken Erschütterung der mohammedanischen Welt durch die abessinischen Ereignisse zeugt die fortdauernde Unruhe in Ägypten ebenso wie das Aufflammen der nationalen Bewegung in Syrien. Die französische Mandatsverwaltung hat den Zeitpunkt verpaßt, wo man in Syrien sich auf ein ähnliches Mindestmaß an indirekter Herrschaft zurückziehen konnte, wie England das im Irak getan hat. Gewiß liegen die Verhältnisse in Syrien auch schwieriger. Die syrische

Einheit würde schwerlich den Tag des französischen Abmarsches überleben, so groß sind die Spannungen zwischen nationalen und religiösen Gruppen im Lande selbst. Zunächst aber wird, ähnlich wie in Indien, die europäische Herrschaft im ganzen als drückend empfunden. Einstweilen hat die französische Regierung in Damaskus die Waffen sprechen lassen. — Auch in Ägypten ist man um kurzes Drohen bewaffneter Kräfte nicht herumgekommen, sosehr der britischen Besatzung daran gelegen sein mußte, es zu vermeiden. Die Unruhen sind noch nicht beendet, und noch immer ist es nicht zur Bildung einer repräsentativen ägyptischen Regierung gekommen, die in der Lage wäre, einen gültigen Vertrag mit England abzuschließen. Die Voraussetzungen für einen Abschluß wären heute günstiger als seit langem. Die britische Politik wäre heute zu einigen Konzessionen im Stil des seinerzeit gescheiterten Henderson-Entwurfes bereit; und auf ägyptischer Seite hat man sich allmählich darein gefunden, daß der anglo-ägyptische Sudan ein englischer und kein ägyptischer Sudan geworden ist. Die Notwendigkeit britischer Truppen am Suez-Kanal und an der westlichen Wüstengrenze werden wenige Ägypter heute abstreiten. England aber besteht darauf, daß der Abschluß eines Vertrages mit Ägypten nur dann sinnvoll sei, wenn er von einer ägyptischen Regierung gezeichnet werde, die das ganze Land vertrete und nicht nur einen kleinen Kreis von Hofwürdenträgern oder von Professoren und Studenten. Die Bildung einer solchen Regierung aber ist bis jetzt nicht gelungen.

Vor schwierigen Problemen der Regierungsbildung steht auch der König von Griechenland, der den historisch einmaligen Versuch gemacht hat, die Regeln britischer Sportlichkeit in den hellenischen Parteienkampf zu tragen. Das Ergebnis unbeeinflusster Wahlen zeigt nun, daß die alte Spaltung des griechischen Volkes in zwei nahezu gleich starke Lager alle Wechsel überdauert hat. Noch immer scharft sich fast die Hälfte des griechischen Volkes um den listenreichen Odysseus der griechischen Neuzeit: den greisen Venizelos. Noch immer steht die andere und nach Ausweis der jüngsten Wahlen um ein Geringes zahlenstärkere Hälfte des griechischen Volkes gegen Venizelos in erbitterter Feindschaft. Es wäre noch einfach, wenn sich die beiden Gruppen in regionaler Ausgewogenheit gegenüberständen. Auch hier aber bleibt das alte Verhältnis bestehen, daß der Rückhalt des Venizelisten die neu-griechischen Gebiete sind (Thrazien, Mazedonien und die Inseln), während Alt-Griechenland von Lakonien bis Thessalien in geschlossener Abwehr gegen Venizelos steht. Es ist seltsam genug, daß die fünf viertel Millionen griechischer Neusiedler, die der abenteuerlichen Politik des Kreters den Verlust ihrer alten Heimat zu verdanken haben, trotzdem seine zuverlässigsten Stützen sind. Freilich ist das nichts Einmaliges: man braucht sich nur der Verehrung zu erinnern, die Karl XII., der große Zerstörer ihres Reiches, noch heute bei seinen Schweden genießt. Solche Anhänglichkeit unter falschen Voraussetzungen macht jedem Nachfolger das Herrschen schwer; und Georg II. von Griechenland wird es nicht leicht haben, solange Venize-

los am Leben ist. Einstweilen haben sich alle griechischen Parteien — mit Ausnahme eines kleinen republikanischen Restes und einer zahlenmäßig kleinen, aber dennoch nicht unbedenklichen kommunistischen Gruppe — damit abgefunden, daß der König den Parteienkampf behandelt wie ein britischer Schiedsrichter ein Fußballmatch. Die Schicksalsfrage des Königs liegt darin, ob er verhindern kann, daß jeweils Unterliegende den Schiedsrichter verantwortlich machen und anfangen, ihn mit faulen Äpfeln zu bewerfen. Dergleichen soll sogar auf britischen Sportplätzen zuweilen vorgekommen sein. Zunächst bemühen sich die Liberalen unter Sophulis, dem Statthalter Venizelos', und die beiden Flügel der alten Royalisten unter Tsalدارis, Metaxas und Kondylis-Theotokis in gleicher Weise um die Gunst des Königs. Die außenpolitische Lage Griechenlands im Mittelmeerkonflikt ist zunächst geeignet, die Stellung des Königs zu stärken.

Politische Wahlen, die Bedeutung weit über den Boden des betroffenen Landes hinaus haben können, finden im Lauf der nächsten Wochen in Spanien und in Frankreich statt. Über die spanischen Vorgänge haben wir in unserem letzten Bericht gesprochen; die Lage hat sich seither in Spanien, wie auch in den wichtigeren südamerikanischen Staaten, kaum verändert. Wir können uns daher unmittelbar den französischen Wahlen zuwenden, die sich unter einer ausgesprochenen Verstärkung der Fronten bei entsprechender Schwächung der Mitte vollziehen. Herriots Versuch, gleichzeitig den Vorsitz der Radikalen Partei wieder zu erobern und seinen Einfluß im Kabinett Laval zu halten, ist gescheitert. Laval ist gestürzt, und Dala-dier ist Vorsitzender der Radikalen Partei geworden. Die Entwicklung treibt dahin, daß für die Wahlen ein Kartell der Linken zustande kommt, bei dem ein starker kommunistischer Einfluß unvermeidlich ist. Es ist bezeichnend, daß gerichtliche Untersuchungen über den Einfluß der kommunistischen Propaganda in den französischen Kolonien, die aufrüttelnde Ergebnisse versprochen, bis nach den Wahlen zurückgestellt worden sind. Wie sicher sich die Russen ihrer westeuropäischen Position schon zu sein glauben, beweist die verblüffende Unverfrorenheit ihres Auftretens gegen Uruguay in Genf. Litwinow verfolgt damit einen durchsichtigen Zweck: sowohl in Prag wie in Montevideo ist allzuviel Material über die Identität zwischen Sowjetstaat und kommunistischer Internationale zutage gekommen, als daß man nicht versuchen sollte, durch lautes Auftreten den eigenen Pferdefuß zu verbergen. Für Europa hängt viel davon ab, ob man in Spanien und in Frankreich zur rechten Zeit bemerkt, wohin russische Freundschaften führen. Aber es sind nicht spanische und französische Parteien allein, die freiwillig oder unfreiwillig dem Kreml Vorspann leisten. Die Blindheit skandinavischer Regierungen gegenüber der im höchsten Norden auftauchenden Gefahr, die Blindheit Titulescus und Beneschs gegenüber den inneren Folgen militärischer Hilfe vom Dnjestr her, die merkwürdigen Eigentumsvorstellungen etwa der lettischen Gesetzgebung gehören ebenso hierher. Eine Ordnung Mitteleuropas unter sowjetrussischem Einfluß ist

von vornherein das Gegenteil einer Ordnung! Solches Wissen sollte selbst dem Fürsten Starhemberg, selbst dem gegenwärtigen britischen Außenminister nicht völlig verschlossen sein!

Mitten in eine so bewegte Lage der gesamten Weltpolitik fällt der Tod des britischen Königs, der doch mehr war als die ornamentale Spitze seines großen Reiches. Die britische Krone hat im letzten Jahrhundert — im Gegensatz zu fast allen anderen Kronen mit Ausnahme der japanischen — an bindender Kraft sowohl im Symbolischen wie im Politischen stark gewonnen. Vor etwas mehr als einem Jahrhundert konnte man ihr weiteres Schicksal für fragwürdig halten. Viktoria, Eduard VII. und Georg V. haben ihren Einfluß gehalten und gesteigert. Eduard VIII. tritt in ein Erbe von bedeutender Macht und großen Möglichkeiten persönlicher Wirkung. Er kennt mehr von der Welt als irgendeiner seiner Vorgänger. Man weiß, daß er sowohl in sozialpolitischen wie in außenpolitischen Fragen seine eigenen Gedanken hat. In seiner Person vollzieht sich an entscheidender Stelle die Ablösung der Vorkriegsgeneration durch die jüngeren Jahrgänge der Front. Das eröffnet Möglichkeiten des Verstehens auch für Länder, in denen sich der Wechsel des Schicksalsträgers etwas früher vollzogen hat und in Formen, die dem englischen Wesen nicht immer leichtverständlich sind. Wir dürfen die Hoffnung haben, daß die Chancen einer Edenschen Einkreisungspolitik durch den Wechsel auf dem Thron geringer geworden sind. Eduard VIII. ist ein überzeugter Anhänger des Friedens; wir glauben zu wissen, daß er unter Frieden nicht die starren Formeln eines Poincaré versteht.

KARL HAUSHOFER:

Bericht aus dem indopazifischen Raum

Wieder geht uns, wie für I/36, einer der besten Winke für die geopolitische Berichterstattung von einem überseeischen Freunde der Geopolitik, Bruno Sell aus Tucuman (Argentinien), zu: ihm scheint eine Forderung der Zeit:

„... praktischer geopolitischer Dienst im Sinne der Heimatinteressen zur Förderung des Verständnisses für das logischerweise ein wenig einseitig orientierte und in seinem Verhältnis zur Heimat mit ihren wechselnden politischen Erscheinungsformen ein wenig konservative Auslandsdeutschum.“

„Es ist etwas Eigenes um diesen Konservatismus der Auslandsdeutschen, der mit den Wandlungen in der Heimat nie Schritt halten kann und deshalb leicht reaktionär wirkt. Ungenügende Verbindung mit der Heimat, Unvermögen, Entwicklungen zu verstehen, deren Ursachen man nicht persönlich kennengelernt hat und unter denen man nicht persönlich litt, schließlich und endlich die Wandlung, die das neue Land allmählich hervorbringt: alles wirkt zusammen. Ich glaube, es wäre einmal ein guter Vorwurf für ein Heft der Geopolitik, dieses Problem der Deut-

schen in der Diaspora und ihre Stellung zur Heimatentwicklung. Wobei den Gleichschaltern klarzumachen wäre, wie sich bei Erhaltung eines gewissen Kulturfundus der Charakter, die politische, überhaupt die ganze geistige Einstellung dieser angesplitterten Deutschen regional nach Landschaft, Klima, Wirtsvolkumgebung sich wandelt, und zwar schon im Laufe von verhältnismäßig kurzer Zeit. Sowohl bei den in geschlossenen Mustersiedlungen innerhalb inferiorer Landesbevölkerung Lebenden, wie vor allem in der großen Masse der in kulturell hochstehenden Gastländern frei herumschwimmenden Existenzen. Jedes Land schafft andere Typen, und es ist ganz falsch, immer von den ‚Auslanddeutschen‘ zu reden. Eine ziemlich komplizierte Sache, weil alles in dauernder lebender Bewegung...“ So sieht ein guter Beobachter diese gewiß weltumspannende Frage von einem typisch kontinentalen Punkt, 600 km vom Südpazifischen Ozean und doppelt so weit von der La-Plata-Mündung in den Südatlantischen Ozean aus, der trotzdem ganz nach Buenos Aires gravitiert — so nahe an einer Kraftfelderscheide!

Nichts ist uns zu unserer geopolitischen Selbsterziehung heilsamer als das Einnehmen von weit entfernten Standpunkten in Übergangszonen und Anvisieren der Grenzfälle von ihnen aus. Theorien der absoluten Lehren und intransigenten Standpunkte trennen; sie sind so wenig zusammenfügbar wie starre Spalier, an denen Lebendes wachsen soll. Was an den Spalieren aber an wirklichem Leben wächst, fügt seine Ranken oft mühelos zusammen und lehrt die bunte Reihe der Übergangserscheinungen achten und erkennen.

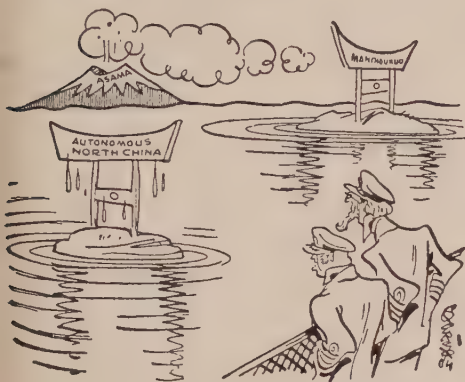
Was der heimatlichen total denkenden Zentralstelle oft unendlich scheint, das erscheint dem Deutschen, der von der letzten argentinischen Großstadt auf den Andenkamm zuschreitet, bis er das Vorwalten von pazifischem Einfluß spürt, und sei es an den verschiedenen Landsleuten hüben und drüben, ganz geläufig, nur geopolitischer Untersuchung wert. Deshalb stellten wir seine Erkenntnisse vornan.

Denn nicht anders als den Einzelnen, müssen wir Gruppen von Einzelnen, ihre zu Volk und Staat im Reiche geballte Schar, Bündel aus Reichen betrachten, wenn wir sie sehen wollen, wie sie wirklich sind, nicht schließlich Wunschträumen verfallen, die auch sehr totale Charakterzüge annehmen können.

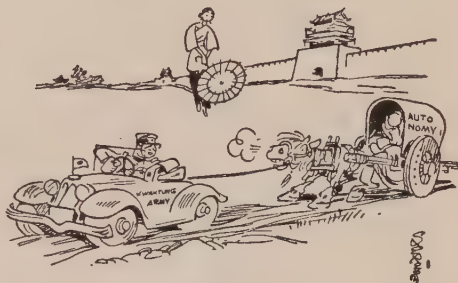
Darum betrachten wir die Äthiopische Frage nicht nur von Rom, sei es Vatikan, Palazzo Venezia oder Quirinal aus (schon diese drei geben verschiedene Aspekte!), von London-Paris und Adis Abbeba, sondern gern auch vom Kap, von Iran und Indien her; und die Ostasiatische Krise sehen wir nicht nur von Tokio, Moskau, Nanking oder Washington, sondern auch von ihren Reflexzentren im intimsten Westen; wir sagten deshalb die verzweifelten Anstrengungen dort um Kompromisse voraus, wie im weiteren Westen das Abstandnehmen von Amerika. Die völkerpsychologisch sehr teuer zu bezahlenden Bombenwürfe auf das schwedische Rote-Kreuz-Lazarett aber zeigten auch, wie gefährlich in solchen Spannungszuständen eine einzelne unbedachte Tat sein kann, wie der bekannte Pistolenschuß,

der die Lawine ins Rollen bringt — auch unter Umständen den Antrag auf Ölsperre in Genf. Freilich kommt man vielleicht so auf die Nachwelt, aber möglicherweise doch in herostratischen Zusammenhängen.

Wie überlegen man trotz allem Ernst dieser hochgeladenen Weltlage die letzten Ursachen betrachten kann, das zeigen zwei Spottbilder des nach dem Fernen Osten wiedergekehrten „Sapajou“ über „Vulkanische Wandlungen im Pazifik“, und — eng damit zusammenhängend — „Die Entdeckung der Lösung der Nordchinafrage“.



Vulkanische Wandlungen im Pazifik



Die Entdeckung der Lösung der Nordchinafrage

Die beiden Zeichnungen enthalten tatsächlich die denkbar schärfste Kritik der inaktiven Zuschauerrolle der cis- und transatlantischen britisch sprechenden Völker und die Anerkennung der Unvermeidlichkeit der Vorgänge aus Lage und Raum.

Nur verraten eine Grenzsperrre von rund 500 km Länge am Amur durch die Sowjetbünde, 2500 km Grenzbefestigung zwischen Baikal und Amurbucht, die Vorbereitungen in der Äußeren Mongolei und in Sinkiang, endlich aber auch die Wiederaufnahme des japanischen Hawai-Protestes von 1898, daß sich der weltpolitische vulkanische Bebenherd durchaus nicht auf Nordchina eingrenzen läßt, sondern sich in kontinentale und ozeanische Spaltengebiete fortsetzt.

„Far Eastern Review“ (Bd. XXXI, Nr. 11, S. 402 ff.) bringt das Lichtbild des Protestes unter dem Zitat: „Die Hawai-Angelegenheit ist nur ein Zwischenspiel in dem großen übervölkischen (internationalen) Drama, das auf der Bühne von Ostasien zum Ablaufen gekommen ist.“ (Japan Times vom 8. 1. 1898.)

Hawaii aber besitzen als wesensfremden Reichsbestandteil die Vereinigten Staaten, deren Präsident, selbst der am meisten diktatorisch veranlagte Mann im Weißen Haus seit Menschengedenken, das Neue Jahr mit einer außenpolitischen Schelte wider die Störer der internationalen Gemütlichkeit der Besitzenden begann.

Er behauptete dort, nur 10—15% der Menschheit wollten Erneuerung und Änderung ihrer Lage, 85% seien ganz zufrieden mit der gegenwärtigen Besitz-

verteilung. Bei näherer Tatbestandsbeschau wird Präsident Roosevelt selbst weder die 480 Millionen Chinas, noch die 353 Millionen Indiens zu den Zufriedenen rechnen. Die 100 Millionen des Japanischen Reichs, die mehr als 42 des Italienischen, die etwa 100 Millionen Deutschen klagt er selbst der Unzufriedenheit an; aber mit Recht hält ihm das französische „Journal“ vor, er „unterschätze, was an demokratischer Kraft und Wucht in der deutschen, italienischen, russischen Bewegung stecke“.

So kommen wir mit den bescheidenen Mitteln geopolitischer Anwendung von Zahl und Maß auf echt geographischem Wege nach Herrmann Wagner bereits zu mehr als der Hälfte der auf etwas über 2 Milliarden anzuschlagenden Menschheit als raumpolitische Neuerer, selbst, wenn man zugibt, daß alle 250 Millionen in Nord- und Südamerika zu den restlos Zufriedenen gezählt werden dürften. Aber dann bräuchte ja der Präsident der USA. gewiß nicht in einen Wahlkampf einzutreten; keine noch so geschickte Kominternorganisation von Uruguay aus hätte die Aufstände in Brasilien auf die Beine bringen können; man könnte ruhig eine Volksabstimmung auf Hawaii veranstalten, und die japanische Mehrheit von 152 000 dort unter dem bunten Rassenmischkessel sagen lassen, wohin sie mit etwa einem Drittel der Inselgruppe gehören wollen; Flottenstationen der USA. und Japan könnten dort Arm in Arm lagern; man bräuchte keine inneren Kämpfe in Mexiko, Bolivia, Peru, Venezuela zu fürchten; kein oberstes Bundesgericht würde den Blauen Adler und die Nira entflügelt haben.

Für Australien aber konnte das gewiß fesselnde Buch von W. M. Hughes (ehemaliger Premierminister): „Australia and war to day“ ungeschrieben bleiben; und er und die „Times“ brauchten nicht auf die „Schwäche des Bundes“ (The League's weakness) aufmerksam zu machen, für die im Grunde doch die Vereinigten Staaten verantwortlich sind.

Hier also beißt sich eine große Schlange selbst in den Schweif. Es ist im vergangenen Jahre zur außenpolitischen Sitte geworden, fremde Völker abzukanzeln. Davon haben gerade solche Völker reichlich Gebrauch gemacht, die manches vor der eigenen Türe zu kehren hätten, so zutreffend uns Mitteleuropäern etwa die polnische Warnung vor den Unterwühlungspraktiken in Kowno und Prag (des „Flugzeugmutterstoffs der Sowjetunion“) vorgekommen sein mag. Aber in Washington wie Rom ist man nahe an die Grenze des leicht erweisbaren Irrtums zugunsten der Balken im eigenen Auge gekommen: um Fremden ihre Splitter nachzuweisen. Dann fangen eben die Balken und Blöcher — wie man in Österreich sagt — zu stoßen und zu rumoren an; und wir werden an Lincolns Weisheit von der Untäuschbarkeit aller Welt auf alle Zeit erinnert, von der man nur einen Teil auf alle Zeit narren könne, und alle nur auf einige Zeit.

Nach Lincoln also arbeitet die Zeit gegen den weltpolitischen Unschuldsnachweis der USA. an allen Übeln der Zeit durch ihren Präsidenten.

Dem unbefangenen Großraum inhaber der Neuen Welt stellt sich der unbefangene der Alten Welt in Gestalt Molotows als Wortführer der Sowjetbünde würdig zur Seite, dessen Ermahnungen vor allem Japan und Deutschland gelten, und zwar ganz Deutschland, nicht nur dem Dritten Reich, zu dem die Sowjetbünde angeblich in ein besseres Verhältnis kommen wollen als gegenwärtig bestehe. (Molotow.)

Gleichzeitig aber wird Lord Eden eine Äußerung in Erinnerung gebracht, die er in Moskau tat, die gewiß als Expediens für den Augenblick von ihm gemeint war, auf die er aber von Rußland aus mit einer Dauerwertbelastung festgenagelt wird: daß nämlich keinerlei Gegenstand der Meinungsverschiedenheit zwischen Britenreich und Sowjetbund bestehe. Sollte wirklich die indische Regierung mit der Sowjeteskamotierung von Chinesisch-Turkestan einverstanden sein und mit alledem, was sonst das doppelgesichtige Herrschergebilde im Kreml in seiner Komintern-eigenschaft weltüber an Geschäften treibt?

Wir greifen aufs Geratewohl nur etwa ein Problem, wie das von Schanghai, heraus, weil wir es von seiner geopolitischen Seite durch John E. Orchard im Januarheft der „Geographical Review“ (S. 1—32) vorzüglich behandelt finden. Die größte Großstadt Chinas mit 3½ Millionen Einwohnern und einer dicht bevölkerten näheren Umwelt, zugleich — neben Groß-New-York — das heikelste Verstädterungsproblem der Erde, ist ein ursprünglich von außen bodenfremd aufgedrängter Saugkörper (trotz alter Handelsbedeutung einzelner Teile), durch den aber im letzten halbwegs normalen Jahrfünft 43% des Handels von China gingen.

Wenn der ganze geopolitische und soziale Aufbau eines überfüllten Teilraums allen Grundsätzen der Sowjets wesensverschieden ist, dann gewiß das Dreieck zwischen Whangpo und Yangtse mit typisch angelsächsischen Siedlungs- und Wirtschaftszügen. „Political security“ (S. 9) wurde mit Recht im Anschluß an Richter Feethams berühmte Untersuchung, neben der geographischen Lagengunst, von der britischen Handelskammer als Leitmotiv für Schanghai's Blüte genannt. Gerade sie unterwühlt Moskau!

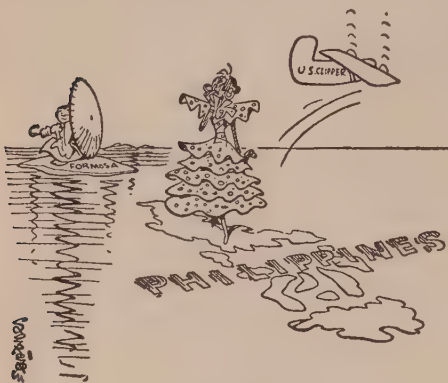
Wen also täuscht man hier oder glaubt man täuschen zu können? Den britischen Außenminister oder den warnenden indischen Vizekönig vor seinem Scheiden nach fünfjähriger indischer Erfahrung, Lord Willingdon? Den Präsidenten der Vereinigten Staaten, der mit rätselhaftem Lächeln vom eigenen Obersten Gerichtshof einen Stein nach dem anderen von seinen innenpolitischen Bauten herabgebrochen sehen muß: „N. I. R. A.“ und „A. A. A.“ und wie sie alle buchstabengekürzt heißen mögen?

Ihm zeichnet der rückgekehrte „Sapajou“ über die freigegebenen Philippinen eine noch mit halbspanischer Kulturbekleidung ausgerüstete, angeblich unabhängige Schöne ins Stammbuch, deren Verlassenheitsgefühl auch ohne Erklärung für sich selber spricht. Schanghai'ser Selbstironie könnte Ähnliches für Schanghai verbuchen!

Was geschieht, wenn der US.-Clipper weggeflogen ist? Was wird aus der Blüte von Schanghai, wenn wirtschaftspolitische Anschauungen herrschend werden, die mit dem Herausreißen der Grenzsteine und der Vernichtung von Grund- und Bodenrechten beginnen, deren Bannerträger Molotow ist, der sich Lord Eden durch Fehlen jeder Meinungsverschiedenheit freundlich verbunden fühlt?

Wird man dann Japan um Schutz für die Aufrechterhaltung westlicher Wirtschaftsformen und -werte anrufen müssen, oder findet der Osten eine eigene Synthese?

Inzwischen hat eine neue Welle lebhafterer japanischer Tätigkeit im „Nanyo“- (Südsee-) Bereich angehoben, wie übereinstimmend „Hochi“, „Transpacific“ und „Manchester Guardian“ (13. 1. 1936, S. 11) berichten.



Endlich frei!

Philippinen, Borneo, Südchina mit seinen Bergschätzen (Fukien, Yünnan, Kweichau), Siam, Malaya sind ihr Ziel. Formosa soll als Ausgangspunkt durch eine neue Werbegesellschaft mit 30 Mill. Yen Anfangskapital zugkräftiger gemacht werden, die ein Zehnjahrsprogramm vorsieht. In den Philippinen locken Hanf und Holz, in Borneo außer Öl Kautschuk, in Sumatra Kopra, wenn man die Prospekte (Furukawa-Davao, Ishihara zum Beispiel) betrachtet. Geld kommt zu einem Drittel aus dem nun vierzig Jahre

japanischen Formosa-Taiwan; der Rest aus Osaka, der Oriental Development Company, ein Teil direkt vom Staat.

Man sieht: Japan ist durchaus nicht so einseitig, um — wie anscheinend Molotow von ihm annimmt — nur auf die mandschurische und mongolische Grenze zu starren oder gar sich in Äthiopien, wo noch am 1. 10. 1934 überhaupt kein einziger Japaner war, in Abenteuer einzulassen; sondern es späht aufmerksam ringsum, freilich unter japanischen Gesichtswinkeln, wie es etwa Sobei Mogi und H. Vere Redman tun. („The Problem of the Far East: London; Victor Gollancz.) Dort freilich kommen 192 Seiten auf Japan und nur 76 auf China, mit etwas befremdlichen Ausblicken auf die „sowjetisierten Landesteile“ und den „Zug zu einem sozialistischen oder kommunistischem Regime“, was ebenfalls wieder ein grelles Licht auf die Wirklichkeit der britischen und russischen Interessengleichheit nach Lord Eden und Molotow wirft.

Wie war es endlich mit dem geharnischten Protest der Niederlande gegen das Hoare-Laval-Kompromiß über die Zuteilung wesentlicher Teile des äthiopischen Bärenfells an Italien, das so schnell wieder in der Versenkung verschwand, daß der Duce nicht auf diesen Boden springen konnte? Nächst den nordischen Staaten und

ihrem Wortführer Munch scheinen die Niederlande mit Nachdruck den Westmächten die Gefährlichkeit ihres Spiels mit dem Völkerbund klargemacht zu haben.

Wenn das Wegnehmen unentwickelten Landbesitzes auf Erden Mode und schließlich vom Völkerbund gesegnet wird, dann wäre allerdings die Lage der Indonesischen Großinseln, abgesehen von Java, sehr ausgesetzt; um so mehr, als ja fremde Entwicklungsversuche auf Neuguinea schon kaum mehr abgewehrt werden können. Wir erinnern den Leser an das Mißverhältnis von Raum und Pflege bei der zweitgrößten Insel der Erde mit 805 800 qkm, voll von Rohstoffschätzen der Mineral- und Pflanzenwelt, aber — bei einer wahrscheinlich zu geringen Schätzung — von wenig mehr als $\frac{3}{4}$ Million Menschen bewohnt, darunter 1927 3173 Weiße, davon 579 Deutsche in dem uns geraubten Viertel der von Niederländern und Australiern zwar besetzten, aber schlecht betreuten Großinsel. Sie würde nach japanischer Schätzung den Zuwachs des Inselreichs auf ein Menschenalter aufnehmen.

Freilich besteht die Gefahr, daß eine rührige ostasiatische Kolonialpolitik in der Südsee ein aufblühendes Neuguinea als „Trittsstein“, als „stepping-stone“, zum australischen Raum betrachten lernt.

Aber das wußten Australien und Neuseeland ja, als sie den deutschen Raumpuffer in der Südsee ausschalteten, und (selbst unfähig, auch nur die eigenen Riesenräume mit ausreichenden Arbeiter- und Siedlerzahlen zu füllen) den Armen im Raume auch noch das Ihrige wegnahmen, wie Nabboths Weinberg dem Gelüst des reichen Nachbarn verfiel.

Wenn jetzt nachträglich das auf solche Weise beraubte deutsche Volk bei seinem Rassengewissen von den Räubern, unter die es 1914 gefallen war, zur Rassengemeinverbindlichkeit aufgerufen wird, um „den Räubern der Steppe und des Meeres“ (wörtlich nach Mackinder) ihr Raubgut wahren zu helfen, so wird es ohne „Griffe in die Gefühlskiste“ sachlich zu prüfen haben, wo die Entwicklungsfähigkeit zur höchsten Leistung des Raumes liegt, der in Frage kommt, und wie es mit dem eigenen Zutritt zu ihm steht. Danach, und nur danach wird Mitteleuropa Kraft-einsatz für kolonialpolitische Zwecke vor seiner Zukunft rechtfertigen können.

Wichtig bleibt für uns in dem Jahr, in dem deutsche Botschaften zum erstenmal in Argentinien, Brasilien und Chile tätig werden, der starke Gemeinschaftsgeist, mit dem Südamerika die verkappte Sowjetbeeinflussung ablehnte, die aus einer Kominternzentrale in Uruguay und durch geschickte Agenten in den brasilianischen Nordhäfen und Buenos Aires blutige Unruhen hochflammen ließ. Die Verbindung Paris-Prag-Moskau wird die sonst so bereite südamerikanische Gefolgschaft der Westmächte in Genf stutzig machen. Es hält weltüber schwer, auf die Dauer gleichzeitig superi und inferi vor den Wagen des Status quo zu spannen! Wenn die Pferde des ungleichen Gespanns erschrecken, zeigt sich im Verhalten die verschiedene Herkunft!

Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik – Gruppe Heidelberg

Die chinesisch-japanische „Zusammenarbeit“ im Urteil der Sowjets

Der Beitrag stellt einen Aufsatz von Targanski: „Die Entwicklung der japanischen Aggression in China“ (Revolutionärer Osten 1935, Heft 3) in Vergleich zu anderen und neutralen Stimmen über die Entwicklung im Fernen Osten. Er zeigt die Einstellung der Sowjets und die Problematik ihres Verhältnisses zu Japan und China.

Die Schriftleitung.

Die politische Hochspannung im europäischen Machtraum hat zeitweise das Problem des Fernen Ostens gegenüber den dringlichen Aufgaben zurücktreten lassen, die durch den italienisch-abessinischen Streit den abendländischen Staatsmännern gestellt wurden. Dies war um so leichter möglich, da im pazifischen Raum scheinbar Ruhe und Entspannung eingetreten war. Mit einem Schlage jedoch hat sich die Situation geändert. Sowohl die Rede des Staatssekretärs im Außenamt der Vereinigten Staaten, wie die gleichzeitig erfolgten Äußerungen des englischen Außenministers zur Lage im Fernen Osten anlässlich der Eröffnung des Parlaments lenkten erneut die Aufmerksamkeit der politisch interessierten Welt auf die Vorgänge auf dem asiatischen Festland. Aber, sowenig sich Japan abhalten ließ, auf den Protest der Mächte, der der Verkündigung der sogenannten asiatischen Monroe-Doktrin: Asien den Asiaten, folgte, auf ein weiteres Vortreiben seiner festländischen Machtpositionen in China zu verzichten, ebensowenig läßt es sich heute durch die „Warnung“ der angelsächsischen Staatsmänner von der Verfolgung seiner politischen Linie abbringen. Japan denkt nicht daran, Verträge vergangener Zeiten, die seinem ureigensten Lebensinteresse zuwiderlaufen, noch anzuerkennen. Damit bricht Japan in die Front der Antirevisionisten ein und trägt auch an seinem Teil dazu bei, die anderwärts proklamierte „Unabänderlichkeit der Verträge“ zu erschüttern.

So vorsichtig und zurückhaltend auch die Äußerungen der amerikanischen und englischen Politiker sein mögen, sie lassen doch erkennen, daß die beiden Weltmächte nicht ohne weiteres geneigt sind, die Dinge im Fernen Osten einfach treiben zu lassen. Was in naher Zukunft geschieht, kann von weittragender politischer Bedeutung werden. Bei der Betrachtung ostasiatischer Entwicklung ist

ungemein aufschlußreich, zu beobachten, wie sich die nächst Japan und China meistbeteiligte Macht, wie sich Sowjetrußland zu den Vorgängen im Fernen Osten stellt. Denn gerade dies unmittelbare Beteiligtsein schärft den Blick und macht hellhörig. Wenn dieser Frage hier nachgegangen werden soll, so kann es sich dabei nicht um ein bloßes Aufzeigen und Festhalten der Tatsachen und Vorgänge handeln, die von der russischen Berichterstattung¹⁾ zum chinesisch-japanischen Problem gemeldet werden. Es soll vielmehr der Versuch unternommen werden, die treibenden politischen Kräfte und die besonderen Motive des Handelns und Nichthandelns aufzuweisen.

Die Phase der gewaltsamen Auseinandersetzung der beiden asiatischen Mächte, Japan und China, die mit dem Streit um Mandschukuo im Jahre 1931 begann, wurde durch eine solche der Verständigung und „friedlichen Zusammenarbeit“ im Jahre 1935 abgelöst. Bereits im Dezember 1934 und Januar 1935 bereitete die japanische Presse diesen Abschnitt der Politik vor. Eine Reihe von Symptomen brachte den versöhnlichen Geist zum Ausdruck. Man denke nur an die Erhöhung der offiziellen diplomatischen Vertretungen zu Botschaften, an die gegenseitigen Besuche der maßgebenden Politiker und die aus diesem Anlaß ausgetauschten Erklärungen der Freundschaft und der Verständigung. Die Sowjets erklären dies jedoch nur als Tarnung und Verdunklung der japanischen Absichten. Es sind schöne Gesten ohne Wahrhaftigkeit. Wohl hat Japan seine politische Taktik und seine Methode geändert, sein Ziel aber bleibt nach wie vor unabänderlich: imperialistische Ex-

¹⁾ Die folgenden Darlegungen stützen sich auf einen Aufsatz Targanskis in der Zeitschrift „Der revolutionäre Osten“ vom März 1935. „Die Entwicklung der japanischen Aggression in China“. Die darin gemachten Angaben werden mit allem Vorbehalt verwendet.

pansion in China. Gewalt, militärischer Druck und Einsatz der politischen Machtmittel sind nur für den Augenblick zurückgestellt. Sollten es jedoch die Umstände erfordern, dann stehen sie jederzeit wieder bereit, um sie zweckmäßig zum Einsatz zu bringen. Nur zu deutlich hat das Vorgehen der Japaner in Mandschukuo den Beweis für die gewalttätige Methode japanischer Gewaltpolitik gebracht. Auch dort folgte der vorangehenden wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit die Zeit der gewaltsamen Ablösung. Daß sie sich gegebenenfalls auch auf Nordchina erstrecken werde, steht dem Russen außer Zweifel. Der Wechsel der Form und Taktik ist einerseits bedingt durch die innerpolitische Konstellation, die zu Beginn dieses Jahres in Japan herrschte, da der Einfluß der Generalität und der Armee durch die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückgedrängt wurde. Andererseits glaubt der russische Beobachter, die Sorge vor einer möglichen Einmischung der europäischen Mächte habe den Übergang zu einem friedlichen Kurs gegenüber China opportun erscheinen lassen. Was Japan bis Ende 1934 erreicht hat, ist die Schaffung einer ausreichenden Operationsbasis, von der aus der weitere Vorstoß auf die Unabhängigkeit Chinas unternommen werden wird. Die Anfang 1935 eingeleitete Phase der „Zusammenarbeit“ ist nur eine Atempause. Die nächsten Ziele sind, die Innere Mongolei, Nordchina (Chachar, Jehol, Fengtien) m. a. W. die „Fünf nördlichen Provinzen“ zu einem selbständigen und von China unabhängigen Reich zusammenzuschließen. Daß die von den Russen geäußerte Befürchtung, zum Teil wenigstens, nicht unberechtigt geblieben ist, zeigte die weitere Entwicklung in den letzten Monaten des Jahres 1935.

Die Frage, welche Beweismittel der sowjetische Beobachter aus den vielfältigen Vorgängen und Ereignissen in China herausstellt, um an ihnen als politischen Tatsachen die Behauptung zu erhärten, daß auch die „friedliche Zusammenarbeit“ nur der Expansion Japans diene, hebt drei spezifische Gruppen von Tatbeständen aus dem politischen Gesamtgeschehen heraus. Einmal: China soll aus der politischen Verflechtung mit den europäischen Mächten gelöst werden. Zum anderen: Die chinesische Regierung soll in unmittelbare Ab-

hängigkeit von Japan kommen. Letztlich: China soll finanz- und wirtschaftspolitisch unter Führung Japans gebracht werden.

1. Die Lösung vom europäisch-amerikanischen Machtbereich. Der russische Berichterstatter weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß „Japan sich bemüht, China geneigt zu machen zum Bruch mit der Liga der Nationen“. Daß hierbei der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund als Mittel der Ermunterung dient, sei nur nebenbei bemerkt. In diesem Zusammenhang ist weniger wichtig, ob China dieser Versuchung folgt oder nicht, sondern weit größere Beachtung verdienen die Motive, die hinter diesem Schachzug stehen. Als Hintergrund, auf den hinzuweisen der Sowjetvertreter sich wohlweislich hütet, hebt sich die Liga der Völker Asiens ab; jene Vereinigung, die zwei Drittelle der Menschheit umfassen würde. Asien den Asiaten! Könnte es einen wuchtigeren Ausdruck für diese Forderung geben? Wie stark durch sie der Besitz der SSR. im mittleren und nördlichen Asien bedroht ist, lehrt ein Blick auf die Karte.

Der wiederholte Hinweis der russischen Berichterstattung auf den Versuch Japans, China zum Austritt aus dem Völkerbund zu bewegen, liefert einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Beurteilung der Beweggründe, die Rußland veranlaßten, der Genfer Institution beizutreten. Es erhofft dadurch, sei es auch nur eine mittelbare, Unterstützung seiner fernöstlichen Interessen gerade gegen ein japanisches Vordringen in die unmittelbare Nähe seiner mongolischen Einflußsphäre, sowie eine Rückendeckung bei einem möglichen Konflikt. Diese Tatsache ist m. E. bei der Erörterung der Absichten, die SSR. zum Eintritt in den Völkerbund mitbestimmten, kaum genügend beachtet worden. Wenn Rußland in einem solchen Falle die Unterstützung des Völkerbundes fordern sollte, gerät England in einen für seine Interessen im Fernen Osten höchst bedenklichen Zwiespalt; mag es entscheiden, wie immer es auch wolle, es schädigt seine eigene Stellung einem Rußland zuliebe, das skrupellos durch die Agenten der roten Weltrevolution England Schwierigkeiten über Schwierigkeiten im asiatischen Raum bereitet.

Als Ersatz der Mitgliedschaft Chinas im Vertrags- und Sicherungssystem des Völker-

bundes bietet Japan einen zweiseitigen Japan-China-Pakt an mit ausdrücklicher Ablehnung sogenannter Kollektivpakte und Sicherheiten. Ja, es ist sogar bereit, analog zu dem mit Mandschukuo abgeschlossenen militärischen Schutzbündnis, auch China den gleichen Schutz zuzusagen. Nicht unrichtig meint der Russe, daß damit die militärisch-politische Monopolstellung Japans gesichert wäre, was immerhin die Möglichkeit einer Mobilisierung der Wehrkraft des gesamten chinesischen Volkes — wenn auch erst in ferner Zukunft — unter japanischer Führung bedeuten würde.

Als ein weiteres Mittel der versuchten Lösung Chinas aus der Mächtegruppierung, die bis dahin den unbestrittenen Einfluß in China hatte, muß nach der Meldung des russischen Beobachters angesehen werden, daß Japan daran gehe, die europäischen und amerikanischen Sachverständigen aus China zu verdrängen. Dies bezieht sich zuerst und vornehmlich auf militärische Berater. Ganz besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß der russische Berichtersteller in der Lage zu sein glaubt, mitteilen zu können, daß hierin bereits die Anfänge gemacht wären, daß es also nicht bei der bloßen Forderung geblieben sei, sondern daß China bereits amerikanische und europäische Militär- und Marinesachverständige entlassen habe, um sie durch japanische Offiziere zu ersetzen. Anfang 1935 seien 300 europäische (darunter auch Deutsche) Militärinstructoren und Experten durch ebenso viele japanische ausgetauscht worden. Dazu seien noch 1400 japanische Unteroffiziere gekommen, die zum Aufbau „dreier chinesischer Musterdivisionen“ vorgesehen sind. Unzutreffend dürfte wohl sein, daß die Anfang März erfolgte Abreise des Generals Seeckt mit diesen Vorgängen in unmittelbarem Zusammenhang gestanden habe. Auch in der Flotte sei eine gleiche Umänderung im Gange. Nicht nur, daß gegen 50 japanische Ingenieure und Marinesachverständige ihren Einzug in das chinesische Marineministerium gehalten haben sollen, auch in der aktiven Flotte seien unter chinesischem Namen japanische Marineoffiziere eingestellt worden. Ferner soll in Fudschou ein Marinecollege mit japanischen Instructoren eingerichtet worden sein. Auch ein chinesischer Kreuzer soll auf einer japanischen Werft gebaut und mit japanischer Seekriegsrüstung ausgestattet worden sein.

2. Die Aushöhlung der innerpolitischen Selbständigkeit Chinas als Ziel der „friedlichen Zusammenarbeit“. Der Umfang der militärpolitischen Zugeständnisse, die Japan erreicht hat, ist so beträchtlich und erstreckt sich auf so wesentliche Gebiete der staatlichen Selbstbestimmung, daß der sowjetische Beobachter von einer „Kapitulation Chinas“ zu sprechen berechtigt zu sein glaubt. Die oben umrissenen Veränderungen in der Heeresverwaltung bringen selbstverständlich auch innerpolitische Rückwirkungen mit sich, zumal wenn man bedenkt, daß ca. 40% des Steuerbudgets zu Wehrzwecken verwendet werden. Bei der augenblicklichen Finanzlage Chinas ist es darum nicht unwahrscheinlich, daß japanische Beamte im Chinesischen Münzamt ihren Einzug als Aufsichtsorgane gehalten haben. Die währungspolitische Lage Chinas ist durch die Silberpolitik der Vereinigten Staaten schwer erschüttert worden. Darum ist auch die „unfreundliche Aufnahme der amerikanischen Finanzkommission“ durch die chinesische Presse zu begreifen. Dieser Umstand dürfte wohl dazu beitragen, den finanz- und währungspolitischen Bestrebungen Japans Vorschub zu leisten und zur militärischen Kontrolle auch die finanzielle zu erreichen. Ein Schritt vorwärts ist damit getan in der Erweiterung des tatsächlichen Einflusses Japans auf Chinas Innenpolitik. Ob dies nur aus machtpolitischen Gründen erfolgt, oder ob dahinter die Ziele der panasiatischen Bewegung stehen, wer kann es entscheiden? Auf jeden Fall stimmt die Antwort bedenklich, die ein hoher chinesischer Militär gab, als von amerikanischer Seite der Versuch gemacht wurde, einen „amerikanisch-chinesischen Luftdienst“ einzurichten: und die klipp und klar lautete, „daß asiatische Luftlinien nur in Händen von Asiaten sein können“.

Die Phase der „friedlichen Zusammenarbeit“ nutzt Japan aus, um der seit Jahren recht intensiven Boykottbewegung in China die Spitze abzubreaken, indem es die amtlichen Stellen der Regierung nötigt, von sich aus hierfür geeignete Maßnahmen einzuleiten. Diese hat dem Ansuchen Japans Folge geleistet und in den Schulen alle japanfeindliche Propaganda untersagt. Ja, sie hat sogar sich bereit erklären müssen, „auf die friedlichen und zivilisatorischen Aufgaben Japans in China“ hinzuweisen.

Die Phase der chinesisch-japanischen Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf die politischen Parteien Chinas, denen Japan die Beachtung seiner neu gewonnenen Stellung abzwängt. Dies gilt besonders für die grundsätzlich antijapanisch eingestellte Kuomintangpartei¹⁾, die zur Regierung zeitweise in sehr naher Beziehung gestanden hat. Dem japanischen Einspruch soll nicht nur der Pressechef der Partei zum Opfer gefallen sein, auch 30 Funktionäre der Kuomintang mußten ihren Posten aufgeben. Erinnert man sich daran, daß die politische Einstellung dieser Partei nicht unerheblich im Geiste einer westlich demokratischen Staatsauffassung gearbeitet hat, so muß ihre Zurückdrängung eine Stärkung der national-chinesischen Richtung mit sich bringen. Damit wird auch in dem Bereich innerpolitischen Handelns der Loslösung vom europäischen Einfluß Vorschub geleistet.

Nach Angabe des russischen Berichterstatters sollen die gesamten Verhandlungen weniger durch eine unmittelbare Fühlungnahme in Augriff genommen worden sein. Japan habe sich als Mittelsmann Chuan-fuys, eines Mitgliedes der Peipingregierung, bedient. Als greifbare Folge der „Verständigung“ ist die stillschweigende Anerkennung Mandschukuos durch die Nankingregierung zu buchen, die dadurch zum Ausdruck kommt, daß die direkten Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverbindungen wieder aufgenommen werden. Auch die Übernahme der Eisenbahnreparaturen der chinesischen Eisenbahn durch die Reparaturwerkstätten der Südmandschurischen Gesellschaft ist im gleichen Sinne zu werten.

Eine weitere Möglichkeit der Zusammenarbeit auf innerpolitischem Gebiet liegt im Bereich der Zoll- und Tarifgestaltung. Japan hat hier bis jetzt verschiedentlich versucht, für sich gewisse Ermäßigungen bzw. Befreiungen zu erlangen, doch vergeblich. Wenn es auch jetzt noch verfrüht, wenn nicht gar völlig utopisch, erscheint, von einer Zollunion beider Staaten zu sprechen, so darf es nicht unterlassen werden, der damit verbundenen Tragweite wegen, diesen Gedanken wenigstens einmal anzuschneiden.

1) Über die Wandlung und Spaltung der Kuomintang vgl. G. Amann, „Sun Yatsens Vermächtnis“. K. Vowinkel Verlag, 1928, und das in Kürze erscheinende neue Werk Gustav Amanns, „Tschiang-Kaishek“.

3. Die wirtschaftliche Expansion Japans unterbaut dessen politische. Mit den Fragen der Zoll- und Tarifpolitik haben wir einen dritten Komplex der friedlichen „Zusammenarbeit“ angeschnitten. Die gegenwärtige katastrophale Lage der chinesischen Wirtschaft bietet für Japan die beste Gelegenheit, sich hier Position um Position zu erobern. Der Kapitalmangel der chinesischen Baumwollindustrie in Verbindung mit dem japanischen Dumping, hat der chinesischen Produktion einen schweren Schlag versetzt. Die Statistik berichtet von einem Gesamtverlust von 25 Millionen Dollar, der von 92 Baumwollspinnereien getragen werden muß. Der chinesische Baumwollkönig Sun-tsun-tsin z. B., der zirka 28 Fabriken sein eigen nennt, war gezwungen, Staatshilfe zu fordern, da er sonst den Zusammenbruch nicht aufhalten könne. In einem Zeitraum von 10 Monaten sind 12 Fabriken mit 500 000 Spindeln und 30 000 Arbeitern geschlossen worden. Auch in der Seidenindustrie sind Betriebseinstellungen erfolgt. In Tsjansi und Tssetsian seien von 180 Spinnereien 110 und in Schanghai von 108 sogar 94 Fabriken geschlossen worden. Und diese Meldungen beziehen sich nur auf einzelne Provinzen. Die gleiche Lage findet sich auch in der Porzellanindustrie und in der Teekultur. Befremdlich ist, daß der russische Bericht nicht auf die Lage der Bauern eingeht und sich nur auf die Industrie beschränkt.

Bei dieser Situation ist es verständlich, daß Japan seine finanzielle Kraft nachdrücklich einsetzt, um die frei gewordenen Stellungen zu erobern. In den verschiedensten Provinzen Chinas gehen die industriellen Anlagen in die Hände der Japaner über, oder diese gründen eigene Unternehmungen in China, z. B. in Tientsin und Schanghai. Japan macht nicht unerhebliche Kapitalien flüssig, um der wirtschaftlichen Ausdehnung die reale finanzielle Grundlage zu geben. Bereits im Februar 1935 tagte in Schanghai eine Konferenz japanischer Finanzleute zwecks Gründung einer Bank, damit der „chinesisch-japanische Handel aktiviert werde“. Daß diese Bemühungen nicht vergebens waren, zeigt die Handelsstatistik, nach der es Japan gelungen ist, England zu verdrängen und sich selbst im chinesischen Handel an die zweite Stelle zu setzen. Der japanische Anteil ist

von 9,71% auf 12,21% angewachsen. Bedenkt man jedoch, daß der gesamte ostasiatische Handel insgesamt nicht mehr ausmacht, als der Deutschlands und Österreichs zusammen, so rückt die handels- und wirtschaftspolitische Bedeutung hinter den machtpolitischen Fragen erheblich zurück. Die Aneignung der festländischen Rohstoffgebiete steht durchaus im Zentrum der wehr- und machtpolitischen Ziele der japanischen Expansion. Dies gilt nicht nur für den Erwerb der Kohlen und Eisenvorkommen, sondern auch für die Aufschließung von Baumwollanbauflächen, deren Bereitstellung gefordert wird.

Was bietet nun Japan seinerseits, um China die Annahme seiner Forderungen schmackhaft und annehmbar zu machen? Es kann nach unserer Meinung nicht in erster Linie die wirtschaftliche oder die finanz- und währungspolitische Hilfe sein. Diese zu leisten, sind auch andere Staaten bzw. Finanzkreise bereit. Daß diese dabei auf recht wenig Gegenliebe stoßen, hat seinen Grund wohl nicht darin, daß der Chinese eine besondere Vorliebe für den Yen habe und deshalb das Pfund oder den Dollar weniger gerne sähe. Die Ursachen müssen tiefer liegen. Auch der Sowjetbeobachter dürfte mit dem Hinweis auf die handelspolitischen Vergünstigungen, die Japan den Chinesen gewähre, ebensowenig Glauben verdienen, wie damit, daß China seitens Japan Hilfe im Kampf „gegen den Kommunismus“ zugesagt sei. China weiß, daß es für jede Hilfe von außen einen angemessenen Preis zu zahlen habe. Die Frage ist nur, wem es diesen Preis zu zahlen gewillt ist: dem immerhin nicht gerade unbelasteten Weißen Mann oder dem rasseverwandten Japaner. Die Entscheidung wird eines Tages fallen. Dann wird es sich auch entscheiden, ob die Ideologie der westlichen Demokratie den durch die Verkündung des Selbstbestimmungsrechts der Völker genährten elementaren völkischen Kräften des erwachenden Asiens noch standhalten kann. Daß Japan alles tut, um die Waagschale zu seinen Gunsten zu senken, dürften die bisherigen Ausführungen gezeigt haben.

In diesem Sinne ist auch die zweite Gegenabe, die Japan zu bieten vermag, die Gewährleistung der inneren Sicherheit und Ordnung in China auszuwerten. Wenn man bedenkt, daß dieses Land seit den Tagen der

großen Revolution des Jahres 1911 fast ununterbrochen durch innere Wirren zerrissen, der Willkür und Gewalttätigkeit streitbarer Provinzgouverneure oder Generale ausgesetzt war, dann wird man den Schutz und die Sicherheit, die Japan durch seine unmittelbar verfügbaren Sicherheitsorgane zu bieten imstande ist, nicht gering anschlagen dürfen. Zumal wenn sich dieser Schutz gegen die Gefahr einer vollständigen Bolschewisierung richtet, deren China trotz erheblicher Anstrengungen der Nankingregierung und ihres Generalissimus Chiang Kaishek auch bis heute noch nicht Herr geworden ist. Dazu kommt, daß dem russischen revolutionären Vordringen bereits die Äußere Mongolei zum Opfer gefallen ist, und daß die westlichen Provinzen Chinas nicht minder bedroht sind, wie seine nördlichen. Schließt China sich an Japan an, so wählt es von zwei Übeln immerhin das erträglichere.

Der russische Berichterstatter stellt fernerhin fest, daß das bisherige Entgegenkommen der Nankingregierung auf der Hilfe beruhe, die Japan ihr im Kampfe gegen die Rote Armee geleistet habe. Im „sechsten Feldzug gegen die Rote Armee wurde deren Vernichtung nicht erreicht“. Im Gegenteil, Anfang des Jahres 1935 wird eine neu aufflammende Tätigkeit der kommunistischen Streitkräfte gemeldet „mit Siegen in Hutschou und Setschuan“. Im Verlauf der Kämpfe hat die japanische Schiffahrtsgesellschaft Ninia-Rissin-Kaissa Dampfer zum Truppentransport auf dem Yangtse zur Verfügung gestellt.

Die bisherige Darstellung läßt klar erkennen, daß in der Phase der friedlichen Zusammenarbeit die wirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen durchaus sekundärer Art sind. Wohl ist Japan stark an der Ausdehnung seines Handels und seiner kommerziellen Vorrangstellung interessiert, wohl sucht es, in Ergänzung seiner eigenen Rohstoffarmut, eine ausreichende Rohstoffbasis zu gewinnen. Doch weit wichtiger und im Hinblick auf die weltpolitische Lage Japans vorranglicher ist die innere Stärkung und Beruhigung Chinas, damit es nicht im Falle eines Konfliktes zu einem Faktor der Unsicherheit im Rücken Japans wird. Geopolitisch bedeutsam ist, daß Japan durch sein Vorgehen in Mandschukuo und Nordchina sich eine unmittelbare Flankendeckung gegen

den räumlich nächsten Gegner gesichert hat. So erscheint als eigentlicher Hintergrund der japanischen Expansion auf dem Festland die Stärkung der militärischen und strategischen Stellung Japans. Der russische Beobachter sieht zwar nur die wirtschaftliche Seite in dem japanischen Vorgehen. Damit bleibt er seiner ökonomischen Doktrin des Marxismus treu; wiewohl die Machtkämpfe im Fernen Osten ihn eines andern belehren müßten.

Die Betrachtung der Frage, welche Mittel und Wege der russische Bericht in Erwägung zieht, um so der bedrohlichen „imperialistischen Expansion“ Japans zu begegnen, gibt ungemein aufschlußreiche Perspektiven für die Beurteilung der Machtstellung der Sowjets selbst. Da ist es vor allem bemerkenswert, daß der Bericht zuerst die Möglichkeit eines Eingreifens der anderen imperialistischen und kapitalistischen Länder, also Amerikas und Englands, voranstellt. Die Tatsache, daß Amerika finanziell und kommerziell vielleicht ebensostark in China engagiert ist wie England, gibt dem Sowjetbeobachter die Hoffnung, daß beide auf ihren Einfluß in China kaum verzichten dürften. Denn wie bereits oben angedeutet wurde, ist Amerika nicht nur mit 25% an der gesamten Einfuhr in China beteiligt, es hat auch „etwa 200 Mill. Dollar“ in China investiert, auf die es — so argumentiert der eingefleischte Antikapitalist — doch nicht verzichten könne. Das gleiche gilt für England mit ungefähr 1 Milliarde festgelegten Kapitals. Das Bedauern darüber, daß eine amerikanisch-englische Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen in China, wie es der russische Bericht erkennen läßt, gescheitert ist, ist durchaus verständlich. Desgleichen die Feststellung, daß Amerika eine abwartende Haltung eingenommen hat und es nicht zu einem „Zusammenstoß“ mit Japan kommen lassen will. Mehr Aussichten für eine Intervention biete dagegen England. Der Russe hofft auf „Verschärfung des Gegensatzes zwischen England und Japan“. Wenn England auch im Norden Chinas aus wesentlichen Stellungen zurückgedrängt wurde, wie

z. B. aus der Bahn Peiping-Mukden oder aus dem Kohlengebiet von „Cheben“ (K), so ist es immer noch erheblich in Südchina beteiligt. Dem Russen bleibt es zwar zweifelhaft, ob Japan sich mit einer „quotenmäßigen Beteiligung“ am Chingeschäft zufriedengeben wird, zumal, wenn die anderen Großmächte die ausdrückliche Erklärung der Integrität Chinas damit verbinden werden. Die Erwartung auf ein Eingreifen der kapitalistischen Bourgeoisie sinkt auf ein Minimum, da „die Kapitulation der Regierung“ und das Zurückweichen der Kuomintang einen direkten Aufruf der Mächte vorläufig nicht erwarten lasse.

Diese Situation verschlechtert noch die gegenwärtige politische Weltlage. Vor allem bindet „die Verschärfung der politischen Lage in Europa Englands Initiative“. — Und wo bleibt Sowjetrußland, wo bleiben seine militärischen Machtmittel? Der russische Berichterstatter spricht mit keinem Worte von einem Schritte Rußlands, um der „Teilung der Welt im Fernen Osten“ Einhalt zu gebieten, oder das von ihm befürchtete „Weltgemetzel“ zu verhindern. Fühlt Rußland sich zu schwach, reicht seine militärische Machtstellung trotz der großzügigen strategischen Vorbereitungen am Amur¹⁾ und im mittleren Sibirien und der Mongolei¹⁾ nicht aus, um einen Kampf gegen die japanische Expansion aufzunehmen? Oder befürchtet es Rückwirkungen auf Teile seines asiatischen Machtbereichs? Wie dem auch sei! Die Sowjets, die am unmittelbarsten durch die Umgestaltung in China betroffen werden, schweigen sich aus.

Aber eine Hoffnung bleibt! „Die Massen Chinas werden sich erheben; das Joch der imperialistischen, kapitalistischen Ausbeuter abschütteln und zur nationalen Befreiung schreiten. Der Aufbruch der Völkermassen Chinas im revolutionären Kampfe für die Freiheit steht bevor“; den Kampf zu führen sei „die Mission Sowjet-Chinas“.

Röckl.

1) Vgl. dazu Zeitschr. für Geopolitik, Okt. 1935. K. Haushofers „Bericht über den indopazifischen Raum“.

Der Deutsche Raum

KARL HAUSHOFER:

Geopolitik als Grundlage jeder Raumordnung

Ein Nachwort zu Crämer und Schepers¹⁾

Mit Einfühlungsgabe, Mut und Verantwortungsgeist haben zwei junge Forscher, soweit es innerhalb bestimmter, weise von der politischen Führung gezogener Grenzen möglich war, die Rolle der Geopolitik bei der Raumordnung im Dritten Reich beleuchtet, gedeutet und umrissen.

Verantwortung auch beim kleinsten Baustein-Legen auf den Boden weltpolitischer Wirklichkeit, für Bauten, die Jahrtausende dauern sollen: das lastet und verpflichtet. Ungern bricht in solchen Vorbereitungszeiten jeder Wissende auch in den allgemeinsten und selbstverständlichsten Dingen geopolitischer Raumordnung sein Schweigen, außer, wo es sich um Anerkennung tapferer Leistung in der schönsten und verantwortungsvollsten Gemeinschaftsaufgabe handelt, die als freie Schöpfung vor unserm volksdeutschen Willen steht. Die Mitverantwortung für die Vorkämpfer der Zukunft muß freilich durch Zustimmung getragen werden, wie nur Widerspruch von ihr entlastet — selbst wenn reifes Alter mit jenem britischen Staatsmann sagen könnte: „Posteris posteris curent!“ — als er auf Fernwirkungen seiner Politik aufmerksam gemacht wurde, die sich in seinem Leben mit Sicherheit nicht mehr abspielen würden, deren Kommen er aber voraussah.

Wer in voller Mannesleistung steht, der darf und kann sich der Mitverantwortung nicht entziehen, auch nicht durch Flucht in geologische Zeitperioden reiner physischer Erdkunde, wenn er vom Bau der Wissenschaft herkommt oder ist, die in erster Linie für ein brauchbares Weltbild nach innen und außen zu sorgen hat. Deshalb haben wir immer für das Primat der Erdkunde beim Auslegen der Grundmauern jeder Raumordnung, zuerst natürlich der eigenen, gekämpft. Ihre Notwendigkeit ist ja doch nicht etwa eine Neuerscheinung der Nachkriegszeit, sondern als Aufgabe etwas geschichtlich Gewordenes, das vor den Germanen gegenüber Julius Cäsar lag, wie vor Karl dem Großen und den Stammesherzogen, vor Rainald von Dassel, wie vor der Maximilianischen Kreiseinteilung, vor Friedrich und Josef, wie vor Metternich und Bismarck, wie heute vor Adolf Hitler und seinen Helfern.

Von den drei großen Mächten der Erneuerung, den Hochkultur-Völkern auf zu schmalem, überbautem Boden mit zu hochgetürmter Wirtschaft, die Raumerneuerung so notwendig brauchen wie Volkserneuerung, haben ja Italien und Japan das Kleid und die Rüstungen ihrer Vergangenheit schon vor einem Menschenalter gewechselt und zu einem kostbaren, wenn auch kostspieligen Museumsstück gemacht: Italien von 1848—1871, Japan von 1854—1877.

1) Vgl. die beiden Beiträge im Januarheft (XIII, 1) dieses Jahrgangs.

Nur Deutschland trug das seine von den Befreiungskriegen bis zum Weltkriegs-ende weiter, mit einem ungeheuren Kraftaufwand, wie ein Ritter, der gleich Bayard mit einem kunstvollen Plattenharnisch und Turnierkleid gegen die neuen Batterien eines Pescara stürmte. Kein Volksboden ist aber auch, wie der deutsche, zergrenzt und verstümmelt, durch Jahrhunderte von fremdem Kriegsvolk zerstampft, das — wie Gustav Adolf sagte — alle Kriege Europas gleichzeitig auf seinem Rücken austrug.

So ungeheures, einzigartiges Leid weckt einer neuen Raumordnung eine seiner Größe würdige Verpflichtung auf. Darum vielleicht kam ihr die Erfüllungsmöglichkeit zuletzt. Aber unvermeidlich wurde dadurch, daß jeder Einzelne, der Hand ans Werk legen darf, alle Erfahrungen dieser leidvollen Geschichte kennen und berücksichtigen muß. „Blut und Boden“ müssen als gleichwertige Zweiheit dabei immer vor dem geistigen Auge schöpferischer Rauntätigkeit stehen; Rasse, Landschaft und Gaubegriff, Brauchtum in Sitte und Wohnstatt darf nirgends sinnlos vermengt, durcheinandergewürfelt werden, es sei denn da, wo die Widerstandsfähigkeit nach außen, gegen Fremdgewalt das oberste Gesetz gibt, das Leben vor das Philosophieren stellt. Denn Liebe zum Reich kann nur aus Liebe zum Heimatgau und Landesboden wachsen, vielleicht pfleglich gefördert werden; wie der Waldpfleger die Lebensgemeinschaften des Waldes schonend entwickelt, so führt geopolitische Erfahrung von den Ranken des heimatlichen Stammesbrauchtums zu den Großgruppen der Stämme und aus ihnen zur Volksgemeinschaft in der Raumgemeinschaft, zur gesunden Seele im gesunden Körper. So allein wächst das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum selben Schicksalsraum zum Gemeinschaftswillen eines tausendjährigen Reichs.

Sehen wir den Anteil der Geopolitik an den Aufgaben der Reichsstelle für Raumordnung, der neuen obersten Reichsbehörde für alle Planungsfragen richtig, so hat sie allerdings die unterste Lagenschicht, den Grundstock zu einer neuen Geschichtsepoche zu liefern; sie steht damit, wie jene Stelle, vor einer Aufgabe, wert, daß die Besten ihr Bestes dazu geben, aber auch mit der vollen Verantwortung für Fehlbelastungen in fernen Jahrhunderten beschwert.

Wer tätig an ihr mitwirkt, müßte an der Schwelle der höchsten Mannesleistung im Lebensalter stehen; wer aus dem Abendglanz eines arbeitsreichen Lebens auf die wiedererstehenden Schutzmauern zurückschaut, mag ein ähnliches Gefühl haben, wie ein Athener, der nach dem Perserkrieg als Veteran zuschauen durfte, wie Kimon als Perser-Admiral die neuen Mauern in jäher Hast emporsteigen ließ. Altäre und Grabsteine, Herbergsschwellen und Gedenktafeln, Marmortische und Särge flogen damals, von hurtigen Händen geworfen, eilig in den hastigen Wehrbau. Reichere Möglichkeiten hat uns — nach schweren Schlägen zuvor — ein darin gütigeres Schicksal geschenkt. Wir dürfen planen und wir dürfen denken, Erfahrung überprüfen, ehe die endgültigen Baurisse liegen. Auch diese Schicksals-

gunst lastet und verpflichtet! Denn was wir planen und schaffen, planen wir unter dem Vorschein tausendjähriger Dauer an der größten Druck- und Gefahrstelle der Alten Welt, ausgesetzt nicht nur dem Witz der eignen Enkel, auch dem der Enkel und Nachfahren unserer Feinde „zum Redenlassen an den Straßen“, wie ein alter Volksspruch sagt, von denen, die „bauen an der Straßen“.

Sicherer baut sich's auf starken Inseln, im Schutz von Gebirg und Meer, in Waldfestungen, wie Böhmen; das wissen wir alle. Solcher Schutz ist uns versagt; und wir stehen für unsere Werkdauer nur auf dem, was wir selbst an Baufestigkeit erfahren, können und wollen. Wehe dem Mann, wehe der Wissenschaft, die bei solchem Werk auch nur den kleinsten Beitrag versagt, den sie liefern könnte: sei es aus zuviel Ressortenge, oder aus zuviel entwurzelter menschheitsschwärmender Weite! Beide treiben Heerflucht [hêrisliz] an einem Volk in Not! Das soll man der Geopolitik nicht nachsagen dürfen!

HANS KERRL:

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung

Rede bei ihrer Begründung am 27. I. 1936

In Anwesenheit der Rektoren aller deutscher Hochschulen, einiger freier Körperschaften, u. a. der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik, und derjenigen Wissenschaftler, die sich bisher auf dem Gebiete der Raumforschung betätigt haben, fand die Begründung der Reichsarbeitsgemeinschaft im Reichserziehungsministerium statt. Ihr kommissarischer Leiter ist Professor Dr. Konrad Meyer. Wir begrüßen diese Reichsarbeitsgemeinschaft. Ihr Ziel ist geopolitisch, und geopolitisch ist auch der Weg ihres Vorgehens: die Zusammenführung und Ausrichtung aller einschlägigen wissenschaftlichen Fächer unter den zur Gesamtschau zwingenden Forderungen von Blut und Boden. Die Schriftleitung.

Meine Herren!

In der Erkenntnis der lebenswichtigen Bedeutung, die die Probleme der Neuordnung des deutschen Lebensraumes für die Weiterentwicklung unseres Volkes und Staates haben, hat der Führer die Reichsplanung und Raumordnung zu einer staatlichen Hoheitsaufgabe erhoben und ihre Durchführung einer unabhängigen, ihm direkt unterstellten Reichsbehörde übertragen. „Die Reichsstelle hat darüber zu wachen, daß der deutsche Raum in einer den Notwendigkeiten von Volk und Staat entsprechenden Weise gestaltet wird“, heißt es u. a. im Gesetz vom 29. März 1935, in dem mir als Leiter der Reichsstelle zugleich das Recht zugesprochen wird, „gegen die Durchführung eines Vorhabens Einspruch zu erheben, um eine zweckvolle Gestaltung des deutschen Raumes zu sichern“. Der Erlaß des Führers vom 26. Juni 1935 sagt weiter: „Die Reichsstelle für Raumordnung übernimmt die zusammenfassende, übergeordnete Planung und Ordnung des deutschen Raumes für das gesamte Reichsgebiet.“ Und endlich, um Unklarheiten ganz zu beseitigen,

hat der Führer in seinem Erlaß vom 18. Dezember 1935 u. a. bestimmt: „Die Reichsstelle für Raumordnung ist zuständig für Reichs- und Landesplanung.“

Die Tätigkeit des bis dahin bestehenden Hauses der Reichsplanung ging daher auf mich über, und im vergangenen Herbst beauftragte mich der Stellvertreter des Führers, die Reichsplanung auch in Vollmacht der Partei durchzuführen.

Der deutsche Lebensraum in der Vielgestalt seiner landschaftlichen Gliederung und Struktur, und die Wesensart der Beziehungen, die Menschen und Dinge in diesem Raum verbinden, stellt uns Aufgaben, deren Lösung wir unter dem Einsatz nationalsozialistischer Gedankengänge zum Wohl des deutschen Volkes und Staates anzustreben haben.

Um das Arbeitsziel einmal ganz allgemein zu kennzeichnen: die Verteilung des Bodens und die Art seiner Nutzung sowie der Einsatz aller wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte im deutschen Raum hat in einer Weise zu erfolgen, die einen zweckmäßigen, bodenverbundenen Siedlungs-, Wirtschafts- und Volksaufbau sicherstellt und gleichzeitig den Ansprüchen nach militärischer Sicherheit gerecht wird.

Ich war mir von vornherein klar darüber, daß eine Lösung der zahlreichen und großen Probleme ohne eine enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und Forschung nicht denkbar ist. Planungen weitgespannter Art werfen Fragen auf, die sich nicht beantworten lassen ohne genaueste Vorarbeiten, ohne sicherste Kenntnis der innersten und feinsten Zusammenhänge in der räumlichen Gegebenheit. In vielen Fällen kann nicht allein der Praktiker, sondern nur der mit dem Rüstzeug der Wissenschaft ausgestattete Sachkenner Antwort geben. Neben den großen und grundsätzlichen Problemen der deutschen Raumgestaltung sind es aber eine Unzahl von Einzeldingen, die aus den deutschen Landschaften heraus entstanden sind und weiter entstehen, und für die es wissenschaftliche Forschungsarbeit zu leisten gilt. Deshalb ist es eine logische Folgerung, eine einheitliche Front von Wissenschaft und Forschung teilhaben zu lassen an den großen und schönen Aufgaben, um in einer Gemeinschaftsarbeit dem hohen Ziel näher zu kommen. So war es eigentlich selbstverständlich, daß ich als Leiter der Reichsstelle für Raumordnung mit meinem alten Pg. Rust, dem als Kultusminister u. a. die Führung der Forschung vom Führer verantwortlich übertragen ist, eine Vereinbarung abschloß, die jetzt in der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ ihren Niederschlag fand. Die Satzung wird Ihnen nachher vorgelesen werden.

So war von vornherein mein Wunsch nach ihrer Mitarbeit vorhanden, und ich glaube, Ihnen mit der Aufforderung zur Mitarbeit an einer so wichtigen Aufgabe, wie sie die Reichsplanung und Raumordnung darstellt, eine wirkliche Bereicherung auch der Hochschularbeit versprechen zu können.

Der Gedanke, die Entwicklung einzelner Räume unter eine sinnvolle Planung zu stellen, ist ja nicht erst mit der Gründung der Reichsstelle für Raumordnung ent-

standen, sondern hat seit Jahrzehnten auch in den Kreisen der Wissenschaft schon interessierte Vertreter gefunden. Aber erst jetzt ist die Gradlinigkeit und Einheitlichkeit der Aufgabenstellung durch die Reichsstelle für Raumordnung gewährleistet, und zwar für den gesamtdeutschen Raum — und das ist das Wesentliche, denn nur Einheitlichkeit der Planung im ganzen Reich verbürgt uns eine Dauerlösung, und nur mit einer zusammenfassenden wirklichen Reichsplanung können wir einen Grundstock zum Ewigkeitsbau unseres Reiches legen.

Das Bedürfnis nach einer solchen Vereinheitlichung und Zusammenfassung bestand, wie wir wissen, schon lange. Und wenn wir unser Augenmerk auf die Landschaft richten, so bin ich überzeugt, daß eine solche Landschaftsforschung nicht allein die erwarteten wertvollen Ergebnisse für den Praktiker bringt, sondern daß auch durch den Praktiker für den Wissenschaftler ein großes fruchtbares Arbeitsfeld erschlossen werden kann.

Eine so große und vor der Geschichte verantwortungsvolle Aufgabe, wie sie uns vom Führer gestellt ist, muß aufbauen auf einem festen Untergrund. So wie die praktische Planung von der Gemeinde und dem Kreis ausgehen muß, so muß die Forschung bei ihrer Arbeit ausgehen von den ewig lebendigen Urkräften des Raumes und der Rasse, sie muß die Erfahrungen der Geschichte verbinden mit den Erkenntnissen neuzeitlicher Volkswirtschaft; nur so gelangen wir zu organischer Arbeit für eine sinnvolle Planung und Ordnung.

Dabei kommt es aber wesentlich auf den Weg an, der von Ihnen eingeschlagen wird, denn aus dem Nebeneinander von Disziplinen — das oft genug ein Gegenüber gewesen ist — muß ein planvolles und zielbewußtes Miteinander werden. Die horizontale Orientierung muß sich in der Raumforschung in eine vertikale verwandeln. Das soll heißen, daß Planungswissenschaft und Forschung nicht Sache des Volkswirtschaftlers, des Geographen, des Historikers, des Anthropologen oder des Ingenieurs sind, sondern nur in der Synthese dieser und anderer ergänzender Fächer zu wertvollen Ergebnissen in einer wissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeit kommen können.

Ebenso wie nun die Reichsstelle für Raumordnung Richtlinien nur aus einer Gesamtschau entwickeln kann, ist eine Übersicht für die Reichsgemeinschaft für Raumforschung notwendig, um alle bereitwilligen Kräfte zielbewußt lenken zu können, damit Überschneidungen und Zersplitterungen vermieden werden. Daher hat mein Pg. Rust auch diejenigen Institutsleiter und Persönlichkeiten heute eingeladen, die seiner staatlichen Aufsicht nicht unterstehen, aber zur Gemeinschaftsarbeit willkommen sind. Das gilt auch besonders für die Vertreter der Studentenschaft, denn es handelt sich ja nicht nur allein um die Forschung, sondern es geht gleichzeitig um die Heranbildung und die Auswahl von tüchtigen Planern aus der emporstrebenden jungen Generation, die dann für die praktischen Planungsaufgaben eingesetzt werden können. Dafür muß ich auch bei der im Auf-

bau begriffenen Organisation der Planungsverbände bedacht sein, und lege deshalb besonderen Wert auf die Mitarbeit der akademischen Jugend.

Wir wissen alle, daß der notwendige Kontakt zwischen dem Planungspraktiker und der Wissenschaft bisher unzulänglich war. Ich werde aber dafür sorgen, daß die Mitarbeiter in der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung durch Einbau in den Beirat der Planungsverbände den lebendigen Kontakt mit der Praxis bekommen. Bisher waren alle Bemühungen in Planung und Forschung Einzelaktionen, die keinen nennenswerten Erfolg haben konnten, weil sie zusammenhanglos waren. Ja, oft bedeuteten die sicherlich mit reinem Herzen angepackten Arbeiten eine Störung oder gar Gefährdung anderer, wichtigerer Aufgaben, wie ich es vom Deutschen Gemeindetag und vom Statistischen Reichsamt hörte. Ich freue mich daher, daß heute hier Vertreter dieser beiden Stellen und auch Leiter von einigen anderen Einrichtungen, die nicht dem Kultusministerium unterstehen, anwesend sind. — Wenn nun die Aufgabenstellung einheitlich erfolgt und alle heute hier Anwesenden einmütig sich der Führung der Reichsarbeitsgemeinschaft anschließen, werden Sie alle, meine Herren, mit mir überzeugt sein, daß mit der Unterstützung des Kultusministeriums, meiner Reichsstelle für Raumordnung, dem Deutschen Gemeindetag, dem Statistischen Reichsamt usw. durch eine von gemeinsamem Verständnis getragene Zusammenarbeit endlich eine nützliche, positive Gesamtleistung zu erwarten ist, die uns nicht nur dem hohen Ziel der zweckmäßigen Ordnung des deutschen Lebensraumes näherbringt, sondern auch jedem Freude bereiten wird, denn wo gäbe es eine schönere und zugleich von höchster Verantwortung getragene Aufgabe für jeden, der als kleines Glied der deutschen Lebensgemeinschaft sich mitverantwortlich fühlt für das Ganze, als schaffend mitzuarbeiten am deutschen Raum. Wer mit uns seine Kraft in den Dienst einer planvollen Gestaltung und Erfüllung des heimatlichen Lebensraumes stellt und sich dabei verständnisvoll in das Ganze der Raumordnung und Reichsplanung einfügt, der hilft mit, den deutschen Boden und mit ihm das deutsche Volk in seinem Bestande zu sichern.

Satzungen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung

Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Leiter der Reichsstelle für Raumordnung übertragen durch diesen Erlaß der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ die Aufgabe, eine planvolle Zusammenfassung und Ausrichtung aller wissenschaftlichen Kräfte für die Raumforschung herbeizuführen.

Sie geben der Reichsarbeitsgemeinschaft folgende

Satzung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung.

I

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung ist der Zusammenschluß aller sich mit Raumforschung beschäftigenden wissenschaftlichen Kräfte, soweit sie dem Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unterstehen.

II

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung soll

1. die gesamte Raumforschung zusammenfassen;
2. in engster Zusammenarbeit und ständiger Fühlungnahme mit der Reichsstelle für Raumordnung die Wissenschaft für die Aufgaben der Raumordnung planvoll einsetzen;
3. durch die Förderung wissenschaftlicher Gemeinschaftsarbeit der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen wichtige Fragen der Raumordnung einer beschleunigten Lösung entgegenführen;
4. durch die enge Fühlungnahme mit den zuständigen Dienststellen und Einrichtungen für eine planvolle Bereitstellung und Verteilung der Forschungsmittel Sorge tragen;
5. eine sachgemäße Ausbildung des Nachwuchses gewährleisten;
6. durch stete Fühlungnahme mit dem Forschungsdienst (Reichsarbeitsgemeinschaften der Landwirtschaftswissenschaft) für eine Zusammenarbeit des Forschungsdienstes mit der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung sorgen.

III

Der Leiter der Reichsstelle für Raumordnung bestimmt für die Reichsarbeitsgemeinschaft

1. Grundlinie und Richtung der wissenschaftlichen Arbeit;
2. die Übereinstimmung des Arbeitsprogramms der Reichsarbeitsgemeinschaft mit den Zielen der Reichsstelle für Raumordnung.

IV

Die Leitung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung überträgt der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung einem Obmann, der im Einvernehmen mit dem Leiter der Reichsstelle für Raumordnung bestellt wird.

Der Obmann hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Er ist dem Leiter der Reichsstelle für Raumordnung für die Einhaltung der von diesem gegebenen Grundlinie und für die sachgemäße Durchführung des Forschungsprogramms verantwortlich;
2. er entscheidet im Rahmen des vom Leiter der Reichsstelle für Raumordnung genehmigten Forschungsprogramms über Forschungsanträge sachlicher und personeller Art;
3. er hält Verbindung mit den durch die NSDAP. oder auf Grund freier Vereinbarungen begründeten Akademien oder sonstigen Vereinigungen, die sich mit Raumforschung beschäftigen.

V

Die endgültige Entscheidung über die Bereitstellung von Reichsgeldern verbleibt den zuständigen Reichsministern.

Berlin, den 16. Dezember 1935.

Zugleich im Namen des Reichsministers und Leiters der Reichsstelle für Raumordnung:
Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

In Vertretung:

gez. Kunisch

WERNER GIERE: Karl Reinhold Kupffer †

Mitte November verstarb in Riga Professor K. R. Kupffer, der führende Naturwissenschaftler der ostbaltischen Staaten. Insbesondere auch die ostbaltische Geographie hat Kupffer viel zu danken. Bekannt wurde sein Name durch die Herausgabe der 1911 erschienenen „Baltischen Landeskunde“, die auch heute noch unentbehrlich ist. Ferner veröffentlichte er 1925 eine grundlegende „Pflanzengeographie des ostbaltischen Gebietes“ und als methodisch wichtige Einzelstudie „Die Naturschonstätte Moritzholm“. Darüber hinaus aber war er durch Wort und Schrift unermüdlich für die Naturwissenschaft tätig. Zu einer ganzen Fülle von Disziplinen konnte er sachkundig Stellung nehmen, wozu ihn eine umfangreiche Belesenheit und strenger Fleiß befähigten.

Als glänzender Organisator und kompromißloser Verfechter des von ihm als richtig anerkannten war er seit 1913 Präses und die eigentliche Seele des Naturforschervereins zu Riga, der rein deutschen, nunmehr neunzigjährigen Gesellschaft. Als Auslandsdeutscher war ihm von vornherein die volkspolitische Zielsetzung deutscher Wissenschaft eine Selbstverständlichkeit. Auf geographischem Gebiet betonte er in diesem Zusammenhang mit überzeugenden Gründen die Zugehörigkeit seiner Heimat, des ostbaltischen Gebietes, nicht zu Osteuropa, sondern als eigenständiges Glied zum östlichen Mitteleuropa. Auch setzte er sich stärkstens ein für die Wahrung der deutschen Ortsnamen im ganzen Ostraume, die ihr altes Eigenrecht haben, auch gegenüber den neuen Staatssprachen. Volkspolitisch ist er auch sonst noch in mannigfacher Weise für das Deutschbaltentum tätig gewesen.

In den letzten Jahren vollendete er die Zeichenarbeit zu einer großen Wandkarte des ostbaltischen Gebietes, die in gleichem Maße Wissenschaft und Schule dienen sollte. Die Vollendung des Druckes sollte er nicht mehr erleben; ich hoffe aber, diesen seinen wertvollen Nachlaß bald herausbringen zu können. Die letzten Lebensmonate brachten Kupffer schwere Sorgen und Kämpfe um den Bestand des von der lettischen Stadtverwaltung Rigas bedrohten deutschen Dom-Museums. Seit September hatte ihn ein schweres Leiden befallen, von dem er am 14. November, erst 63jährig, erlöst wurde. Auch seine zahlreichen reichsdeutschen Freunde und Schüler werden ihm Dank bewahren.

JOSEF MÄRZ: Balkan-Schrifttum

La Yougoslavie d'aujourd'hui. Belgrad 1935. Das Zentrale Pressebüro beim jugoslawischen Außenministerium gibt ein 440 Seiten starkes, im allgemeinen sehr zu begrüßendes Handbuch heraus, das den neuesten Stand der Dinge berücksichtigt. Aber warum nur in französischer Fassung? Gibt es nicht mindestens ebenso viele deutsche Interessenten? Wenn man einige Einschränkungen macht, die mit der Arbeit mit solchen Quellenwerken verbunden sind (z. B. ist die deutsche Minderheit bestimmt stärker als die 500 000 amtlich gezählten Köpfe, auch die albanische wird wohl die 342 000 überschreiten), ist das Buch außerordentlich brauchbar und eine wegen ihrer Umarbeitung auf den neuesten Stand schätzenswerte Handhabe. Gewöhnlich muß man sich die meisten Angaben mühsam zusammensuchen. Das bleibt einem hier erspart.

Gilbert In der Maur: Die Jugoslawen einst und jetzt. Leipzig und Wien, Johannes

Günther Verlag. I. Band: Aus der Geschichte der Südslawen. 286 Seiten. II. Band: Jugoslawische Außenpolitik. 618 Seiten.

Für jenes Land Südosteuropas, das wegen der Vielfalt seiner völkischen, geschichtlichen und politischen Grundlagen die meisten Fragen aufgibt und dabei die fragende Anteilnahme Europas ständig auf sich zieht, lag bisher keine zusammenfassende Darstellung vor, die von den Anfängen bis in unsere Zeit reichte und dabei den neuesten Stand der Forschung berücksichtigte, also weder veraltete Anschauungen noch politische Zwecklegenden mitschleppte. Das Werk In der Mairs, das durch einen dritten Band über die jugoslawische Innenpolitik in absehbarer Zeit ergänzt werden wird, erfüllt endlich die berechtigten Wünsche, die jeder stellen muß, der mit dem Südosten arbeitet. Der umfangreiche zweite Band, bis tief ins Jahr 1935 reichend, behandelt so ausführlich die großen

politischen Zusammenhänge und in erster Linie die Beziehungen Jugoslawiens zu seinen Nachbarn, daß damit ein Buch, wie es der Besprechende für die Zeit ab 1933 plante, überflüssig gemacht wird. Wer sich über die letzten Jahre, die Zeit der beginnenden Klärung im Südosten nach der langen Gärung, die durch das nationale Werden im 19. Jahrhundert (unter den Großmächten als Gouvernanten), durch die Kriege, inneren Auseinandersetzungen und durch die Verschmelzung der Nationalstaaten mit den Trümmern der Habsburger Monarchie bedingt war, unterrichten will und dabei vor allem auch das Hineinwachsen in die neuen Räume und die fortschreitende Wendung zur Eigengesetzlichkeit im politischen Handeln zu verfolgen wünscht, wird immer wieder zu In der Maur greifen müssen. Der Kenner der Volksgeschichte des Balkans hätte allerdings gern gesehen, daß auch der erste Band so ausführlich geworden wäre, der etwas zu sehr zusammendrängend 1400 Jahre südslawischer Geschichte behandelt. Doch kann man sich denken, daß sich dann die Fertigstellung des Werkes so hinausgezögert hätte, daß es nicht mehr für die Bedürfnisse gerade der heutigen entscheidungsschweren Übergangszeit zurechtgekommen wäre. Für umfangreiche Einzeluntersuchungen, wie sie etwa Graf Voinovitch in der kürzlich hier besprochenen Geschichte Dalmatiens unternommen hat, bleibt also noch genug Platz. Erfreulich ist auf jeden Fall die starke Belebung der Südoststudien und ihre gegenüber früheren Zeiten zweckmäßigere Planung; sie ist erst seit einigen Jahren deutlich festzustellen.

Gesemann, Gerhard: „Die Flucht“. (Albert Langen/Georg Müller Verlag, München). Gesemann war 1914 Lehrer des Deutschen an einem Belgrader Gymnasium. Vom Krieg überrascht und in Zivilgefangenschaft geraten, war er gezwungen, den Rückzug der serbischen Heere durch die winterlichen Gebirge bis an die albanische Küste mitzumachen, einen Abschnitt des Krieges, der zu den schauerlichsten gehört hat und von dem harte Kämpfer heute noch nur mit Entsetzen berichten, der aber, auf lange Sicht, eine volksbildende und aufrichtende Kraft erster Ordnung ausgeübt hat. Gesemann wiederholt nur den Rohstoff, sein damaliges Tagebuch, aber die schönen menschlichen Züge, die er berichtet und die ihn zum Freund seiner Kriegsgegner gemacht haben, sind so eindrucksvoll, daß dieses Buch zu den besten Dokumenten zwischenstaatlicher Aufklärung gerechnet werden muß. Der Stoff ruft nach

einem großen Gestalter. Er bietet das Gegenstück zu Dwinger oder Grimm.

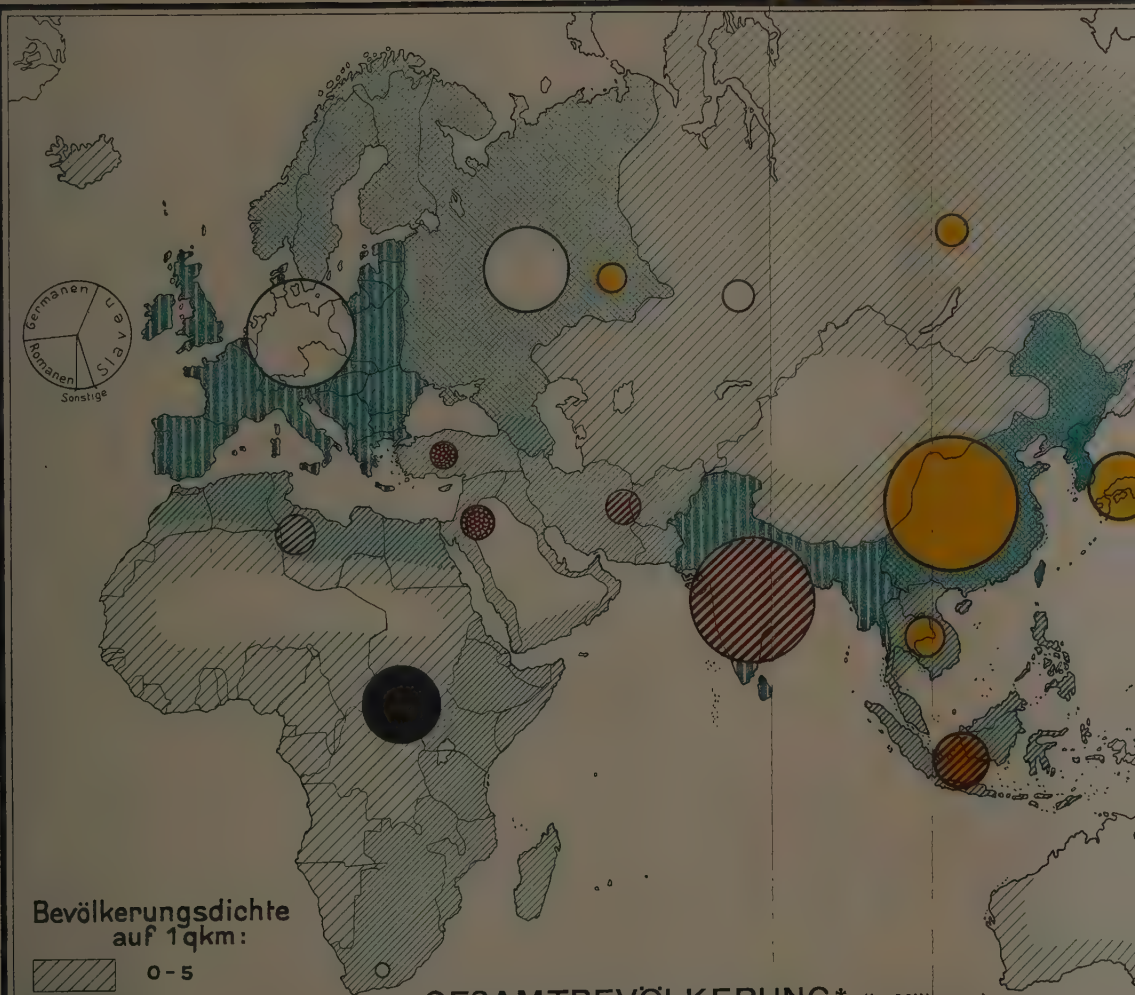
Tzenoff, Dr. Gantscho: Geschichte der Bulgaren und der anderen Südslawen von der römischen Eroberung der Balkanhalbinsel an bis zum Ende des 9. Jahrhunderts. Berlin und Leipzig 1935, Walter de Gruyter & Co. — Dr. Tzenoff, seit Jahren Lektor des Bulgarischen an der Universität Berlin, hat ein doppeltes Verdienst. Er bringt endlich wieder einmal ein Werk über die Frühgeschichte der Bulgaren, das seit der bald 50 Jahre alten Geschichte der Bulgaren von Constantin Jirčák einen Rang behauptet, und er führt den Nichtbulgaren an die vielen so schwer zugänglichen Quellen lateinischen, byzantinischen und frühslawischen Ursprungs heran. Tzenoff verfißt temperamentvoll seine schon 1930 in seinem ersten Buch „Die Abstammung der Bulgaren und die Urheimat der Slawen“ aufgestellte Behauptung, daß die Bulgaren nicht Einwanderer, sondern unmittelbare Nachkommen der alten Thraکیойrier seien. Darüber ist Streit. Aber solche Streitfragen haben oft das Verdienst, daß weite Bereiche aufgehellte und neu untersucht werden. Tzenoff nimmt an, daß die alten Völker des Südostens nicht spurlos verschwunden, sondern in Slawen umbenannt worden seien und es also eine slawische Einwanderung gar nicht gegeben habe. Man würde demnach auch ihre rassische Abkunft und ferner die Germanenwanderungen nach Südosten anders zu beurteilen haben. Vielleicht ist eine Nachprüfung bisheriger Erkenntnisse notwendig. Die Anfänge der südöstlichen Staaten und die Religionsgeschichte sind auf jeden Fall von Tzenoff für uns in Mitteleuropa neu ins Licht gerückt worden.

Löpelmann, Martin: Aus der Volksichtung der mazedonischen Rumänen. Leipzig 1934, Armanen-Verlag. — Auf dem Balkan lebt ein unstetes Völkchen, Wanderhirten, deren Vorfahren aber vielleicht die Urväter heutiger Balkanvölker waren, die Aromunen oder Zinzaren oder Kutzovlachan, auch Makedorumänen genannt. Sie haben keine Schriftsprache und kein Schrifttum und werden von den Rumänen als ihresgleichen beansprucht. Erzählungen und Gedichte, die manches dem Südosten gemeinsame Kulturentfalten und der Balkanforschung wertvoll sind, hat Löpelmann übersetzt; wir sollten diesen Beitrag nicht gering schätzen, denn er gehört mit in den Kreis solcher Arbeiten, aus denen wir mit der Zeit ein neues Gesamtbild des Südostens gewinnen und unsere Schlüsse auf den Zusammenhang zwischen Völkern und Räumen ziehen müssen.

Die beiliegenden Prospekte über das geopolitische Gesamtwerk des Kurt Vowinkel-Verlages und über das wichtige Archiv von Keesing werden unseren Lesern zur Beachtung empfohlen.

Verantwortlich ist: Professor Dr. K. Haushofer, München O 27, Kolberger Str. 18 / Verlag: Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnengasse 36 / Druck: Spamer A.-G. in Leipzig
Papier von E. A. Geese, Berlin SW 68

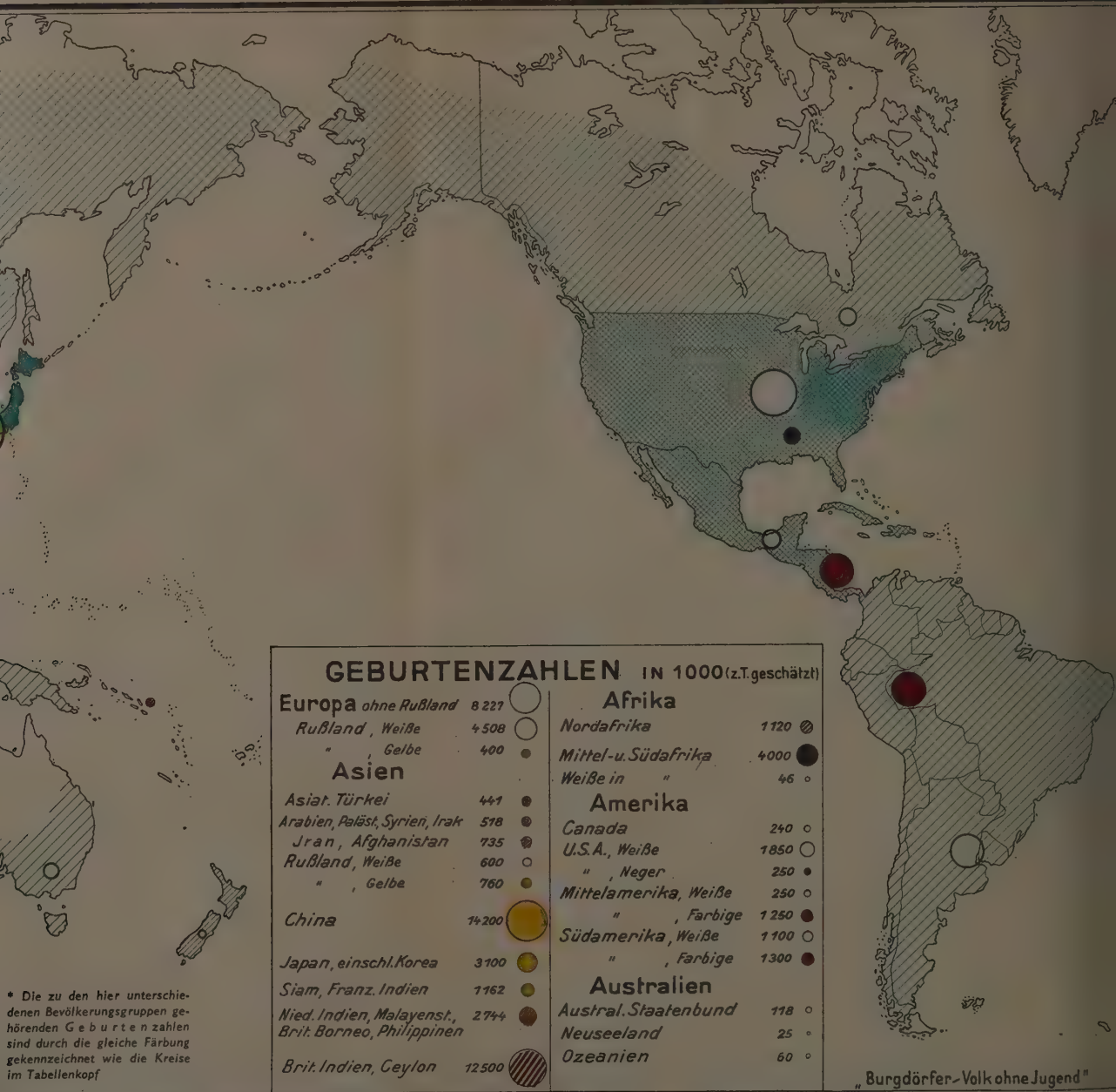
D.-A. IV. Vj. 3800



	Gesamtbevölkerung in Millionen	Europäer (Weiße)	Nordafrikaner	Mittel- u. Südafrikaner (Schwarze)	Vorderasiaten	Inden, Iranier, Afghanen	Malayen, Polynesier	Ostasiaten	Indianer	Mischlinge
Europa	498	488	10	.	.
Asien	1125	14	.	.	25	385	79	622	.	.
Afrika	146	4	28	114
Nordamerika	133	119	.	12	.	.	.	0,3	0,3	1,4
Mittelamerika	34	6	.	3	7	18
Südamerika	84	39	.	9	.	.	.	0,2	11	25
Australien	10	8	2	.	.	.
Erdbevölkerung	2030	678	28	138	25	385	81	633	18	44

BEVÖLKERUNGSDICHTE UND GEBURTENZAHLEN

Die Kreise im Kartenbild stellen die Geburtenzahlen der betreffenden Erdräume (um das Jahr 1933)



* Die zu den hier unterschiedenen Bevölkerungsgruppen gehörenden Geburtenzahlen sind durch die gleiche Färbung gekennzeichnet wie die Kreise im Tabellenkopf

"Burgdörfer-Volk ohne Jugend"

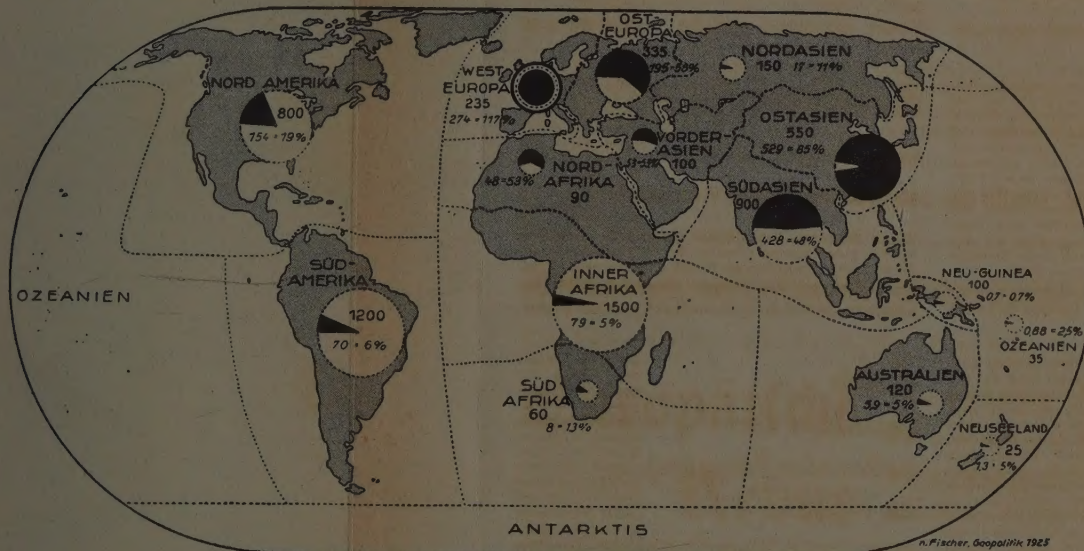
ZUR WELTKARTE

ÜBER BEVÖLKERUNGSDICHTE, GEBURTENZAHL UND RASSEN- GLIEDERUNG IN DEN EINZELNEN ERDRÄUMEN.

VON FRIEDRICH BURGDÖRFER

Die nebenstehende Weltkarte will in Ergänzung meines im „Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik“, V. Jahrgang, 1935, Heft 4, veröffentlichten Aufsatzes über „Tendenzen der europäischen und außereuropäischen Bevölkerungsentwicklung“ einen Überblick geben über die Bevölkerungsdichte und die Geburtenzahl innerhalb der einzelnen Erdräume. Durch die verschiedene Farbgebung sollen zugleich die Hauptgruppen der Erdbevölkerung unterschieden werden, was freilich nur in ganz roher und summarischer Form möglich ist. Die Zahlenunterlagen, bei deren Sammlung und Sichtung mich die Herren Friedrich Hage, Alexander Ruschke (†) und Hans Teschner in dankenswerter Weise unterstützt haben, finden sich in meiner Schrift „Sterben die weißen Völker?“, Verlag Callwey, München, 1934, sowie in meinem Buch „Volk ohne Jugend“ 3. Auflage, Verlag Vowinkel, Heidelberg 1935.

Eine wichtige Ergänzung zu dieser Karte bildet die unten beigegebene kartographische Darstellung*) über die Tragfähigkeit der einzelnen Erdräume und den Grad ihrer bisherigen Ausnutzung, die sich auf Untersuchungen von Alois Fischer in der „Zeitschrift für Geopolitik“, Jahrgang 1925, stützt. Vgl. hierzu auch das Kapitel „Die Zukunft der weißen und farbigen Völker“ in meiner Schrift „Sterben die weißen Völker?“ (S. 47 f.)



Die Kreise und die dazugehörigen großen Zahlen geben die Gesamtbevölkerung (in Millionen) an, die bei Zugrundelegung der inneren (natürlichen) Tragfähigkeit der betreffenden Erdräume nach dem heutigen Stand möglich erscheint. Die schwarz ausgefüllten Kreisausschnitte und die dazugehörigen kleinen Zahlen geben an, wieviel Menschen gegenwärtig in den betreffenden Erdräumen leben und wieviel vom Hundert die jetzige Bevölkerung im Verhältnis zur möglichen Gesamtbevölkerung ausmacht.

Text aus: „Sterben die weißen Völker?“, S. 52 ff. „Einzelne Erdräume, so vor allem Westeuropa, sind nach Fischers Berechnungen schon über ihre innenbedingte (natürliche) Tragfähigkeit hinausgewachsen. Ihre Bevölkerung lebt zum Teil von dem Ertrag anderer Erdräume . . . Dies gilt vor allem für England und Deutschland, ferner für die Schweiz, Belgien, Holland, Österreich, kurz für ganz Westeuropa mit Ausnahme von Frankreich . . . Außerhalb Europas gibt es nur ein einziges Land, in dem die tatsächliche Bevölkerung den innenbedingten Lebensraum überschreitet, nämlich Japan.“

Im ganzen betrachtet, sind alle Erdteile nach ihrer natürlichen (inneren) Tragfähigkeit noch aufnahmefähig, relativ am geringsten allerdings Europa und Asien, am stärksten Afrika, Amerika und Australien.“

*) Nach Kricke, Landwirtschaftliche Karten. Deutsche Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin.

Zur Ostasien-Literatur

gehören Bücher von

Amann

Der Spiegel Chinas

vom Zusammenstoß unserer westlichen mit asiatischer Kultur und Bolschewismus. Im Spiegel Chinas, nämlich asiatischer Lebens- und Staatsauffassung begegnen sich der zivilisierte Westen und der revolutionäre Bolschewismus. Amann geht den innerlichen Voraussetzungen dieser treibenden und gegensätzlichen Auffassungen nach. Nicht äußerer geschichtlicher Ablauf — das ist nur das scheinliche Gerüst, sondern das Schicksal Chinas von seinen geistigen Bedingungen wird in diesem Buch aufgezeigt.

Oktavformat. 200 Seiten. Leinen RM 4.80

Amann

Sun Yatsens

Vermächtnis

Geschichte der chinesischen Revolution. Vorwort von Professor Dr. K. Haushofer. — Amann stand diesem großen Staatsmann und Revolutionär Chinas befreundet zur Seite und durfte an seinem Werk mitarbeiten. So ward sein Buch eine klare Schilderung dessen, was in China vorging und vorgeht, gegliedert nach Menschen, Landschaften und Ereignissen, beginnend mit den letzten Jahren Sun Yatsens, einmündend in die Entwicklung des chinesischen Volkes zum Neuen Staat.

Oktav. 18 Abbild., 2 Karten. Leinen RM 6.80

Gattineau

Verstädterung und Arbeitsherrschaft in Australien

Dieser kleinste Kontinent wird an der Stelle gepackt, die Angelpunkt seines ganzen Schicksals ist: an der Leere seiner riesigen Räume. Nur Weiße bevorzugter Nationalität können hier einwandern, so daß die immer stärker anschwellende Macht der Asiaten diesem neubritischen Siedlungsland gegenübersteht. Zugleich ist Australien ein gutes Schulbeispiel für die große Gefahr der Verstädterung der gesamten Bevölkerung.

Oktav. 244 Seiten. Kart. RM 6.80, Leinen RM 7.60

Coethill

Verlorene Herrschaft

Wie England Indien aufgab — mit einer Einführung von Prof. Dr. K. Haushofer. — Selten hat ein politisches Buch in England solches Aufsehen erregt wie dieses. Es offenbart die Schwierigkeiten der englischen Stellung in Indien, zeigt das politische Leben des Landes von der Innenseite und der Verwaltung her. Der englische Staatsmann sieht sich mit grimmiger Resignation hier einer Aufgabe gegenüber, die nach der Erkenntnis der Geopolitik unlösbar ist.

Oktav. 314 Seiten. 1 Karte. Leinen RM 6.40

Haushofer-März

Zum Freiheitskampf in Südostasien

Zwei Teilstudien zu den geopolitischen Fragen Südostasiens. K. Haushofer zeigt die vereinheitlichende Auswirkung des Monsunklimas zu einer Abwehrbewegung der Völker Ostasiens. Sein Schüler Dr. J. März untersucht, welchen geopolitischen Gesetzen die „Wachstumspitzen“, das sind die Stützpunkte der Weißen Mächte, unterliegen.

Oktavformat. 502 Seiten. Broschiert RM 7.—

K. Haushofer, Geopolitik des Pazifischen Ozeans. Neuaufgabe in Vorbereitung.

Hahn

Geschichte der nationalen Bewegung im Orient

Das Entstehen und der Verlauf der nationalen Bewegung ganz Vorderasiens einschließl. Indiens ist hier auf Grund einer 10jährigen Beobachtung und Quellensammlung an Ort und Stelle untersucht und aufgezeichnet worden. Durch die Fülle des hier verarbeiteten Materials, das sonst nicht zugänglich ist, ist dieses Buch das internationale Standard- und Nachschlagewerk für jeden, der mit Problemen des Orients in Berührung kommt.

Gr.-Oktav. 360 S. 15 Kartenskizzen. Lein. RM 12.—

Ansichtssendungen dieser Bücher

erhalten Sie als Leser der Zeitschrift gern unverbindlich von Ihrer Buchhandlung oder direkt von

KURT VOWINCKEL VERLAG G.M.B.H., HEIDELBERG

Wolfsbrunnenweg 36

Die Monatschrift für Kulturpolitik

Volk im Werden

Herausgeber: Prof. Dr. h. c. Ernst Kriech

Jeden Monat ein Heft · Preis RM. 1.20, halbjährlich RM. 5.60

Volkswerdung ist der durchgehende Sinn der deutschen Geschichte. Alles, was sich um die beiden Begriffe „Volk“ und „Werden“ gruppiert, gehört zum Arbeitskreis der Zeitschrift. Dem Werden und Wandel der Geschichtsauffassungen, der biologischen und rassistischen Begründung der Geschichte, dem Eintritt des nordischen Gedankens in den deutschen Geschichtskreis, den Reichsideen gilt es nachzugehen, der volksdeutschen Geschichtsbetrachtung zum Durchbruch zu verhelfen. — Auf dem Gebiet der Erziehung werden die typusbildenden Erziehungsgemeinschaften und -mächte, wie Bund, Orden, das Heer, die Formationen der Bewegung, in besonderem Maße beachtet. — Aus der Bindung an die Gemeinschaft bekommen die Berufe neuen Sinn und neue Gestalt: das Bild des Lehrers, des Arztes, des Richters wird heute neu geprägt. Diese Bindung an die Gemeinschaft ist auch der Maßstab für die Darstellung, Betrachtung und Wertung des künstlerischen Schaffens, vor allem der Dichtung. — Für vielfältige Aufgaben will die Zeitschrift „Volk im Werden“ der Sammelpunkt und der Ort der Auseinandersetzung sein; von ihr soll wiederum Vorschlag, Kritik und Anregung wirken auf die gegenwärtige geistige und politische Bewegung, die für ein neues Deutschland den deutschen Menschen erzieht.

Probehefte kostenlos von

Armanen-Verlag · Frankfurt am Main · Postschloßfach 270

Umfassende politische Orientierung bietet die

Europäische Revue

Deutsche Monatsschrift
für europäische Fragen

Politik · Wirtschaft · Literatur · Kunst · Wissenschaft

Einzelheft 1.50 RM, vierteljährlich 4.50 RM

Das 11. Heft erschien Mitte November als Sondernummer über die

Probleme der kollektiven Sicherheit

Mitarbeiter: Lord Allen of Hurtwood-London, Prof. M. Bourquin-Genf, Prof. V. Bruns-Berlin, Francesco Coppola-Rom, Staatsrat Prof. Frhr. von Freytagh-Loringhoven-Breslau, Prof. Thorsten V. Kalijarvi-New Hampshire, Prof. Wacław Makowski-Warschau, Kapitän Dr. Nolda-Berlin, Dr. H. Rogge-Berlin, Prof. D. Schindler-Zürich, Legationsrat Dr. K. Schwendemann-Berlin

Prospekt kostenlos — Bestellungen an
DEUTSCHE VERLAGSANSTALT · STUTTGART / BERLIN